Nr. 65. Einzelpreis 15 Pfennig

Halle (Saale), Dienstag, den 18. März 1930

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen sowie „Volk und Zeit". Es ist Publikations-Organ der genossenschaftlichen u. gewerkschaftl. Organisationen u. amtl. Organ verschied. Behörden. Schriftleitung: Gr. Märkerstraße 6. Fernsprech-Anschlüsse Nr. 24605. 24567, 26505. Persönliche Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr. — Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen

Bezugspreis monatlich 2,00 Mk. u. 0,30 Mk. Zustellungsgebühr, insgesamt 2,30 Mk., für Abholer wöchentlich 0,50 Mk., Postbezugspreis 2,30 Mk., durch Postboten zugestellt 2,10 Mk., bei direkter Einsendung an den Verlag 2,00 Mk. — Anzeigenpreis 13 Pfg. im Anzeigen- und 80 Pfg. im Reklameteil der Millimeter. Hauptgeschäftsstelle: Gr. Märkerstraße 6. Fernruf 24605. 24567. 26505. Postscheckkonto 20319 Erfurt

Der Reichstag arbeitet

Ministerpensionen abgebaut

Dafür Ausbau der Landarbeitersiedlung und Angestelltenversicherung

Der Reichstag erledigte am Montag ohne Aussprache die dritte Beratung des Gesetzes über die

Rechtsverhältnisse des Reichskanzlers und der Reichsminister.

Der Gesetzentwurf wurde im wesentlichen nach den Beschlüssen der zweiten Beratung unverändert angenommen. Nur der § 18 erhielt nach einem Antrag der Regierungsparteien eine andere Fassung. Demnach hat ein Reichsminister, der bei Ausübung seines Amtes oder in Zusammenhang mit seiner Amtsführung ohne eigenes Verschulden eine Gesundheitsschädigung erlitten hat, die seine Arbeitsfähigkeit wesentlich und dauernd beeinträchtigt, den Anspruch auf eine Ruherente. Diese darf jedoch nur 20 v. H. seines Ministereinkommens betragen und kann nur bei besonderen Verhältnissen bis auf 35 v. H. erhöht werden. Mit der Annahme des Gesetzes sind die hohen Ministerpensionen von jetzt für die Zukunft erledigt und nur die bisher pensionierten Minister behalten ihre Ansprüche. Angenommen wurde eine Entschließung, die die Reichsregierung ersucht, darauf Bedacht zu nehmen, daß zurückgetretene Minister, die aus der Beamtenlaufbahn hervorgegangen sind, nach Möglichkeit in für sie geeignete Reichsbeamtenstellen aufgenommen werden.

Das Haus wandte sich dann der zweiten Beratung des Gesetzentwurfes über Zuschüsse aus Reichsmitteln für die

Ansiedlung von Landarbeitern

zu. Nach dem Ausschußbeschluß können an Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft, auch ländlichen Handwerkern, Reichsmittel für eine Zeit bis zu zehn Jahren als Zuschüsse zu den Zins- und Tilgungsleistungen bei Ansiedlung gewährt werden. Der Reichsarbeitsminister kann die Gewährung dieser Zuschüsse auf andere ländliche Arbeitnehmer, deren Tätigkeit mit der Landwirtschaft zusammenhängt, ausdehnen.

In der kurzen Aussprache über den Gesetzentwurf wies Abg. Jäckel (Soz.) auf die große Steigerung der Landarbeitersiedlungen in der Republik hin. Von 1908 bis 1919 wurden in ganz Preußen nur 420 Landarbeiter-Eigenheime mit öffentlichen Zuschüssen errichtet. In den Jahren 1921 bis 1929 waren es immerhin 19 740 Landarbeiter-Eigenheime. Jäckel trat dafür ein, daß mit jedem Eigenheim etwa sechs bis acht Morgen Land verbunden sein sollen. Der Volkskonservative Abg. Behrens sprach sich ebenfalls für das Gesetz aus und übte auch einige Kritik an dem Zustand vieler Landarbeiter-Wohnungen. Dies rief den Deutschnationalen Freiherrn v. Richthofen auf die Tribüne. Er behauptete kühn, wenn jeder Stand so für das Wohnungswesen sorgen würde, wie es die Landwirtschaft getan habe, seien wir in der Lösung der Wohnungsfrage weiter. Mit ein paar Sätzen erledigte der sozialdemokratische Landarbeiterführer Schmidt (Köpenick) diese agrarische Phantasie. Er machte namentlich darauf aufmerksam, daß von 10 000 Prozessen, die Landarbeiter gegen Gutsbesitzer in Wohnungsfragen geführt hatten, nicht weniger als 9000 zu gunsten der Landarbeiter entschieden worden seien, ein Beweis dafür, wie Gutsbesitzer in der Wohnungsfrage das Recht ihrer Landarbeiter mißachteten.

Weiter behandelte das Haus in erster Beratung einen Gesetzentwurf zum

Ausbau der Angestelltenversicherung.

Dieser Gesetzentwurf will u. a. die Zahl der ehrenamtlichen Direktoriumsmitglieder erhöhen, um den Einfluß der ehrenamtlichen Mitglieder zu stärken. Ferner sieht der Entwurf in Uebereinstimmung mit dem Versorgungsrecht vor, daß im Falle der Scheidung oder der Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft eine Witwenrente für die frühere Ehefrau des Versicherten gewährt wird. Die Mehrbelastung aus dieser Aenderung kann nur ganz gering sein. Denn von 71 000 männlichen Rentenberechtigten, für die im Jahre 1922 von den Landesversicherungsanstalten Invalidenrenten festgesetzt worden sind, waren nur 370 geschieden. Wenn eine weibliche Versicherte nach erfüllter Wartezeit heiratet, so steht ihr nach dem § 62 des Angestelltenversicherungsgesetzes ein Anspruch auf Erstattung der halben Beiträge zu. Die Verwaltungsübung der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat die Erstattung bisher auch schon dann zugebilligt, wenn die Wartezeit bei der Heirat noch nicht erfüllt war. Diese Verwaltungsübung wird durch den Entwurf zum Gesetz erhoben. Eine Erhöhung der Renten enthält der Entwurf nicht. Das ist insofern auffällig, als der Reichsarbeitsminister schon vor einiger Zeit für eine Erhöhung der Renten eingetreten ist. Man muß also annehmen, daß seine gute Absicht im Reichskabinett von den bürgerlichen Ministern abgelehnt wurde. Neu eingeführt soll die Elternrente werden, für Ledige, die ihre Eltern unterstützt haben. Bedenklich ist, daß nach dem Entwurf die Reichsversicherungsanstalt für ihren Etat die Zustimmung der gesamten Reichsregierung bedarf.

Der deutsch-polnische Handelsvertrag fertig

Befriedung im Osten

Schutz des deutschen Arbeitsmarktes vorgesehen

Der deutsch-polnische Handelsvertrag ist am Montag abend von den beiden bevollmächtigten Delegierten, dem deutschen Gesandten in Warschau, Rauscher, und dem polnischen Vertreter, Twardowski, paraphiert worden.

Der Handelsvertrag stellt ein sehr umfangreiches Werk dar und enthält über 20 neue Abkommen. Durch die grundsätzliche Meistbegünstigung sind für die deutsche Ausfuhr mehrere hundert Positionen des polnischen Zolltarifes stark herabgesetzt. Außerdem werden alle besonderen polnischen Einfuhrverbote aufgehoben. Von den allgemeinen polnischen Einfuhrverboten erhält Deutschland für eine ganze Reihe von Waren bedeutende Einfuhrkontingente zugestanden.

Der Vertrag ist auf ein Jahr abgeschlossen, jedoch sind Sonderkündigungsrechte vorgesehen für Polen, wenn sein Schweinekontingent nicht voll abgesetzt wird, und für Deutschland im Falle einer Unterbindung der deutschen Kohlenpreise durch Polen. Das beiderseitige Niederlassungsrecht gewährleistet vollkommenen Schutz des deutschen Arbeitsmarktes. Es erhalten nur qualifizierte Kräfte das Niederlassungsrecht, was Deutschland mehr zugute kommt als Polen. Sämtliche Vergünstigungen des Vertrages treten nach der Ratifizierung durch die beiderseitigen Parlamente in Kraft.

Der polnische Staatspräsident nahm nach der Paraphierung des Abkommens das Rücktrittsgesuch des Gesamtkabinetts an.

In unterrichteten Kreisen verlautet, daß die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Handelsvertrages im Einverständnis mit dem Reichspräsidenten erfolgt ist. Der Zustimmung Hindenburgs zu dem Vertrag dürfte demnach kaum noch etwas im Wege stehen.

Märzfeier der Sozialdemokratie

Die große Kundgebung der Berliner Sozialdemokratie anläßlich des 10. Jahrestages des Kapp-Putsches. Oben: Otto Wels spricht. — Unten: Die ungeheure Menschenmasse, die den Saal bis in alle Winkel füllte.

Der 18. März.

Ein Volks- und Siegestag: 1848—1890—1930.

Von Paul Kampffmeyer.

Das deutsche Proletariat feiert mit Recht den 18. März 1848 als den Beginn eines neuen sozialen und politischen Zeitabschnittes. Der große Vorkämpfer unserer heutigen Sozialdemokratie Ferdinand Lassalle sah schon in dem Jahre 1848, in der Pariser Februarrevolution 1848 das Geburtsjahr eines großen weltgeschichtlichen Gedankens: der „Idee des Arbeiterstandes". Die Februarrevolution schuf das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht, sie berief einen Arbeiter in die provisorische Regierung und bezeichnete die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse als den Zweck des Staates. Sie stellte bewußt den Staat als das machtvolle Werkzeug der Befreiung der Arbeiterklasse hin. Die seit der Februarrevolution sieghaft fortschreitende Idee des Arbeiterstandes schloß nach Ferdinand Lassalle eine neue sittliche Idee ein. Die Solidarität der Interessen, die systematische Pflege der Gemeinsamkeit und Gegenseitigkeit in der Entwicklung.

Wenn wir so in bewußter Anlehnung an Ferdinand Lassalle den neuen sozialen Charakter der Februarrevolution erfassen, dann verstehen wir erst das wirkliche Wesen der deutschen Märzrevolution. Als die Flammen der Februarrevolution nach Deutschland hinüberschlugen, da zündeten sie überall in proletarischen und proletarisierten Kreisen. Die Berliner Märzrevolution wird im wesentlichen von proletarisierten Handwerksgesellen und ganz proletarischen Arbeitern geschlagen. Das beweist das noch erhaltene Verzeichnis der Berliner Märzgefallenen. Und die wirkliche Triebkraft der deutschen Revolution von 1848 bilden die sich organisierenden Handwerker, Lohnarbeiter und Hausindustriellen. Der Freund Friedrich Wilhelms IV., der Diplomat von Radowitz, nannte als „vierte der bewegenden Revolutionskräfte" die „Bewegung als Kampf des Proletariats um gesicherte Leistung und Organisation der Arbeit." Mit einer gewissen Bewunderung sprach er von dieser „neuen, ungeheuren Kraft", die heute noch als utopisch verhöhnt oder als „polizeilich" abgewiesen werde. Und er betrachtete die proletarisch-sozialistische Bewegung als eine den Staat und die Gesellschaft umstürzende Kraft.

Im Hintergrunde leuchtet schon der Gedanke der sozialen Monarchie auf, vor der ja auch Bismarck eine tiefe Verbeugung gemacht hat. Die Idee der sozialen Monarchie schließt die obrigkeitsstaatliche Bevormundung des Proletariats ein. Ein am Gängelbande der Monarchie hängendes Proletariat kann innerhalb des parlamentarischen „Repräsentationssystems" leicht zu einem kräftigen Gegenstoß gegen den Liberalismus und die Demokratie mißbraucht werden. Der bürgerliche Liberalismus sah in dieser revolutionären Kraft den leibhaftigen Gottseibeiuns, der ihn mit Sicherheit in die Hölle befördern würde. Als sich in den Jahren 1862 und 1863 die junge sozialdemokratische Bewegung zuerst in Deutschland wieder regte, spitzten sich die Gegensätze zwischen dem bürgerlichen Liberalismus und dem sozialdemokratischen Lassalleanismus fast katastrophal zu. Und in diesem Moment greift auch die „soziale Monarchie" zu der schon mehrmals gebrauchten Rattenfängerpfeife, um die hungrigen Ratten einzufangen. Bismarck lud Lassalle zu einer Unterredung ein. Lassalle aber forderte Unmögliches: ein Königtum, das sich selbst aufhebt, das revolutionär das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht einführt und eine Art Diktatur zur politischen und sozialen Erhebung der Arbeiterklasse aufrichtet. Der Staat soll sich zum gefügigen Instrument der Emanzipation der Arbeiterklasse machen. Das bedeutete selbstverständlich den Selbstmord des monarchistischen Obrigkeitsstaates, der „sozialen Monarchie".

Die Wege Bismarcks und Lassalles trennten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219300318-14/fragment/page=0001

sich für immer. Die Anhängerschaft Lassalles und Bebel-Liebknechts feierte den 18. März 1848 als die blutige Niederlage der Monarchie und als eine hochwillkommene Demonstration des sich selbst befreienden Volkes, und Bismarck verschärfte das Strafgesetz und erließ überdies noch ein Ausnahmegesetz, um die selbständige demokratisch-sozialistische Arbeiterbewegung zu zermalmen. Bismarck fürchtete die sich „selbst überlassene", eigene Wege wandelnde sozialistische Bewegung als eine den alten obrigkeitlichen Staat umstürzende Kraft.

Es wollte das Schicksal, daß gerade an einem 18. März der Sturz Bismarcks bekannt wurde. Nicht einen Monat nach den glorreichen Wahlen vom 20. Februar 1890, die die deutsche Sozialdemokratie zur stärksten Partei Deutschlands emporhoben und die vollständige Ohnmacht des Sozialistengesetzes erwiesen, brach die Bismarcksche Gewaltpolitik krachend zusammen.

Schon gedachte Bismarck zu einem neuen Hieb gegen die Sozialdemokratie auszuholen, schon bereitete er ernstlich die „Schlacht" vor, in der sich die soziale Demokratie verbluten sollte, da fiel ihm Wilhelm II in den Arm. Wilhelm II. wollte es im Anfang seiner Regierung keinesfalls „zu einer Situation kommen lassen", in der „Blut fließen könnte", und er sah überdies seine Arbeiterschutzpolitik von Bismarck systematisch durchkreuzt. Die sich sozial gebärdende Monarchie versetzt dem „eisernen Kanzler", dem wütensten Hasser des sich selbst regierenden Volkes, der Demokratie, den Todesstoß. Aber die siegreiche Sozialdemokratie hatte eigentlich den Arm Wilhelms geführt.

Am 18. März 1848 stürzte die absolute Monarchie unter dem Gewehrfeuer des sich selbst befreienden Volkes zusammen, am 18. März 1890 sank nach dem Siege der sozialen Demokratie der Mann zu Boden, der unzweifelhaft der schärfste Gegner der Emanzipationsbestrebungen der sozialistischen Arbeiterschaft gewesen war. Mit ihm zugleich wurde die Monarchie getroffen, die er vom Jahre 1862 an gegen den Ansturm der Demokratie verteidigt hatte.

Ohne den 18. März 1848 keine Sozialdemokratie als Partei und ohne den 18. März 1890 keine triumphierende sozialdemokratische Partei! Vierzig Jahr nach dem 18. März 1890 leben bereits zahlreiche Gedanken des alten sozialdemokratischen Programms in den Institutionen des Deutschen Reiches.

Der staatsrechtliche Naturschutzpark

Politische Krise in Mecklenburg.

Der sozialdemokratische Präsident des Landtages von Mecklenburg-Strelitz Dr. Foth ist am Montag von seinem Amt zurückgetreten. Foth hatte sich zu einem evtl. Anschluß von Mecklenburg-Strelitz an Preußen unter anderem geäußert: „100 Kilometer von Berlin Mecklenburg-Strelitz, der staatsrechtliche Naturschutzpark, das am teuersten regierte Land". Er wurde deshalb insbesondere von den Deutschnationalen wegen Beleidigung des Heimatlandes außerordentlich stark angegriffen. Foth erklärte darauf am Montag im Landtag seinen Rücktritt, dem er ausdrücklich hinzufügte, daß er von dem Artikel nichts zurückzunehmen habe und nichts zurücknehmen werde. An Stelle Foths wurde der SPD.-Fraktionsführer Bartosch zum Landtagspräsidenten gewählt. Foth übernimmt die Führung der Fraktion.

Bei den Arbeitslosen sparen!

Damit die Sparkommissare Riesengehälter beziehen können

Wie der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer am Sonnabend in seiner Hamburger Rede mitgeteilt hat, findet zurzeit eine Prüfung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung durch den Reichssparkommissar statt. Es soll festgestellt werden, in welchem Umfange in der Verwaltung Ersparnisse gemacht und Mißbräuchen der Einrichtungen entgegengetreten werden kann. Es dürfte die Oeffentlichkeit interessieren, wie der Reichssparkommissar Dr. Saemisch diese Prüfung zur Erzielung von Ersparnissen vornehmen läßt.

Die Prüfung ist dem früheren Ministerialdirektor Bail vom Preußischen Handelsministerium übertragen worden. Bail nahm im vorigen Jahre seinen Abschied, weil nicht er, sondern der Sozialdemokrat Staudinger zum Staatssekretär im Handelsministerium ernannt wurde. Man gab Bail ein Schmerzenskind, indem man ihm den Vorsitz im Aufsichtsrat bei der neuen vom Reich und von Preußen gegründeten und subventionierten Schichau AG. übertrug. Die Bezüge aus diesem Posten (unter Einrechnung der Pension) betragen 25 000 Mark jährlich, d. h. ungefähr soviel wie das Gehalt des aktiven Ministerialdirektors. Als der Sparkommissar Saemisch Herrn Bail die Prüfung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung übertrug, sicherte er ihm für diese Tätigkeit neben den erwähnten Bezügen von 25 000 Mk. noch einmal das volle Ministerialdirektorgehalt zu. Gegen diese Zusage erhob das Reichsfinanzministerium starke Bedenken. Saemisch aber mißachtete diese Bedenken und erklärte, er habe sich Herrn Bail gegenüber bereits gebunden und nunmehr mit ihm einen „Werkvertrag" abgeschlossen über die Erstattung von Gutachten, wofür er Herrn Bail eine Vergütung von 1500 Mark monatlich zahle. Die Gesamtbezüge des neuen Arbeitslosen-Sparkommissars betragen also jetzt 43 000 Mk. jährlich.

Dieser Fall, um dessen Abstellung sich hoffentlich die Reichsregierung und der Herr Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer sofort bemühen werden, ist ein Schulbeispiel für die von manchen Kreisen der hohen Bürokratie und der „Wirtschaft" verlangte Sparsamkeit. Glaubt man wirklich, daß die Oeffentlichkeit für eine solche Handlungsweise des Reichssparkommissars Verständnis haben wird? Hat es noch irgend etwas mit Sparsamkeit zu tun, wenn man, um Ersparnisse in Höhe von einigen Mark im Einzelfalle bei der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zu machen, zunächst einmal eine Nebenvergütung von 18 000 Mk. jährlich zahlt?

Schleppendes Tempo.

Die Beratungen über die Finanzreform.

In den Beratungen der Regierungsparteien über die Finanzfragen spielte am Montag die Arbeitslosenversicherung die Hauptrolle. Von der Deutschen Volkspartei wird nach wie vor der Versuch gemacht, die von der Regierung vorgeschlagene Beitragserhöhung zu verhindern, um dadurch den Abbau der Leistungen zu erzwingen. Die Beratungen nahmen einen sehr schleppenden Verlauf, da die Deutsche Volkspartei angesichts ihres Parteitages, der Ende dieser Woche in Mannheim stattfindet, jede vorherige Festlegung auf die Vorlagen der Reichsregierung ablehnt. Infolgedessen werden die Beratungen erst im Laufe der nächsten Woche in ein entscheidendes Stadium treten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Montag mit dem Stand der Finanzverhandlungen, insbesondere mit den Vorschlägen der Deutschen Volkspartei zur anderweitigen Regelung der Arbeitslosenversicherung. Sie billigte den ablehnenden Standpunkt ihrer Unterhändler.

Berlin protestiert.

Gegen die Einschränkung seiner Selbstverwaltung.

Berlin, den 17. März.

Die gemischte Deputation zur Vorberatung von Organisationsentwürfen, der sog. Ausschuß, der ursprünglich auf den 24. März einberufen war, trat bereits am 17. März unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Scholz zu einer Beratung zusammen, um zu dem Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes Großberlin Stellung zu nehmen. Nach eingehender Debatte faßte der Ausschuß, in dem der Magistrat sowie sämtliche Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung vertreten sind, einen Beschluß, in dem es heißt: Der Organisationsausschuß erhebt den schärfsten Protest gegen den von der preußischen Regierung vorgelegten Entwurf eines „Selbstverwaltungsgesetzes für die Hauptstadt Berlin", lehnt den vorliegenden Entwurf ab und wird seinerseits selbständig Vorschläge machen.

Schlimme Finanzlage der Türkei.

Die Stambuler Zeitung Aksecham berichtet, daß die in Angora befindlichen Vertreter der osmanischen Schuldenverwaltung die Finanzlage der Türkei nach deren Prüfung als „schlimmer als vermutet" bezeichnet und die Erfüllung der ausländischen bzw. inländischen Schulden des türkischen Staates für unmöglich erklärt hätten. Sie forderten von der Regierung eine umfassende Finanzreform. Die Möglichkeit eines Moratoriums rücke mehr und mehr in den Vordergrund.

Primos Leiche nach Madrid überführt.

Die sterblichen Ueberreste des Generals Primo de Rivera sind am Montagabend mit dem Süd-Expreß nach Madrid übergeführt worden. Starke Truppenabteilungen aller Waffengattungen erwiesen dem Toten in Paris die letzten Ehren. Die spanische Regierung hat den General San Jurjo nach Bordeaux zum Empfang des toten Diktators entsandt. Große Feierlichkeiten sind anläßlich der Beisetzung in Madrid vorgesehen. Der Diktator soll sogar nachträglich noch zum Generalkapitän befördert werden. Der König soll seine Teilnahme an der Beisetzung abgelehnt haben.

Komödienspiel mit dem Tod.

Am Montag sind die beiden Berliner kommunistischen Opfer des 6. März auf dem Friedhof in Friedrichsfelde beigesetzt worden. Versuche der Kommunisten, die Beisetzung zu einer großen Demonstration zu gestalten, scheiterten. Lediglich auf dem Küstriner Platz kam es zu Ansammlungen. Dort scheuten die Kommunisten nicht vor der Rohheit zurück, einen Pappsarg aufzustellen, der unter Begleitung von halbwüchsigen Demonstranten durch die Straßen getragen werden sollte. Die Polizei beschlagnahmte die Attrappe; es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Demokratisierung des Berufsschulwesens

Ein Erfolg der Gewerkschaften

Im Preußischen Landtag wurde am Montag die Aussprache über die Reform der Gewerbeschullehrerausbildung beim Handels- und Gewerbeetat fortgesetzt. Die Kommunisten, für die eine solche Reform im vergangenen Jahre noch revolutionäre Forderung war, ließen durch ihren Redner erklären, daß sie diesen unzweifelhaften Fortschritt ablehnen, der ja doch nur Sand in die Augen der Arbeiter sei. Was kümmert sie die Tatsache, daß künftighin ohne Hochschulstudium Gewerbeschullehrer auch aus den Reihen der Werktätigen genommen werden sollen, daß hier Dank der Initiative der Gewerkschaften siegreich Bresche gelegt wird in das Berechtigungswesen.

Im Gegensatz zu den Kommunisten erkannte Abg. Nowak (Gleiß, Soz.) den Wert der Wirtschaftsschulung für die Arbeiterschaft an. Wie die Unternehmergruppen durch die „Dinta", Betriebswerkstätten usw., so haben ja auch die freien Gewerkschaften die wirtschaftliche Ausbildung gefördert durch Einrichtung von stark besuchten Fachschulen und durch Fachzeitschriften und -zeitungen, die die sehr beachtliche Auflageziffer von rund 10 Millionen erreichen. Dabei muß in erster Linie mit der Grundsatz gelten, der in der fortschreitenden Technisierung, Rationalisierung und Typisierung begründeten Entseelung der Arbeit, der Herabwürdigung des Arbeiters zum Werkzeug, entgegenzuwirken. Neben der praktischen und theoretischen Ausbildung den jugendlichen Arbeitern und Lehrlingen die Augen zu öffnen über die

Zusammenhänge des Wirtschaftslebens,

über die Rolle, die sie darin spielen, das ist die große Aufgabe der Berufsschulen. Daran mitzuhelfen, sie durch das kommende Berufsausbildungsgesetz Allgemeingut werden zu lassen, betrachte die Sozialdemokratie mit als die wichtigste Aufgabe.

In der Debatte wies Handelsminister Dr. Schreiber den Vorwurf des Wirtschaftsparteilers Kohrt energisch zurück, daß er die Koalitionsfreiheit des Handwerks antasten wolle. In Wahrheit existiert eine solche Koalitionsfreiheit beim Handwerk nicht. Das Handwerk ist der einzige Stand, bei dem man, solange es Zwangsinnungen gibt, von einem Koalitionszwang sprechen kann. Sein Protest, daß die zwangsweise den Innungen zugeführten Handwerker politischen Handwerkerbünden angegliedert werden, war voll berechtigt. Welches Geschrei würden wohl Wirtschaftspartei und die Rechte erheben, wollte man etwa nach dem Beispiel der Zwangsinnung für die Arbeiter Zwangsgewerkschaften einführen.

Mit der Beratung der Einzeltitel wurde schließlich die zweite Lesung des Handels- und Gewerbeetats zu Ende geführt.

Im Friedrichshain.

Von Hermann Schützinger.

Der Friedrichshain ist ein öffentlicher Park wie Dutzende und Hunderte anderer auch — und doch liegt über seinen Bäumen, Wiesen und Teichen so ein eigentümliches Raunen und Rauschen, das vielleicht nur überempfindliche Menschen zu spüren vermögen, während es der Alltagsmensch einfach nicht zu erfassen vermag.

Der Durchschnittszeitgenosse sieht im Friedrichshain eben nur den Friedrichshain, eine Parkanlage im Nordosten von Berlin, umtost vom Verkehr der Weltstadt und ummauert von einem farblosen Arbeiterviertel, aus dessen Backsteingemäuer ein Dutzend Brauereien, Krankenhäuser, Kinos und Fabriken zum Himmel strebt.

Der sensitive Mensch aber wird gleich beim Betreten der Grundflächen dieses Parks innerlich angestoßen und seelisch berührt.

Gleich am Eingang streckt sich der „Märchenbrunnen" im Rasen, eine kleine Abschlagszahlung der reichen Weltstadt Berlin an die Jugend des Bezirks Friedrichshain. Bären huschen lautlos auf weichen Pfoten, Hasen strecken die Ohren, Eulen rotieren die Augen, und wenn man dann weitergeht, in den Park hinein, dann steht bald da, bald dort ein mehr oder minder schreckhaftes Tier: ein Hirsch, ein riesiger Hund, ein Elch, oder in Bronze ein nacktes Mädchen, das mit federnden Sohlen über den Rasen geht.

Im März aber ist der Friedrichshain vollends geladen voll Frühlingssehnen und Weltenschmerz. In den Mulden liegt noch Reif und Schnee, über die Wiesen spannt sich noch ein ganz dünner Hauch von Eis, und doch brennt auf den Hügeln und in den Baumwipfeln bereits die Sonne und löst den Frost auf — er zerrinnt im Licht wie heller Dampf.

Der kitschige „Fridericus" auf seinem Postament in der Mitte des Parkes, der seinen Kopf schief stellt und nach dem Friedhof der Märzgefallenen hinüberäugt, hat im März hier nichts zu sagen. Man geht an ihm vorbei und kämpft sich zum „Friedhof" durch.

Zwei trauernde Männer knien auf dem Postament, die Fackeln nach unten gekehrt, und nun sieht man die Friedhofsanlage der zweihundert Märzopfer vor sich, von Blattpflanzen überwuchert und von Bäumen überdacht, so wie sie uns die alten Kupferstiche vermelden: In der Mitte ist ein mächtiger Erdblock stehen geblieben. Im Viereck rundum hat man einen breiten Schacht ausgehoben, der die Doppelreihe der Särge zu fassen vermag. Verrostete Kreuze an den Ecken des Vierecks. Schwarze Tafeln mit dem Namen und Alter der „Opfer":

Pahrmann, Schmiedelehrling, 19 Jahre. —
Frost, Schuhmachermeister, 38 Jahre. —
Christian Girn, Schlosser, 25 Jahre. —
usf. — zweihundert Grabstätten entlang!

Im Zentrum des Friedhofs aber wuchert der Block, auf dem damals die Geistlichen ihre Reden hielten und eine 20 Meter hohe Revolutionsfahne im Winde hing. Ein Blätterdach hat sich mildtätig über ihn gelegt.

Im „Vorhof" die Revolutionsopfer-Stätte des Jahres 1918! Zehn bis zwanzig Gräber. Damals ging's glimpflicher ab.

An der vorderen Ecke das Emailbild eines jungen Matrosen, ein Kind, auch nicht viel älter als der „Schmiedelehrling Pahrmann" aus der 48er Zeit!

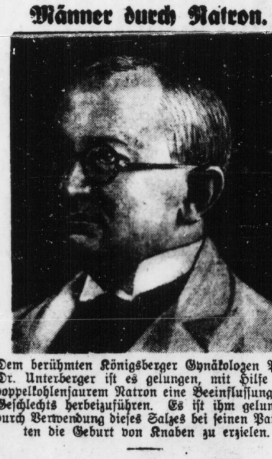
„Obermatrose Burghardt, gefallen 11. 11. 18
am Kaiser-Franz-Josef-Platz."

Neben ihm:

„Jäger Richard Büchel, erschossen 6. Dez. 18."

Und nun kehren einförmig diese drei Buchstaben wieder: „ersch." — „ersch." — „ersch. am!" — — Eine bittere Anklage an den Bürgerkrieg! — — Dazwischen der Aufschrei eines entsetzten Bruders: „Walter Kaminski, ersch. 10. 11. 18. — Wurde auf einem Dienstwege in der Kaiserstraße durch einen Rückenschuß verwundet und starb in den Armen seines Bruders." — — Auf dem Massengrab aber liegen die alten, verwitterten, roten Bänder von den Kränzen der Berliner Arbeiterschaft. Der Friedrichshain im März ist übervoll von tausend Sehnsüchten des Proletariats. Junge und Alte stehen in seinem Bann, wenn er zum erstenmal wieder in der Sonne taut und die Erinnerung weckt an den Obermatrosen, an den Schmiedelehrling und die zweihundert anderen Schläfer im Friedhof der Revolution.

Männer durch Natron.



Dem berühmten Königsberger Gynäkologen Prof. Dr. Unterberger ist es gelungen, mit Hilfe von doppelkohlensaurem Natron eine Beeinflussung des Geschlechts herbeizuführen. Es ist ihm gelungen, durch Verwendung dieses Salzes bei seinen Patienten die Geburt von Knaben zu erzielen.

Die Besten müssen springen in den Riß der Zeit,
nur über ihren Leibern schließt er sich,
nur ihre Leiber sind der seltne Samen,
aus dem der Völkerfreiheit üpp'ge Pflanze
grünend hervorschießt, eine Welt befruchtend.
Das ist der Fluch, der auf den Besten lastet,
dämonisch sie und was sich ihnen naht
dem finsteren Verderben weiht!

Lassalle (Franz von Sickingen).

Deutsche Kunstausstellung in London.

Die Royal Academy in London hat den Plan gefaßt, eine große Gesamtschau deutscher Kunst zu zeigen. Allerdings will man eine solche Ausstellung erst in zwei oder drei Jahren nach einer französischen oder spanischen Kunstausstellung veranstalten, nämlich wie man im Vorjahre eine niederländische und kürzlich eine umfassende italienische Kunstschau gezeigt hat. Mancherlei Eigentümlichkeiten spielen da mit hinein, die schon heute einen Hinweis angebracht erscheinen lassen. Von deutscher Seite würden die staatlichen Kunstsammlungen den Hauptteil an Kunstwerken zur Verfügung stellen. Demgegenüber besteht aber keine englische Gegenseitigkeit, da bisher das englische Parlament noch nicht die Zustimmung dazu gegeben hat, daß die National Gallery und andere staatlichen Sammlungen Bildwerke zu diesem Zwecke herleihen können. Da gerade in England sich sehr wichtige Gemälde alter deutscher Meister befinden, wäre es eigentlich eine Selbstverständlichkeit, wenn ein parlamentarischer Beschluß diese Beschränkung aufheben würde.

Zweifellos würde eine solche Ausstellung, wenn sie unter dem Gesichtspunkte bester Qualität durchgeführt würde, eine ungemein wertvolle kulturpolitische Propaganda bedeuten. O. B.

Hallisches Stadttheater.

Im Stadttheater findet heute die Erstaufführung von Shaws Komödie „Der Kaiser von Amerika" statt. „Man verläßt sich sehr viel auf diese Ueberschrift", sagte Shaw anläßlich eines Interviews nach der Londoner Premiere dieser Komödie. Der Kritiker, mit dem Shaw dieses Gespräch hatte, fragte den irischen Dichter daraufhin: „Obgleich es eine Uebertreibung ist, hat das Stück doch einen ernsten Hintergrund?" „So ernst", antwortete Shaw, „daß ich Ramsay Mac Donald gesagt habe, er solle keinen jungen Menschen in sein Kabinett aufnehmen, der nicht mindestens sechsmal den „Kaiser" gesehen hat." Es ist als heilsame Lektion gedacht, da das Stück einen Zustand schildert, in den hineingetrieben zu werden wir bedroht sind. So spielt das Stück denn am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts und die Scherze, die ich mir zuweilen erlaube, dürften kaum einen Menschen aus der Fassung bringen. Der zweite Akt ist zudem für jedermann eine Art Erholung, eine humoristische Erholung.

Das Stück wird in der hiesigen Erstaufführung dargestellt von den Damen: Ruth Ambach, Carola Behrens, Vilma Dülfer, Halka Heller und Anne-Liese Johow, daneben den Herren: Günther Boehnert, Fritz Hensel, Paul Herlt, Robert Jungk, Wolf Lieber, Rudolf Massias, Felix Norfolk, Hanns Peters, Fritz Reichert und Hans Richter. — Spielleitung: W. Dietrich. Bühnenbild: Heinz Behrens. Kostüme: Peter Rohrer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219300318-14/fragment/page=0002

Nr. 65 **Dienstag, den 18. März**

Gold aus Hakenkreuzen.

Der Mensch ist dumm — namentlich wenn er ein Hakenkreuz trägt. Trotz der Pleite mit dem Goldmacher Tausend finden die Spekulanten auf die Tummheit unter den Anhängern Hitlers immer noch ihr Publikum. Wir lesen im „Völkischen Beobachter" das folgende Inserat:

„Wer beteiligt sich an der praktischen Durchführung einer weltumwälzenden Erfindung (Ergebnis langjähriger Forschung) bezüglich Erzeugung von Kraft, Licht und Wärme? Forscher ist Fachmann von Weltruf (Offizier-Ingenieur), Kapital wird auf Wunsch sichergestellt, Vermittler und Horcher nicht erwünscht. Anschriften unter „Weltproblem" an den „Völkischen Beobachter"."

Das ist das richtige Inserat für jene Dummen, die nationalsozialistische Propaganda-Romane lesen und für Wahrheit nehmen! Weltumwälzende Erfindung, Weltproblem — da wird sogar Herr Ludendorff noch einmal darauf hineinfallen. Vor diesem Spekulanten auf die Tummheit werden sich eines Tages ebenfalls die schwedischen Gardinen schließen — aber vorher wird er seine Schäflein kräftig scheren.

Das sind noch die kühnen Spekulanten, die gleich aufs Ganze gehen. Die kleineren riskieren nichts, die scheren ihre Schäflein auf gut bürgerliche Weise. Da inseriert einer „Hakenkreuzringe aus Golddoublee", wieder ein anderer mahnt „Vertreiben Sie mein einzig dastehendes handgeschnitztes und gemaltes nationalsozialistisches Hauswappen", der dritte aber macht es wieder anders. Der druckt ein sogenanntes Propagandablatt der nationalsozialistischen Erwerbslosenzellen Hamburgs und inseriert es: Stück für Stück für 15 Pfennig. Sie alle prägen Gold aus Hakenkreuzen!

Der eine betrügt die reichen Leute, die gierig nach Gold sind, der andere die Erwerbslosen, denen die Not die Ueberlegung nimmt. Sie werden beide geschoren, die Armen wie die Reichen — das ist die echte Volksgemeinschaft im Zeichen des Hakenkreuzes!

Jugendweihe.

Die von der Sozialdemokratischen Partei in Gemeinschaft mit dem Verband für Freidenkertum veranstaltete Jugendweihe findet am nächsten Sonntag, dem 23. März, vormittags 9.30 Uhr, in der Aula der Talamtschule statt. Eintrittskarten sind schon jetzt zu haben im Sekretariat des Sozialdemokratischen Ortsvereins, Gewerkschaftshaus, beim Genossen Twachtmann im Bureau des Fabrikarbeiterverbandes, Gewerkschaftshaus und in der Volksblattbuchhandlung, Große Ulrichstraße 27.

Weniger Hallenser.

Die Einwohnerzahl Halles ist im Februar um 84 gesunken, Halle hat also nur noch 208 114 Einwohner. Zu erklären ist diese Abnahme durch den Fortzug von Studenten am Semesterende. Auf der anderen Seite hält der Zuzug von Familien unverändert an. Dadurch wird die Zahl der Wohnungsuchenden und vor allem die Zahl der weiblichen Einwohner wesentlich höher.

Im Februar vergangenen Jahres starben 237 Hallenser, während dieses Jahr nur 178 gestorben sind. Die Zahl der Geburten ist genau gleich geblieben; im Februar 1929 und 1930 sind in Halle 284 Kinder geboren. Relativ ist allerdings eine Abnahme der Geburtenziffer, da eine Umrechnung auf die Bevölkerungszahl des vergangenen Jahres einen höheren Prozentsatz ergibt, festzustellen.

Fremdenvorstellung und Hallenser

Die Fremdenvorstellungen im hallischen Stadttheater erfreuen sich steigender Beliebtheit. Die Besucherzahlen erhöhen sich fast bei jeder Vorstellung und beweisen damit, daß Halles Theater nicht nur in Halle, sondern auch im weiteren Umkreis geschätzt und geachtet wird. Die Aufführungen der diesjährigen Spielzeit standen durchweg auf beachtlicher Höhe. Auch der Hallenser schätzt die Fremdenvorstellungen; es scheint, als ob er der Meinung sei, daß bei diesen Fremdenvorstellungen Besonderes geboten würde. Der Andrang gerade zu den Fremdenvorstellungen, bei denen nur noch wenige Restkarten zu Verfügung stehen, ist sehr stark. Es ist oft recht unliebsam empfunden worden und hat vielerlei Unwillen erregt, wenn bei Fremdenvorstellungen die sämtlichen Plätze vergriffen waren. Es ist daher nicht unangebracht, darauf hinzuweisen, daß die Fremdenvorstellungen eben Fremdenvorstellungen sind und daß der Hallenser den Fremden das Vorrecht für solche Abende nicht streitig machen sollte. Er hat sein Stadttheater ja immer, die Vorstellungen für die Fremden sind durchaus nicht besondere gegenüber den sonstigen Aufführungen.

Fachkursus für Wirtschaft und Verwaltung.

Am Sonnabend und Sonntag, dem 22. und 23. März findet im „Volkspark" ein Wochenendkursus statt. Dr. Ernst Nölting, Leiter der Staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung wird über das Thema „Der Arbeiter in Wirtschaft und Staat" sprechen. Anmeldungen zu diesem Kursus sind bis zum 20. März beim Arbeitersekretariat, Harz 42/44, einzureichen. Kosten entstehen nicht. Beginn des Kursus: Sonnabend 19 Uhr.

Kommunale Hochkonjunktur

Stadtratseinführung, Fraktionsspaltung, Etatsberatung
Wer führt die Schulpolitik in der Schulstadt Halle?

Halle, den 18. März.

In seiner ersten Sitzung im Januar wählte das im November vorigen Jahres zustandegekommene Stadtparlament die unbesoldeten Mitglieder des Magistrats. Die augenblicklich wieder einmal ganz irrsinnige Einstellung der kommunistischen Parteizentrale zu den kommunalen Fragen verursachte eine sehr unangenehm empfundene Verzögerung der Bestätigung der Wahlen. Am Sonnabend war die Mitteilung von der erfolgten Bestätigung beim Magistrat eingelaufen, so daß die Einführung der Neugewählten in der gestrigen Stadtverordnetensitzung erfolgen konnte.

Die Sache ging ohne besonderen Zwischenfall vor sich: die bürgerlichen Herren in feierlichem Schwarz und ein feierliches Gesicht des den Akt vollziehenden Stadtoberhauptes. Die bisherigen Magistratsmitglieder, Regierungsrat Dryander, Regierungsbaumeister Rödiger, Professor Finger, Kaufmann Borges, Parteisekretär Reiwand und Konsumgeschäftsführer-Anwärter Härtel, wurden vom Oberbürgermeister durch Handschlag und unter Hinweis auf die bereits früher erfolgte Vereidigung neu verpflichtet. Die neugewählten Magistratsherren: Hauptgeschäftsführer von Ludwiger, Schlossermeister Michel, Bauunternehmer Pfeiffer, Postsekretär A. Dürrfeld, Schriftsetzer Klauß und Brauereiarbeiter Stauch mußten schwören, daß sie der Reichsverfassung die Treue halten und das ihnen übertragene Amt gewissenhaft nach bestem Wissen und Können verwalten wollen. Die beiden, wahrhaftig nicht revolutionär dreinschauenden Kapedisten bekannten sich so laut und weithin vernehmbar als treue Republikaner und schüttelten recht herzlich die ihnen vom „Ober" dargereichte Rechte. Dieser wünschte seinen nunmehrigen Kollegen, daß ihnen die Tätigkeit für unser Gemeinwesen zu eigenem Gewinne gereichen und ihnen die Befriedigung bringen möge, die der Lohn jeden gemeinnützigen Wirkens ist.

Der Vorsteher schloß sich diesen Wünschen an und sprach den nicht wiedergewählten Stadträten Pfautsch, Roscher, Joest, Fischer, Kilian und Wilhelmi den Dank der Stadtverordnetenversammlung für ihre Tätigkeit im Interesse des Gemeinwohls aus. Im Anschluß an diese immerhin feierliche spielte sich eine lustige Szene ab. Die beiden neuen „Kollegen" Rives hatten sich, einer Anweisung ihres Fraktionspapas entsprechend, unter ihren Glaubensgenossen im Saale niedergelassen. Jedenfalls wollten die Herren die in ihre Reihen geschlagene Lücke auf diese Weise ausfüllen. Herr Busse leitete die beiden sowjetbesternten Unglücksknaben auf den ihrem Titel gebührenden Platz auf der „Regierungsbank".

Der Riß in der KPD.-Fraktion.

Nach Bekanntgabe einer Reihe von Eingängen gab der Stadtverordnete Kurt Taatz die Erklärung ab, daß er in Konsequenz seines am 11. März erfolgten Austritts aus der Kommunistischen Partei auch aus der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion austrete. Sein Mandat als Stadtverordneter werde er jedoch als Vertreter der Arbeiterschaft der städtischen Werke auch weiterhin ausüben. Zur Begründung dieses Schrittes erklärte Taatz wörtlich:

Im Gegensatz zu anderslautenden Pressemeldungen erkläre ich, daß mein Austritt aus der Kommunistischen Partei Deutschlands ein reiflich überlegter Schritt war und daß die vom „Klassenkampf" verbreitete gegenteilige Meldung von einem Ausschluß unwahr ist. Solange ich Mitglied der Kommunistischen Partei gewesen bin, habe ich mich bemüht,

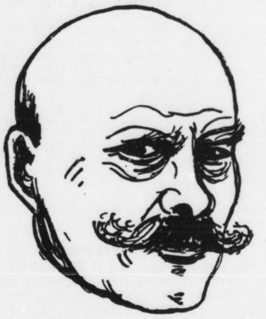
deren vielfach wechselnde Parolen und Richtlinien gewissenhaft zu befolgen. Deren ständiger Wechsel, deren stätig wachsende Widersprüche und die mit diesen im Zusammenhang stehenden Konflikte, in die ich als Mensch, als Politiker, als Mitglied einer freien Gewerkschaft und als Interessenvertreter der städtischen Arbeiter hineingetrieben wurde, machten mir den weiteren Verbleib in einer Partei unmöglich, deren Weg nicht mehr auf vernunftgemäße und von Eigensucht freie Wahrnehmung der Arbeiterinteressen hinzielt.

Es erübrigt sich, in diesem Zusammenhang die vielen und erheblichen Konflikte örtlicher Art anzuführen, die seit geraumer Zeit die hallische Arbeiterschaft und vor allem die Belegschaften der städtischen Werke erleben mußten.

Ich habe mich wiederholt bemüht, die Interessen der Arbeitnehmer der städtischen Werke, vor allem die des städtischen Gaswerks, mit den mir übertragenen politischen Aufträgen in Einklang zu bringen. Da dieses bereits in den letzten Wochen unmöglich war und weiterhin unmöglich ist, hielt ich mich für verpflichtet, den oben mitgeteilten Schritt zu tun.

Herr Grade, der bisherige Dirigent der kommunistischen Fraktion, ist wegen seiner biegsamen Einstellung zu den schnell wechselnden Zentraleparolen nach Berlin berufen. An seiner Statt besorgte Wabbel die „Entlarvung" seines bisherigen Fraktionsgenossen als „Sozialfaschisten", „Postenjäger", „Mandatsräuber" usw. Das Bürgertum nahm von diesem unter der Parole „Proletarier, vereinigt Euch" geführten Bruderstreit nach Gebühr, d. h. mit verständigem Schmunzeln Kenntnis. So lange so etwas möglich ist, meinte man im stillen, braucht der Besitzbürgerblock um seinen Bestand nicht zu bangen. So lange sich diese „Einzigwahren" untereinander prügeln, ist goldene Zeit für die Kapitalsvertreter.

Nach diesem Zwischenfall wandte sich das Kollegium seiner Hauptarbeit, der Etatsberatung zu. In rascher Folge wurden die von den Ausschüssen vorberatenen Etatskapiteln verabschiedet. Alle Versuche der sozialdemokratischen Fraktion, da und dort noch Verbesserungen durchzudrücken, scheiterten an dem geschlossenen Willen und der geschlossenen Phalanx des Bürgerblocks. Selbst bei der Entscheidung über einen in finanzieller Hinsicht gar nicht bedenklichen sozialdemokratischen Antrag auf Gewährung einer Beihilfe für Erwerbslose, deren Kinder zu Ostern ins Leben hinaustreten, blieben die Demokraten bei der Stange. Nichts konnte diese Auchsozialen veranlassen, für einen Antrag der



Stadtrat Karl Reiwand

der gestern erneut als unbesoldetes Magistratsmitglied verpflichtet wurde, kann heute auf eine mehr als zehnjährige Tätigkeit im Dienste der Kommune zurückblicken. Vom ersten Stadtparlament der Nachrevolution gewählt, wurde er am 24. November 1919 zusammen mit Albrecht und Osterburg in das bis dahin einem Sozialdemokraten verschlossene Amt eines Stadtrats eingeführt. Zu seinem Hauptdezernat gehörten insbesondere die Friedhöfe und das Leihamt. Nach dem Kapp-Putsch wurde ihm auf Verlangen der Parteileitung das Polizeidezernat übertragen, in welchem Amte er später von Stadtrat Dölz abgelöst wurde. Nach den Mai-Wahlen von 1924 wurde Reiwand ebenso wie im vergangenen Jahre wieder Führer der sozialdemokratischen Stadtratsliste.

Wir wünschen dem Genossen Karl Reiwand, der am 27. Februar, also erst vor wenigen Tagen, seinen 65. Geburtstag feiern konnte, daß er noch verschiedene Wahlperioden hindurch im Dienste seiner Vaterstadt wirken möge. Neben ihm gehören die Genossen Dürrfeld und Dölz dem Magistrat an.

Linken zu stimmen. Bei der Beratung des Volksschuletats fiel es auf, daß die Schulangelegenheiten des Bürgerblocks nach wie vor von dem einzigen Zentrumsmann, dem Katholiken Splett, geführt werden. Für unsere „Schulstadt" immerhin bemerkenswert. Und nicht mehr auffällig ist es, daß der deutschnationale Vorsteher die von den Nazis in verstärktem Maße betriebene Judenhetze mit ganz eigenartigen Augen betrachtet. Es gehört heute wieder mal zum guten Ton, bei jeder Gelegenheit antisemitische Witze zu reißen. Und im Stadtparlament Halle lacht man darüber nicht nur auf den Bänken der Rechten, sondern noch mehr bei denen, die sich „Kommunisten" nennen.

Nicht Trauer, sondern Verhetzung!

Wie Halles Nationalisten den Volkstrauertag mißbrauchten

Halle, den 18. März.

Der preußische Ministerpräsident Otto Braun hatte schon recht, als er am Sonntag aussprach, daß der Volkstrauertag um die Toten des Weltkrieges mißbraucht wird. Mißbraucht wird von den privaten bürgerlichen Organisationen, die ihn feiern. Nicht um trauernd der zwei Millionen Toten zu gedenken, die allein Deutschland in dem großen Völkermorden lassen mußte, sondern um den männermordenden Kriegsgeist wachzuhalten und Deutschland zum künftigen Revanchekrieg zu rüsten. Dieser Mißbrauch mit dem Volkstrauertag, der eigentlich alle Kreise des Volkes im Gedenken an die Gefallenen des Weltkrieges vereinigen sollte, trieb gerade in Halle die ärgsten Blüten. Hier benutzte man selbst diesen Tag, um mit ihm möglichst auch

politische Verhetzung zu betreiben.

„Von Versailles bis zum Young-Plan, eine einzige, ununterbrochene Kette von Demütigungen und Lasten, zu schwer, sie zu tragen. Die Waffen genommen, die Freiheit genommen. Das ist das Reich von heute." Und das sind die Worte, welche die deutschnationale „Hallische Zeitung" ihren Berichten über den Volkstrauertag in Halle voransetzt. Es macht diesem Blatt nichts aus,

daß gerade durch den Young-Plan Deutschlands Freiheit im Westen wieder errungen wurde, daß selbst der Reichspräsident mit aus diesem Grunde den Young-Plan unterzeichnete. Keine Lüge ist eben schändlich genug, daß sie nicht der Hugenberg-Presse zur politischen Geschäftsmacherei dienen könnte.

Und wie sonst die Trauerfeiern verliefen? Stahlhelm, Kriegervereine und Nationalsozialisten mißbrauchten die Kirchen und die Symbole jenes christlichen Friedenspropheten, der das Wort gesprochen: Friede sei mit Euch. Man setzte in all diesen nationalistischen Kreisen gerade an diesem Trauertage die ganze Hoffnung auf ein künftiges Massenmorden, das nach dem Ausspruch des alten Volksparteilers Kahl in der Berliner Trauerkundgebung, an der auch Hindenburg teilnahm, nichts mehr mit ehrlichem Männerkampf zu tun hat, sondern nur noch mit den

grausigen Mitteln der Technik und der Chemie ausgefochten

wird. Im künftigen Giftgaskrieg gibt es keinen Kampf bei klingender Marschmusik. Das wissen auch die Kriegshetzer. Aber man versucht die bürgerliche Jugend zu betören und gaukelt ihr deshalb ein Kriegsbild vor, wie es schon seit Jahrzehnten nicht mehr existiert. Bei dem Festabend der Kaufmannsjugend im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband spielte man an diesem Trauertage zu „Preußens Gloria" jene alten Armeemärsche, mit der in früheren Jahrhunderten die Soldaten in den Kampf getrieben wurden. Ausgerechnet ein volksparteilicher Landtagsabgeordneter, dessen Parteifreunde Stresemann und Curtius in Locarno, Genf und sonstwo sich für den Völkerfrieden und Verhinderung künftiger Kriege einsetzten, hetzte die arme Kaufmannsjugend auf,

„den kriegerischen Kampfesgeist ja nicht aufzugeben, sondern nach alter Soldatenart: Vorwärts und Tritt gefaßt mit singender, klingender Marschmusik an die Zukunftsaufgaben heranzugehen". Das heißt nicht etwa, für diese deutschnationale Auch-Gewerkschaft DHV. zum Kampf gegen die Unternehmer, die gerade auch die Kaufmannsjugend in übelster Weise ausbeuten. Das heißt einzig und allein: „Haltet Ihr Jungen Euch alle für das künftige Völkermorden bereit!"

Es war keine Trauer um die Gefallenen, die bei diesen Feiern nationalistischer Organisationen zum Ausdruck kam. Keine Erkenntnis, daß die Massengräber der 10 Millionen Todesopfer predigen „Nie wieder Krieg". Es war einzig und allein übelster Mißbrauch der hier mit dem wahren Gedanken des Volkstrauertages getrieben wurde.

Die Krise der KPD.

Es wird weiter gereinigt.

Man könnte, wäre die Sache wichtig genug, eine Preisfrage veranstalten, eine Preisfrage nämlich: welche Nummer müßte die Verlustliste, die das Organ der Großwäscherei und chemischen Reinigung KPD. unter der schönen Ueberschrift „Parteisäuberung" fast eine Spalte lang veröffentlicht, tragen? Es ist wie in den Zeiten einer Epidemie, schon wieder sind welche verblichen. Sie sterben hin wie die Fliegen, man wundert sich immer, daß überhaupt noch welche vorhanden sind, die hinausgesäubert werden.

Am Sonnabend stehen wieder vier in der Ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219300318-14/fragment/page=0003

[illegible] Hartleb, Köppe und Fritsche tut man hinaus, weil sie sich „auf die Seite der Renegaten Bowitzki und Co. gestellt haben".

Die drei Toten gehörten zur Ortsgruppe Ostrau, Hartleb ist Konsumlagerhalter, die anderen zwei haben ihn in seinem „parteischädigenden Verhalten unterstützt". Bei der nächsten Konsumwahl gewinnt die KPD. den Krieg ganz bestimmt, jetzt sind ja die „Verräter" gerichtet. Der vierte Mann ist Paul Schüffler aus Weißenfels, er ist Gewerkschaftsangestellter und war etwas anderer Meinung über das, was der Arbeiterschaft nützt und was ihr schadet. Er war dabei noch so verrucht, das offen zu sagen und zu seiner Meinung zu stehen. Daß er da hinausgestäupt werden mußte, ist klar.

Schüffler führte in der letzten Zeit einen offenen Kampf gegen die Beschlüsse des 6. Weltkongresses der Komintern und des 4. RGJ.-Kongresses." Damit begründet man diesen Hinauswurf. Man sagt offen, wer bei uns ehrlich seine Meinung sagt, der fliegt. Uns soll das nicht betrüben, je schneller, je besser.

Heimstätten-Bau-Bund ...?

Der Heimstätten-Bau-Bund, mit dem wir uns verschiedene Male beschäftigt haben, hat alle Ursache, die Oeffentlichkeit nun endlich genauer zu unterrichten, was denn bei ihm vorgeht und vorgegangen ist. Trotz aller gegenteiligen Versicherungen erscheint es doch unmöglich, daß sich das Unternehmen halten kann. Eine Warnung an Interessenten und die gesamte Oeffentlichkeit ist also am Platze. Wir werden zu dieser Warnung um so mehr gedrängt, als wir wiederum ein Buch mit den Rabattmarken des Heimstätten-Bau-Bundes in Händen hatten, das ordnungsmäßig mit Marken für 50 Mk. Barvergütung vollgeklebt, aber nicht eingelöst worden ist. Seit drei Wochen versucht die Inhaberin dieses Buches, das Geld zu bekommen, sie wird aber immer wieder vertröstet. Wir warnen nachdrücklichst!

Ein Auto verbrannt.

Heute morgen kurz nach 8 Uhr geriet an der Spitze der Opelwagen eines Kolonialwarenhändlers in Brand. Das Feuer entstand wahrscheinlich durch einen Schaden am Vergaser. Der Besitzer und Führer erlitt geringe Verbrennungen im Gesicht. Der Motor ist zerstört, die Karosserie konnte erhalten werden, da die Feuerwehr sehr rasch zur Stelle war und innerhalb 10 Minuten das Feuer ablöschen konnte.

Für den Abschluß von Lehrverträgen

ist zu beachten, daß der Meister mit der Einstellung eines neuen Lehrlings nicht die gesetzliche oder auch tarifliche Höchstzahl der Lehrlingshaltung überschreitet. Ebenso müssen die Eltern von Lehrlingen darauf achten, daß tarifliche Lehrlingslöhne, soweit solche bestehen, von vornherein vereinbart werden; denn die tariflichen Lehrlingslöhne, die meist höher liegen als die sogenannten Lehrvertragslöhne, sind später nur schwer dem Arbeitgeber gegenüber durchzusetzen. Der Tariflohn ist auch für Lehrlinge bereits von einer Reihe von Arbeitsgerichten anerkannt, womit zugleich die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft für Lehrlinge bewilligt wird. Auf alle Fälle empfiehlt es sich, wenn die Eltern sich vor dem Abschluß eines Lehrvertrages **bei der für den Beruf des Lehrlings zuständigen Gewerkschaft erkundigen.**

Moskau völlig isoliert

Die kommunistische Metallarbeiterfraktion berät

Man schreibt uns:

Im DMV. ist zurzeit die Zusammenfassung der einzelnen Richtungen in Fraktionen noch gestattet und überall, wo es die Verhältnisse noch erfordern, kommen auch die Kollegen der Amsterdamer Richtung in Fraktionssitzungen zusammen. In Halle spielte im Verbandsleben die KPD.-Fraktion eine besondere Rolle. Die Gewerkschaftspolitik wurde nicht im DMV. selbst, sondern in der KPD.-Metallarbeiterfraktionssitzung beschlossen und in den DMV.-Veranstaltungen durchgeführt. Der KPD.-Leitung war es möglich, alles was sie wollte durchzusetzen. Sie fand willige Werkzeuge genug, die ihre Anträge einbrachten und begründeten. Selbst wenn die KPD.-Metallarbeiterfraktionssitzungen schlecht besucht waren, so fühlte sich aber jedes Mitglied der KPD. an die dort gefaßten Beschlüsse oder die von der KPD.-Leitung erhaltenen Aufträge gebunden.

Das ist seit etwa 1 Jahr anders geworden.

Die Fraktionssitzungen werden nicht mehr beachtet und setzen sich in der Hauptsache aus Nichtmitgliedern des DMV. zusammen. Die dort gefaßten Beschlüsse und von der Partei herausgegebenen Anweisungen werden im DMV. nicht mehr durchgeführt. Man findet niemand mehr, der sich dazu hergibt, die erhaltenen Aufträge an den Mann zu bringen. Deshalb sucht man jetzt die Fraktionssitzungen durch die Einladung aller derer zu beleben, gegen die ein Ausschlußverfahren seitens des DMV.-Vorstandes eingeleitet ist. Dadurch bekommt man noch einige Leute in die Sitzungen, denn mancher erhofft hierdurch die Erhaltung der Mitgliedschaft im DMV. Aber auch die Zahl dieser Naiven wird immer weniger; denn von denen, gegen die ein Ausschlußverfahren läuft, haben schon rund 1 Dutzend von selbst kommend eine von der Organisationsleitung des DMV. vorgelegte Erklärung unterschrieben, die eine direkte

Kampfansage gegenüber der KPD.

ist, so daß das Ausschlußverfahren eingestellt worden ist. Man muß sich nur wundern, daß die KPD.-Leitung gegen diese Parteimitglieder nicht vorgeht, obwohl sie ihr bekannt sind. Der „Klassenkampf" vom Sonnabend, dem 15. März, berichtet vom Ausschluß der Metallarbeiter Mörtz und Boost, beide bei der Firma Wegelin u. Hübner beschäftigt, weil sie sich der Organisierung von Wirtschaftskämpfen und dem Kampfe gegen den „Sozialfaschismus" hindernd in den Weg gestellt haben. Aber schon längst, ehe Mörtz und Boost die vom DMV. vorgelegte Erklärung unterschrieben haben, hat z. B. Richard Rehnert von der Firma Weise u. Söhne unterschrieben. Wir gaben seinerzeit den wichtigsten Absatz der Erklärung bekannt. Aber an diesen hat man sich noch nicht herangewagt, trotzdem er sich auch mit Erfolg dagegen gestemmt hat, die Betriebsratsliste nach den Wünschen der Parteileitung zusammenzustellen. Auch anderen, bei den Firmen Feger, Prinzler, Wintzer u. a. beschäftigten, bis vor kurzem noch linientreuen Parteikommunisten, die vor Mörtz und Boost unterschrieben haben, ist bis heute noch nichts geschehen. Wir nehmen noch von der Veröffentlichung der Namen Abstand und wollen erst einmal zusehen, ob man gegen diese vorgeht oder die Sache zu vertuschen versucht. Manches gläubige Parteimitglied würde staunen über die Namen derer, die

nicht mehr mitmachen.

Mancher von ihnen würde lieber heute als morgen ebenfalls die entsprechende Erklärung unterschreiben, nur um sich dadurch die Mitgliedschaft im DMV. zu erhalten; denn allgemein ist man heute der Ansicht daß die Wortführer der Metallarbeiter gegen Unterzeichnung einer Erklärung Egoisten im schlimmsten Sinne des Wortes sind. Heinrich Schmitt z. B. nur wegen seines Reichstagsmandats. Auch Karl Lüttich glaubte, sich sein Provinziallandtagsmandat dadurch zu erhalten. Er soll aber heute schon gemerkt haben, daß er sich auf das falsche Pferd gesetzt hat und den Verlust seiner Mitgliedschaft im DMV. sehr stark bereut. Stock (Ammendorf) hat heute, obwohl es damals bestritten wurde, seinen Lagerhalterposten. Noch eine Reihe anderer könnte man anführen, wie Schneider (Wittenberg) und Halle (Hettstedt), die Rufer im Kampfe gegen die DMV.-Bureaukratie, sie haben ihr Pöstchen erhalten. Leider gelingt es diesen Egoisten noch, einem Teil ihrer Anhänger vorzutäuschen, daß sie überzeugte Kommunisten sind. Das sind die Leidtragenden, sie werden über kurz oder lang bereuen, daß sie wegen diesen Leuten ihre Mitgliedschaft im DMV. aufgegeben haben. Denn schließlich muß auch der Dümmste erkennen, daß es mit der KPD. bergab geht. Das zeigen die bisherigen Betriebsrätewahlen mit aller Deutlichkeit.

Posträuber Hastedt.

Ein guter Griff gelang kürzlich der Polizei mit der neuerlichen Festnahme des Marinefunkers a. D. Friedrich Hastedt, bekannt durch den verwegenen Postraub von 1927. H. hatte sich nach Verbüßung seiner anderthalbjährigen Gefängnisstrafe in Halle aufgehalten und mit der Hausangestellten Emma M. ein Verhältnis angeknüpft. Ihr schenkte er eines Tages mehrere Paar Schuhe, die aus einem Einbruch in eine Großreparaturwerkstatt herrührten, wo H. auch noch Leder und Lederbearbeitungswerkzeuge gestohlen hatte. Der Schuhmacher Alfred S. erwarb davon eine gehörige Portion, verbrannte dann aber viel davon, weil ihn untilgbare Stempel sofort verraten hätten. H. suchte mit dem jungen Bauarbeiter Kurt D. noch einen Lebensmittelhändler gehörig heim, holte selbst noch Wertobjekte aus einem anderen Geschäft, besuchte mit einem anderen Kumpan nächtlicherweile zahlreiche Schrebergartenlauben, wo alles Verwertbare mitgenommen wurde. Für drei schwere Rückfalldiebstähle und einem mißglückten Pelzkrampf schickte das Gericht den Abenteurer auf zweineinhalb Jahre ins Gefängnis. Die Mitangeklagten kamen mit geringeren Strafen davon.

Wetterbericht für Mittwoch. Bei westlichen, später nördlichen Winden wechselnde Bewölkung. Bis in die mittleren Gebirgslagen Schnee und Nachtfröste. Stellenweise Schauer - Niederschläge. Temperaturen sinkend. Für Donnerstag naßkaltes, wenig verändertes Wetter.

Städtische Zweckbauten.

Die Stadt Essen vollendete dieser Tage den Neubau der Stadtsparkasse, der als ein Wahrzeichen der Stadt gelten soll. Aus Anlaß der Fertigstellung des Neubaues hat der Sparkassenvorstand eine Stiftung einer großen Summe für die Ausbildung Essener Kinder in Fachschulen begründet.

Seminarprüfungen an der Haushalts- und Gewerbeschule. Bei der diesjährigen Prüfung des technischen Seminars der Städtischen Haushaltungs- und Gewerbeschule in der Klosterschule wurden 131 Lehrbefähigungen erteilt. Für die Lehrbefähigung in Handarbeiten erhielten 11 junge Mädchen ihr Zeugnis, für die Lehrbefähigung in Hauswirtschaft 3, für beide Fächer zusammen 21, für Turnen, Schwimmen und Leibesübungen 17, nur für Turnen und Leibesübungen 8, nur für Turnen und Schwimmen 2. Unter den Prüflingen befindet sich eine große Zahl auswärtiger junger Mädchen.

Doppeleinbruch. In der vergangenen Nacht brachen Einbrecher in ein Papierwarengeschäft am Markt ein, durchbrachen von hier aus die Wand zu einem nebenanliegenden Zigarrengeschäft und machten reiche Beute an Zigarren und Zigaretten. Wieviel gestohlen wurde, ist noch nicht festgestellt.

Kleine Brände. Am Böllberger Weg brannte gestern Abend ein Stück Hecke von etwa 15 Meter Länge. Die Feuerwehr konnte nach dreiviertel Stunden Arbeit wieder abrücken. Wie das Feuer entstanden ist, ist nicht bekannt. Ebenso glücklich konnte die Feuerwehr einen Vergaserbrand in einem Lastkraftwagen ablöschen. Vergaserbrände sind, wegen der Explosionsgefahr, sehr gefährlich, schnelles Eingreifen der Wehr hat hier sicher größeres Unheil vermieden.

Staatsanwalt Dennoch

Roman von Hanns Weinberg

Copyright 1929 by Fackelreiter-Verlag GmbH., Hamburg-Bergedorf.

23) (Nachdruck verboten.)

Du bist es!!" Es war ja sein Mütterchen, diese kleine verhutzelte silbrige Frau da vor ihm, das war ja das kleine armselige Zimmerchen in Stendal, und sie saß vor einer Kommode, auf der sein Bild stand und das seines Bruders und dazwischen ein Kruzifix, und sie betete, betete laut zu dem Rosenkranz in ihren Händen, dessen Perlen sich aneinanderreihten aus den Tränen, die aus ihren Augen niederfielen .... „dein Wille geschehe .... wie im Himmel ... also auch auf Erden ... unser tägliches Brot gib uns heute ..." Sieh, da ging er, ein großer fremder Mann, gerade durch die Türe, das Gesicht war nicht zu erkennen, aber die Kommode, die er auf den Schultern trug, und die Pappscheibe, die sich in tanzenden Kreisen drehte. „Halt! Halt! Dieb! Mein Geld!" Ein Schrei, ein dumpfer Schmerz. — Dennoch erwachte im nachtdunklen Raum, das Gesicht auf der Erde, den Körper quer über der zerbrochenen gestürzten Stehlampe, die Hände gekrampft in den tiefen weichen Teppich. Aber er rührte sich nicht, nur die Lippen bebten und in den Ohren klang ihm noch das zweifelsbange flehende — „unser tägliches Brot gib uns heute —" — Und sie hatte es nicht, das tägliche Brot. Er, der gnadenarme Allmächtige im Bunde mit ihm, dem Sklaven des schmutzigen Geldes, sie hatten sie hungern, verhungern lassen und einen Glauben mehr an Menschentum und Gottesliebe verwüstet.

*

Bereits um 9 Uhr am folgenden Morgen hatte er den Aktenband gegen den Bäcker Theodor Krain wegen Mordes 3 K. 25—98, in Händen. Wie einem Dieb, der sich an der Beute weidet, so war ihm. Aber er durfte doch! Und er blätterte durch. Zuerst der Polizeibericht vom 24. Dezember 1898: Heute morgen um 10 Uhr erschien pp. Die Erzählung stimmte. Dann der Haftbefehl, der Einlieferungsbericht des Gefängnisses, die richterliche Vernehmung. Diese hätte doch eigentlich vor den Haftbefehl gehört", korrigierte er; denn er war sachlich. „Der Angeklagte, befragt, ob er etwas auf die Beschuldigung entgegnen wolle, erklärte: Ich habe die Tat begangen aus Eifersucht, also aus Liebe. Ich habe nichts hinzuzufügen. Theodor Krain." Aha, der Gerichtsarzt — Attest. „Der Gefangene Theodor Krain leidet an Geistesgestörtheit. Ich halte seine Unterbringung in eine Irrenanstalt zum Zwecke der Untersuchung für notwendig. Dr. S." Dann Aufnahmebescheinigung der Heilanstalt vom 17. Januar 1898. Zeugenvernehmungen, zehn, zwanzig, siebenundzwanzig Zeugen, immer das gleiche, Hausbewohner, Geschäftskunden, Polizisten. „Nichts Nachteiliges bekannt. Ruhiger Mann, dem Scheine nach harmonische Ehe, Frau still und fleißig. Neuerdings will man gehört haben, daß Vorwürfe laut wurden, nichts bestimmtes." Doch da, ein Schutzmann berichtet: „Zur Mordsache Krain habe festgestellt: Frau Krain, die sich den Anschein einer guten Hausfrau und Mutter zu geben verstand, ist neuerdings in Beziehungen zu einem Kunden des Geschäfts getreten, welch selbiger ich ermittelt habe in der Person des 23jährigen Kommis Bertold Jagisch. Vorladung erfolgte auf morgen früh 11 Uhr." Vernehmung des Jagisch: „Bestreite von Grund auf. Im Hause des früheren Bäckers Krain wohnt meine Braut Leonie Mach, weswegen ich oft im fraglichen Hause anwesend war. Ich war auch einige Male auf Veranlassung meiner Braut im Geschäfte Krains, wo ich letzteren — Krain Ehemann — persönlich antraf; die Ermordete war mir unbekannt." Alsdann Vernehmung der Braut. Kein Widerspruch. Attest der Heilanstalt: 27 Seiten lang. Abschließendes Urteil: „Krain ist ein Mann, der zu Wahnvorstellungen (fixen Ideen) und Erregungszuständen so hohen Grades veranlagt ist, daß Momente mangelnder Willensfreiheit im Sinne des Paragraphen 51 StrGB. bei ihm möglich sind. Ob ein solcher Affekt im Augenblick seiner Tat vorlag, ist nicht mehr erweisbar, aber naheliegend." Und doch verurteilt? murmelte Dennoch.

Dann blätterte er weiter. Erneute Vernehmung Krains: „Ich habe nicht in Wahnvorstellung gehandelt. Meine Frau wurde entgegen der Behauptung des Zeugen von ihm aufdringlich verfolgt. Ich beging die Tat mit Bewußtsein, weil ich mein Haus reinhalten wollte. Theodor Krain." Schluß der Voruntersuchung, Anklage auf ... Mord. Dennoch fuhr zurück. Mord? ... hierbei? Oh, es ist ja nur ein Bäcker! Halt, wie denkst du — pfui! Ja, er war sehr sachlich.

Schwurgericht. Diese langstieligen Protokolle! Vertreter der Anklage? Ei, der ist ja noch im Dienst, der alte Rat, und damals Assessor. Ja, so geht's auch dir einmal, und dann warten die Kollegen auf den Schlaganfall, damit Luft wird. Hm. Anklage verlesen, Zeugen vernommen, die Sachverständigen. Der Staatsanwalt schränkt ein — es kommt „nur" mehr Totschlag in Frage, ziehe die Anklage auf Mord zurück. Plaidoyers. Der Staatsanwalt: „Ich bitte um Bejahung der Schuldfrage auf Totschlag und Verneinung der mildernden Umstände. Der Verteidiger — ach, sieh, der, liegt auch jetzt an der Somme unter der Scholle. Was nutzt ihm nun sein Hauptmann und sein Hohenzollernkreuz, hm! Ist doch ein großer Spiegel der Welt, solch kleiner Prozeß! — beantragt Freispruch. Natürlich, murmelte Dennoch. Der Angeklagte, befragt, ob er selbst noch etwas hinzuzufügen habe, erklärte sich im Sinne des Anklagevertreters. Was? stutzte Dennoch. O, daß diese Protokolle so dürftig sind! Wahrspruch der Geschworenen: Schuldig des Totschlags, mildernde Umstände zugebilligt. Antrag des Staatsanwalts: 5 Jahre Gefängnis und 10 Jahre Ehrverlust. Der Verteidiger: Die niedrigste Strafe unter Ausschaltung des beantragten Ehrverlusts. Der Angeklagte, befragt, ob er selbst noch etwas zu erklären habe, sagte: „Ich bitte nach dem Antrage des Staatsanwalts zu erkennen." Urteil: „der Angeklagte wird unter Anrechnung der Untersuchungshaft zu einer Gefängnisstrafe von 5 Jahren kostenfällig verurteilt. Der Angeklagte und der Staatsanwalt erkannten das Urteil um 7 Uhr 12 Minuten abends an". Also kein Ehrverlust, atmete Dennoch auf.

Doch was ist das? Ich ja die Handschrift von diesem Laffen Jagisch. Und er las: „An den Herrn Vorsitzenden des Schwurgerichts, Herrn Landgerichtsdirektor und Geheimen Justizrat Dr. Eule. In Anbetracht dessen, daß der zu 5 Jahren Gefängnis verurteilte Mörder — Dennoch las nochmal, ja, da stand Mörder — Krain in der Verhandlung, also öffentlich den Vorwurf aufrechterhielt, ich hätte seiner Frau nachgestellt (!) fühle ich mir (dieses „mir" war von fremder Hand mit Bleistift durchstrichen und mit „mich" überschrieben) beleidigt. In Anbetracht dessen, daß die Beleidigung öffentlich geschah, und zwar in doppelter Form, nämlich daneben durch die Pressewiederholung, stelle ich Strafantrag wegen öffentlicher Beleidigung und bitte um mein Recht. Die Zeitungsberichte füge ich der Ordnung halber bei. Berthold Jagisch." Aasgeier, knirschte Dennoch, aber es erfreute ihn der knappe Vermerk des Richters: „Z. d. A." Doch siehe — ein Briefumschlag — ein Ahnen, und es bestätigte sich: Drei Zeitungsblätter waren aufbewahrt. Lange Spalten. Mordprozeß Krain. Er legte die Blätter beiseite, um erst die wenigen Aktenseiten durchzusichten, die den Abschluß dieses „bürgerlichen" Trauerspiels für die Hauptakteure, die Beamten, bargen. Da kam zuerst die Aufnahmeanzeige der Strafanstalt. Alsdann, wieder in Umschlag, ein Gnadengesuch des Bäckers Sebald Hirzel für seinen Freund Theodor Krain, gerichtet an S. M., den Deutschen Kaiser, von dessen Zivilkabinett dem Justizminister, von dessen Geheimer Kanzlei dem Oberstaatsanwalt, von diesem seinem Assessor, von dem Assessor dem Ersten Staatsanwalt, von diesem hohen Herrn dem Dezernenten zugeschrieben. Das war ein Weg durch vier Monate und 17 Tage. Dennoch wurde aufs neue von einem dienstlich kaum zulässigen Belächeln angewandelt, berichtigte seine Mienen aber sofort und nahm wieder die Verfolgung des Gnadengesuchs auf. Dieses lief vom Staatsanwalt zum Gefängnisdirektor „zur gefl. Stellungnahme und Berücksichtigung der Ansicht der Staatsanwaltschaft, daß in Anbetracht der Schwere der Tat und der außerordentlich milden Beurteilung des Falles durch das Gericht ein Gnadenerweis wohl schwerlich in ernsthafte Erwägung gezogen zu werden geeignet zu sein erscheinen vermag. Im Auftrage: Hippel, Assessor."

Der Bericht des Gefängnisdirektors: „Die Konferenz nahm prinzipiell Stellung zugunsten des Verurteilten. Dieser ist ein stiller, in sich gekehrter Mann, der mit einer seltenen Reue und Selbstzerknirschung seiner Tat unentwegt gedenkt. Seine aktenkundige Beteuerung, er habe die Tat aus Liebe begangen, muß, wenngleich sie auch ins Gebiet der Pathologie verweist, als durchaus annehmbar betrachtet werden. Häufig unterliegt der Gefangene elementaren Wutausbrüchen, in denen er nicht nur Zelleninventar demoliert, sondern in erster Linie sich selbst körperlich auf das empfindlichste schädigt; so hat er sich durch einen wuchtigen Hieb mit der Hand gegen die Kante seines Spinds eine so schwere Knochen- und Sehnenverletzung zugezogen, daß eine merkliche Beschränkung des Gebrauchs dieses Gliedes für Lebenszeit unausbleiblich ist; ein anderes Mal brachte er sich in beiden Armen mit den Zähnen tiefe Fleischwunden bei. Diese zwei Fälle nur als Beispiele. Ein derartiges, nicht gewöhnliches Verhalten ist bei Krain nach der gutachtlichen Bekundung des Gefängnisarztes nur als Ausdruck seelischer Störungen und des Triebes nach Selbstzermarterung auszulegen, keinesfalls als Auflehnung gegen obrigkeitliche Maßnahmen (Haft pp.).

Aber: wenn auch die Gefängnisverwaltung sich einstimmig für die Begnadigung im Sinne des § 23 RStrGB ausspricht, so ist eine solche doch nicht angängig, da der Angeklagte mit unerschütterlicher Festigkeit erklärt, von ihr keinen Gebrauch zu machen, sondern seine Strafe als verdient bis zu Ende abbüßen zu wollen. Der Gefängnisdirektor: Unterschrift." Darunter der erledigte Vermerk der Staatsanwaltschaft: „Z. d. A. Hp. 29. 2. 02." Dann ein dunkles Blatt: Die Kostenrechnung mit Gerichts- und Haftkosten, Zeugen- und Sachverständigengebühren, Porto und anderen Auslagen. Ein nettes Sümmchen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219300318-14/fragment/page=0004

Das neue Bergmannssiedlungsgesetz

Schutz vor den gierigen Händen des Kohlenkapitals

Durch die krasse Wohnungsnot in den Kohlenrevieren Deutschlands, hervorgerufen durch die starke Nachfrage nach Kohlen, wurde in den Jahren 1919 bis 1924 eine besondere Abgabe von den verkauften Kohlenmengen erhoben, deren Ergebnis zum Bau von Bergmannswohnungen verwandt wurde. Aus diesen Mitteln sind im Reichsgebiet rund 36 000 Wohnungen gebaut worden, die den im Kohlenbergbau beschäftigten Arbeitern und Angestellten zur Verfügung standen. Auf Grund von Einsprüchen der Arbeitgeber über die sogenannte Kohlensteuer sind die Einnahmen seit 1924 abgeschafft. In Mitteldeutschland besonders glaubten die Unternehmer auf Grund verschiedener richterlichen Entscheidungen **die aus öffentlichen Mitteln errichteten Bergmannssiedlungen für sich annektieren zu können.** Es ist ihnen teilweise gelungen, sich in den Bergmannswohnstättengesellschaften einen größeren Einfluß zu verschaffen, den sie natürlich auch in ihrem Interesse ausnützen. So war es erklärlich, daß des öfteren Bewohner von Bergmannssiedlungshäusern die von einer Grube abkehrten und auf eine andere Grube in Arbeit traten, Aufforderungen zum Räumen der Wohnung erhielten. Desgleichen versuchten die Arbeitgeber die Bergmannssiedlungen sozusagen zu Werkswohnungen zu stempeln. Um diesen Mißständen, die sich im Laufe der letzten Jahre herausgebildet hatten, und insbesondere um den Bestrebungen gewisser Kreise, das Bergmannssiedlungsvermögen zu verwässern, abzuhelfen, machte sich eine gesetzliche Regelung notwendig. Durch das

Gesetz über die Bergmannssiedlungen,

welches am 25. Februar im Reichstag zur Annahme gelangte, ist eine Neuregelung erfolgt. Wenn das Gesetz auch nicht alle Wünsche und Forderungen der Bergarbeitersiedler erfüllt, so wurde doch das eine erreicht, daß die Bergmannssiedlungen durch die bestehenden Treuhandstellen nur zur Förderung des Gemeinwohles zu verwalten sind. Irgendwelche Uebergriffe der Unternehmer oder rechtliche Ansprüche an das Siedlungsvermögen sind durch das Gesetz ausgeschlossen.

Die Aufsicht über die bestehenden Treuhandstellen hat das Reich. Der Reichsarbeitsminister bildet aus Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden einen Ausschuß, der insbesondere die Ueberwachung der Tätigkeit der Verwaltungsrats- und Vorstandsmitglieder in den einzelnen Treuhandstellen auszuüben hat. Verstoßen einzelne Mitglieder des Verwaltungsrats oder des Vorstandes gegen die im Gesetz festgelegten Grundsätze, so sind sie durch den oben benannten Ausschuß von ihrem Amt abzuberufen. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter innerhalb des Verwaltungsrats der paritätisch aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammengesetzt sein soll, ist in stärkerem Maße gesichert als das vordem der Fall war. Gleichfalls sind im § 3 des neuen Gesetzes

Vergünstigungen für die Arbeiter geschaffen, die gewissen Willkürakten einen Riegel vorsetzen.

So wird bestimmt, daß der Wechsel von einer Grube zur anderen keine Entziehung der Wohnung zur Folge haben darf. Wohnungsberechtigt sind auch fernerhin alle versicherungspflichtigen Arbeitnehmer des Kohlenbergbaues. 20 Jahre nach der Herstellung werden die Siedlungswohnungen auch für Nichtbergleute frei. In besonders schwierigen Fällen, wo in erreichbarer Nähe keine Gelegenheit zur Beschäftigung im Kohlenbergwerk besteht, kann von der Bindung an den Bergbau Abstand genommen werden. Jedoch ist in solchen Fällen eine gewisse Entschädigung an das Bergmannssiedlungsvermögen zu zahlen.

Arbeiter, die durch Invalidität oder infolge von Betriebsunfällen aus dem Bergbau ausscheiden müssen, behalten auch fernerhin ihre Wohnung, desgleichen Arbeiter, die nach mindestens 5jähriger Beschäftigung im Kohlenbergbau ohne Verschulden und gegen ihren Willen aus dem Bergbau ausscheiden.

Wohnungsberechtigt im Sinne des Gesetzes sind gleichfalls Familien, von denen ein zum Hausstand gehöriges Familienmitglied im Kohlenbergbau beschäftigt ist. Die Bergmannswohnungen unterliegen nicht der Hauszinssteuer oder anderen an deren Stelle tretenden Belastungen.

Wie ersichtlich, ist gegenüber dem bisherigen Zustand durch das neue Gesetz eine gewisse Lockerung betreffs der Bindung an den Bergbau eingetreten. Bezeichnend ist dabei, **daß die Vergünstigungen, die die Arbeiter durch das neue Gesetz erhalten, gegen den stärksten Widerstand der KPD.-Reichstagsfraktion erzielt worden sind.**

Das Gesetz mit seinen Erleichterungen haben die Bergarbeiter einzig und allein den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei zu verdanken.

Kreis Sangerhausen

Sangerhausen (Stadt)

Wie soll die Badeanstalt aussehen?

Das erste eigene Projekt der „Bawowa" ist der Bau einer Schwimm- und Badeanstalt. Die Anstalt, zu der die hauptsächlichsten Ausschachtungsarbeiten bald beendet sind, wird aus einem großen Bassin von 50 Meter Länge und etwa 35 Meter Breite bestehen. Der kleinere Teil davon ist mit einer Tiefe von 60 bis 140 Zentimeter für die Nichtschwimmer bestimmt, während das Becken für die Schwimmer im Durchschnitt etwa 2,40 Meter tief sein wird. An der tiefsten Stelle, wo der große Zehnmetersprungturm entstehen soll, ist eine Tiefe von 4,50 Meter vorgesehen. Rund um dieses Bassin wird eine Wasserrinne eingebaut, um die Verunreinigung durch Sandfüße usw. möglichst zu verhindern.

Zum Nichtschwimmerbecken führt eine breite, flach angelegte Treppe. Für das Tummeln in Luft und Sonne ist eine große Sandfläche und dahinter eine als Sonnenbad gedachte Wiesenfläche. Ein geräumiges Planschbecken für die Kinderwelt gibt die Gewähr, daß eine Erholungsstätte für jung und alt entstehen soll. Um die Vollkommenheit des Bades zu vervollständigen, ist auch der Einbau einer Brauseanlage geplant, die tunlichst vor jedem Baden benutzt werden soll.

Um die Möglichkeit sportlicher Wettkämpfe zu gewährleisten, sind auf jeder Seite des Schwimmbeckens fünf oder sechs Startböcke vorgesehen. Der Wasserzufluß ist durch den Röhrgraben, dessen Wasser einen Reinigungsprozeß durchmachen soll, geplant. Nötigenfalls soll das Wasserwerk mit Hilfe von zwei Rohrleitungen nachhelfen. Der Abfluß soll seitwärts des Brandrains nach der Gonna erfolgen.

Die Wirtschaftsgebäude, mit deren Vollendung allerdings in diesem Jahre nicht gerechnet wird, sollen sich den Becken vorlagern und auch die nach Geschlechtern getrennten Zellen der Badenden beherbergen. Der Einbau eines Vereinszimmers ist ebenfalls ins Auge gefaßt.

Hoffen wir, daß das Werk, dessen Arbeiten bisher unter guten Witterungsverhältnissen gut fortgeschritten sind, bis zum geplanten Zeitpunkt fertig ist, denn der Bahnteich ist in diesem Jahre ja nicht mehr zum Baden gerüstet.

Nach, vielleicht sogar mit der Vollendung dieses Projektes, könnte man auch an die Arbeiten zu dem Wochenend-Bade- und Sportplatz am Kunstteich gehen, zumal keine erheblichen Kosten verbunden sind. Hoffen wir, daß die Stadtväter aus der Arbeitslosennot heraus Kulturgüter für die Gegenwart und Zukunft schaffen.

Genossenschaftswerbung.

Während wohl alle Wirtschaftsteile Sangerhausens unter der großen Arbeitslosenzahl schwer zu kämpfen haben, hat es die Verwaltung des hiesigen Konsumvereins verstanden, ihre Produktion und ihren Umsatz vor dem Herabgleiten zu bewahren. Allerdings war das nur unter Aufbietung aller Kräfte und Inanspruchnahme modernster Werbemethoden möglich.

Neben dem Ausbau eines gut funktionierenden Vertrauensmännersystems sind es vor allem die Mitgliederversammlungen in den einzelnen Verkaufsstellen, die das Kaufinteresse an den Genossenschaftswaren bei den Mitgliedern wecken sollen. Hier wird den Konsumenten nicht nur durch den Film die Produktionsweise in den genossenschaftlichen Eigenbetrieben vor Augen geführt, sondern den Mitgliedern wird auch durch den Vertrieb von Waren die Vielseitigkeit der Warenherstellung der örtlichen Produktionsbetriebe vor Augen geführt.

Hier ist auch der Ort, wo bestehende Vorurteile usw. durch persönliche Aussprache mit den Vertrauensleuten beseitigt werden können. Das kameradschaftliche Zusammensein der kaufenden Frauen hebt das Solidaritätsgefühl der organisierten Konsumenten und damit die Lust an der genossenschaftlichen Warenbedarfsdeckung. Erfreulicherweise ist der Verein in den letzten Jahren von politischen Streitigkeiten verschont geblieben, was wohl eine Hauptursache der günstigen Entwicklung ist.

Trockenlegung der Stadt

Die „Bawowa" als Verwalterin des städtischen Wasserwerkes macht die Bürgerschaft darauf aufmerksam, daß durch den schneearmen Winter der Grundwasserstand erheblich zurückgegangen ist und die Brunnen des Wasserwerks erheblich weniger fördern als zu normalen Zeiten. Die Einwohnerschaft wird zu erhöhter Sparsamkeit mit Wasser aufgefordert, da sich sonst im kommenden Sommer eventuell Zwangssparmaßnahmen notwendig machten. Wenn da die Sonne es einigermaßen gut meint, wird wohl das köstliche Naß literweise verabfolgt werden. Nebenbei soll aber das Wasserwerk auch noch die neue Badeanstalt teilweise mit Wasser versorgen!

Ausstellung von gewerblichen Lehrlingsarbeiten.

Am kommenden Sonnabend wird in der „Alten Schule" (Schulgasse) eine Ausstellung von gewerblichen Lehrlingsarbeiten stattfinden. Zur Ausstellung kommen Arbeiten aus dem Metall-, Tischler-, Maler- und Baugewerbe. Im Schulhaus III (Borngasse) wird zur selben Zeit eine gewerbliche Lehrlingsausstellung sein, in welcher hauswirtschaftliche Arbeiten der weiblichen Klassen der Berufsschule gezeigt werden.

Kann das nicht anders werden?

Rundfunk ist eine schöne Sache. In verschiedenen Stadtteilen Sangerhausens aber kann der Rundfunk in keiner Weise seine Aufgaben lösen, im Gegenteil, er kann Menschen geradezu zur Verzweiflung treiben. Die Störungen durch sogenannte Hochfrequenzapparate verhindern teilweise fast jeden Empfang.

Neben den Ueberlagerungen usw. hat Sangerhausen unheimlich viel örtliche Störungen, die in der letzten Zeit durch die rührige Tätigkeit von Reisenden in Heilapparaten sich nur verstärkt haben. Da diese Störungen sehr leicht beseitigt werden können (in Notfällen übernimmt die „Mirag" sogar die geringen Kosten), ist der jetzige Zustand unhaltbar. Ist es denn nicht möglich, daß die Sangerhäuser Post- und Polizeiverwaltungen sich einmal eingehend mit dem Zustand befassen? Den Besitzern von Heilapparaten usw. entsteht durch eine eventuelle Polizeiverordnung keinerlei Nachteil.

Breitungen. Vorsicht beim Viehfüttern. Der hiesige Einwohner N. besaß zwei Schweine, zirka 230 Pfund schwer, sieben bis acht Monate alt. Plötzlich versagten sie der Futteraufnahme und gaben ein Keuchen und Husten von sich. Die notwendig gewordene Schlachtung ergab, daß die Tiere im hinteren Zungenteil Gerstengrannen hatten, die sich zahlreich dort eingebohrt hatten. Man vermeide also bei der Fütterung jüngerer Schweine die Beimischung genannter Teil zum Futter.

SPD.-Unterbezirk Sangerhausen.

Sonntag, den 30. März, vormittags 8½ Uhr, findet in Roßla, im Restaurant zur „Erholung" die diesjährige

Unterbezirks-Konferenz

statt.

Tagesordnung.

1. **Bericht über den Stand der Organisation.**
2. **Wahl des Unterbezirksvorstandes.**
3. **Vortrag über Schulfragen. Referent: Genosse Schulz.**
4. **Referat: „Die innerpolitische Lage."**
5. **Presse-Angelegenheiten.**
6. **Anträge.**

Die Mitgliedsbücher der Delegierten sind zur Kontrolle mitzubringen.

Der Unterbezirksvorstand.
Im Auftrage: F. Heymann.

Sport und Spiel

Gruppentag des 6. Bezirks.

Unter dem Vorsitz von G. Rasch tagte in Oberröblingen a. S. der Gruppentag der 4. Gruppe der Turnsparte des 6. Bezirks. Vertreten waren alle Vereine, 20 Delegierte besaßen Stimmrecht. Rasch gab den Bericht vom Bezirkstag und äußerte sich eingehend über das Verhalten der sozenannten Opposition, die keine andere Aufgabe kennt, als die Sportler aus dem Arbeiter-Turn- und Sportbund zu ziehen, aber nie den Kampf gegen die bürgerlichen Sportvereine aufnimmt. Zur Diskussion kam es nicht, somit konnte man unverzüglich die Wahl des Gruppenvertreters vornehmen. Vorgeschlagen waren Eichmann (Stedten) und Hoffmann (Esperstedt). Hoffmann lehnte ab, an seiner Stelle schlug man Ruhe (Oberröblingen) vor. Mit elf Stimmen gegen acht für Eichmann wurde Ruhe gewählt. Auf die Frage, ob Ruhe die Bundessatzungen und -bestimmungen einhalten wolle, erklärte er, dazu bereitzusein, nicht aber, die Beschlüsse der Kreisvertreterkonferenz in Nürnberg als bindend anzuerkennen. Damit war aber seine Wahl ungültig, weitere Vorschläge gingen nicht ein und so mußte man Eichmann als gewählt anerkennen.

Nach einigem Hin und Her, in dem die Politik der KPD. und die Ausschlüsse von bundestreuen Sportlern aus dieser Partei eine Rolle spielten, und nach Erledigung einer Reihe Anfragen schloß Bezirksvertreter Rasch die Tagung. Damit ist auch die 4. Gruppe wieder in ein ruhigeres Fahrwasser gekommen. Sie arbeitet wieder im Sinne des Bundes und der Arbeitersportbewegung.

Ostpreußen und Westdeutschland für den Bund.

Die Arbeiter-Turner und -Sportler aus Ostpreußen und Danzig tagten am 15. und 16. März in Königsberg. Nach Entgegennahme des Geschäftsberichts erstattete der Bundesvorsitzende Gellert (Leipzig) ein Referat über die Lage im Bund. Nach lebhafter Diskussion fand eine Entschließung mit allen gegen sieben Stimmen Annahme, in der die Spaltungsarbeiten der KPD. abgelehnt und der Kreis sich fest zum Bund bekennt.

*

Auf dem von reger Schaffensfreudigkeit durchfluteten Kreisturntag des Kreises Rheinland-Westfalen im Arbeiter-Turn- und Sportbund in Bochum wurden in einer einstimmig angenommenen Entschließung die Maßnahmen des Bundestages, Bundesvorstandes und Kreisvorstandes einstimmig gutgeheißen.

*

Nichts von Opposition in Hessen-Nassau.

Die Kreistagung der Turner des Kreises Hessen-Nassau-Mittelrhein im Arbeiter-Turn- und Sportbund nahm einen glatten Verlauf. Das Wort „Opposition" wurde auf der Tagung überhaupt nicht genannt.

*

Kreisfußballtag in Sachsen.

Der 7. Kreisfußballtag der Sächsischen Spielvereinigung im Arbeiter-Turn- und Sportbund war ein voller Erfolg. Nicht zuletzt waren es die Vertreter der großen Bezirke Leipzig, Dresden und Chemnitz, die der Tagung den Stempel des wahren Charakters der Arbeiter-Sportbewegung aufdrückten. Die Berichte wurden in der Aussprache sehr kritisch beurteilt. Die vorliegende Satzungsänderung, verbunden mit dem nun vollkommenen Statut der Sächsischen Spielvereinigung, fand allgemein große Anerkennung. Beschlüsse und Anträge, die nicht in den Rahmen der Arbeiter-Sportbewegung paßten, wurden glatt abgelehnt.

Werbeturnen in Schladebach.

Am Sonntag hielt die Freie Turnerschaft Kötzschau-Schladebach ihr erstes Bühnen-, Schau- und Werbeturnen im Saale des Gasthofes Becker in Schladebach ab. Der Verein hatte keine Mühe und Arbeit gescheut, um den Gästen den Turnbetrieb des Vereins von den Kleinsten bis zu den Männer- und Turnerinnen-Riegen zu zeigen. Die Darbietungen selbst waren sehr wechselreich. Es wurden Freiübungen, Volkstänze, gymnastische Uebungen, Singspiele, Keulenübungen, Langstab-, Barrenübungen und Pyramiden gezeigt. Zwei Volkstänze der Turnerinnen mußten wiederholt werden. Besonderen Beifall ernteten die Leuchtkeulenübungen der Turner, die auch am Schluß der Darbietungen noch einmal wiederholt wurden. Der Werbeabend war sehr gut besucht.

Handball

ATV. Schafstädt I — Teutschenthal I 2:4. Mit viel Glück siegte T. über Schafstädt. ATV. war dauernd überlegen, zumal in der zweiten Halbzeit. Ein großer Fehler ist das zu weite Aufgehen der Schafstädter Verteidigung. Der Schiedsrichter konnte nicht befriedigen.

ATV. Schafstädt II — Teutschenthal II 1:3. Teutschenthal mit drei der besten Spieler der I. Elf.

Stedten I — Riemberg I 5:1 (4:0). St. mit Ersatz. Leider mußte das Spiel nach 38 Minuten abgebrochen werden infolge starken Regens.

Arbeitersport am Kyffhäuser.

Die Frühjahrsserie hat begonnen. Auf dem Sportplatz in Oberröblingen (Helme) fanden zwei Spiele statt. Als erster spielte **Oberröblingen II gegen Schlotheim I.** Bis zur Halbzeit gab es ein schönes Zusammenspiel und ein Resultat von 1:0 für Oberröblingen. Dann setzte ein etwas schärferes Spiel ein, das aber der Schiedsrichter in seinen Händen behielt. Endresultat 2:1 für Oberröblingen.

Als zweites Spiel folgte **Oberröblingen I gegen Salza I.** Dieses Spiel konnte der Schiedsrichter nicht in seinen Händen behalten. Infolge einer Fehlentscheidung gingen Tormann und Verteidiger zum Protest aus dem Tor. Das Spiel endete mit 0:2 für Salza. Es wurde Protest eingelegt.

Sportamtliche Bekanntmachungen.

8. Bezirk. Sämtliche Spielleute treffen sich am 23. März um 10 Uhr vorm. in Zschornewitz zur Bezirksübungsstunde. Kleidung: lange, weiße Hose, ohne Kopfbedeckung. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Der Bezirksobmann.

Vereinsmitteilungen.

TV. „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Halle. Arbeitsgemeinschaft. Dienstag, den 18. März, Treffpunkt 19¾ Uhr Alte Volksschule (Waisenhausring). Besichtigung des Schulmuseums.

TV. „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Ammendorf. Im Naturfreunde-Haus Ammendorf, Hopfenberg 4a, findet am Mittwoch, dem 19. März, abends 8 Uhr, ein Lichtbildervortrag über Heinrich Zille von Otto Wittke (Halle) statt. Sämtliche Arbeitersportler sind herzlichst eingeladen. Kurt Moser.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Halle. Die zum Freitag, dem 21. März, angesetzte Mitgliederversammlung findet umständehalber bereits am Mittwoch, dem 19. März, statt.

J. A.: Ferchland.

Rundfunk-Programme.

Leipzig. Wellenlänge 259 Meter.

Mittwoch: 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 10.50 Uhr: Margarete Schreiber: „Pflanzenkost". 12 bis 14 Uhr: Leichte Musik. (Kapelle Wetzlar, Leipzig). 14.30 Uhr: Kasperle-Spiele. 16 Uhr: Regierungsrat Dr. Horst Schiedel: „Arbeitsrechtliche Probleme der Gegenwart: Das Recht der Hausangestellten". 16.30 bis 17.15 Uhr: Unterhaltungskonzert. (Schallplatten). 17.15 Uhr: Dr. A. Kuhn liest aus dem chinesischen Roman „Kin Ping Meh". 18.20 Uhr: Siehe Deutsche Welle. 18.40 Uhr: Italienischer Unterricht. 19.10 Uhr: Elternsprechstunde. 19.35 Uhr: Konzert. 20.15 Uhr: Der Ostraum (III): „Das alte China". Dichtung, Bericht, Musik. 21.15 Uhr: Die deutsche Sinfonie: Romantiker. 22.30 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. Anschließend bis 24 Uhr: Tanz- und Unterhaltungsmusik.

Königswusterhausen. Wellenlänge 1635 Meter.

Mittwoch: 6.55 Uhr: Wetterbericht. 9.30 Uhr: Frachtdampferfahrten nach den Shetlandinseln und nach Marokko. Edmund Hohne. 10 Uhr: Die mitteldeutschen Mundarten. Dr. Hans Hajek. 10.30 und 13.30 Uhr: Neueste Nachrichten. 10.35 bis 10.45 Uhr: Mitteilungen des Reichsstädtebundes. 12 bis 12.55 und 14 Uhr: Schallplattenkonzert. 14.45 bis 15.30 Uhr: Kindertheater. 15.30 Uhr: Wetter und Börse. 10.45 Uhr: Welchen ländlich-hauswirtschaftlichen Beruf soll meine Tochter ergreifen. Hilde Caesar-Weigel. 16 Uhr: Bilder aus der Arbeit einer Pädagogischen Akademie. Prof. Dr. Gg. Morgenstern. 16.30 bis 17.30 Uhr: Nachmittagskonzert aus Hamburg. 17.30 Uhr: Das Wesen des Porträts. Dr. Gustav Steinbömer. 17.55 Uhr: Das Sparprogramm der Kommunen [illegible] die deutsche Volkswirtschaft. Oberbürgermeister a. D. Pr. Dr. Most. 18.20 Uhr: Rhythmus der Arbeit—Tempo [illegible] Zeit. Alwin Steinitz. 18.40 Uhr: Spanisch für Anfänger. 19.05 Uhr: Gutes Deutsch für jedermann. Dr. Jahnke. 19.30 Uhr: Der Beamte als Zeitungsleser. Erich Händler. 20 Uhr: Uebertragung von Berlin: Wovon man spricht. 20.30 Uhr: Uebertragung von Breslau: „So oder nicht so?" Eine Kabarett-Folge von Axel Arhens. Anschließend: Uebertragung von Berlin: Karten-Spiele. Danach bis 0.30 Uhr: Tanzmusik.

Weiße Zähne machen jedes Antlitz ansprechend und schön. Oft schon durch einmaliges Putzen mit der herrlich erfrischend schmeckenden Chlorodont-Zahnpaste erzielen Sie einen wundervollen Elfenbeinglanz der Zähne, auch an den Seitenflächen, bei gleichzeitiger Benutzung der dafür eigens konstruierten Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Borstenschnitt. Faulende Speisereste in den Zahnzwischenräumen als Ursache des üblen Mundgeruchs werden gründlich damit beseitigt. — Chlorodont: Zahnpaste, Mundwasser, Zahnbürsten Einheitspreis 1 Mark bei höchster Qualität. — Man verlange nur echt Chlorodont in blau-weiß-grüner Originalpackung und weise jeden Ersatz dafür zurück.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219300318-14/fragment/page=0005

Bayerische Rüpeleien

Gegen die Reichsregierung

Der bayerische Ministerpräsident hat dieser Tage wieder einmal eine Rede gehalten, in der er sich u. a. auch mit dem Young-Plan und mit den Bestrebungen der Reichsregierung zur Kassensanierung beschäftigte. Die Rede überschritt das Maß des sachlich Zulässigen bei weitem. Das Reichskabinett hat deshalb den Reichskanzler einstimmig ersucht, in München um die dringend notwendige Aufklärung zu ersuchen.

Die „Germania" stellt dazu fest: „Wir wollen davon absehen, daß die Bayerische Volkspartei — einschließlich des Ministerpräsidenten Held — um ein Haar dem Young-Plan zugestimmt hätte, nämlich dann, wenn gewisse bayerische Sonderinteressen, von deren Befriedigung sie ihr Ja abhängig machte, noch im letzten Augenblick Berücksichtigung gefunden hätten. Schon diese Tatsache spricht sehr gegen die seltsame Tonart, die Ministerpräsident Held von der Bayerischen Volkspartei anzuschlagen beliebt. Was diese Tonart selbst angeht, so sind wir von Bayern her gewiß nicht verwöhnt; aber die Ausführungen des bayerischen Ministerpräsidenten überschreiten doch weit jene Grenzen, die in einer fairen politischen Auseinandersetzung einzuhalten sind, vor allem dann, wenn sie von hohen amtlichen Persönlichkeiten geführt wird. Man wird deshalb volles Verständnis haben, daß das Reichskabinett von den Ausführungen Helds auf das peinlichste berührt war und den Reichskanzler beauftragte, in München um die dringend notwendige Aufklärung zu ersuchen."

Die Treibereien in der Reichswehr.

Das österreichische Heer voll Hakenkreuzler.

Wegen kommunistischer Propaganda innerhalb der Reichswehr in Nürnberg wurde vor einigen Wochen der Kommunist K. Utsch verhaftet, der ein führendes Mitglied der kommunistischen Jugendorganisation in Nürnberg ist und in dieser Eigenschaft einen Schulungskursus in Moskau mitgemacht hat. Die angeblichen Umtriebe des Verhafteten gehen offenbar auf einen Reichswehrangehörigen zurück, der mit der Schwester des Utsch verlobt ist. Die örtlichen Militärbehörden haben seinerzeit die Verheiratung der beiden nicht genehmigt mit der Begründung, daß „die Familie Utsch amtsbekanntermaßen kommunistisch verseucht" sei. Auf eine Beschwerde hat der Reichswehrminister den Fall genau untersuchen lassen und schließlich die Genehmigung zur Heirat erteilt.

Zwecks Durchführung der am Sonnabend in München erfolgten Haussuchungen bei führenden Nationalsozialisten war der Untersuchungsrichter, Senatspräsident Braune, persönlich nach München gekommen. Das von ihm eingeleitete Verfahren bezieht sich auf „Vorbereitung zum Hochverrat" und richtet sich gegen den früheren Reichswehroberleutnant Wendt und den aktiven Leutnant Scharinger und Genossen. Bei den Haussuchungen wurden auch die verschlossenen Schreibtische der nationalsozialistischen Abgeordneten Strasser und Wagner von den Polizeibeamten gewaltsam geöffnet. Beschlagnahmt wurden einige Akten, ein Journal der obersten SA.-Leitung und eine Personalliste hitlerischer Unterführer, die aktive Offiziere des österreichischen Bundesheeres sind.

Gegen die Mammutgehälter.

In der Bevölkerung herrscht begreiflicher Unwille darüber, daß für die leitenden Stellen bei der Reichsbank und der Reichsbahn außerordentlich hohe Gehälter gezahlt werden. Es werden phantastisch klingende Beträge genannt, die beispielsweise der frühere Reichsbankpräsident Schacht erhalten haben soll. Bis jetzt ist noch keine authentische Erklärung darüber abgegeben worden, wie hoch diese Bezüge in Wirklichkeit sind. Schacht hat lediglich geäußert, daß die Angaben in der Presse übertrieben seien und er keinerlei Abfindung erhalte. Reichsfinanzminister Moldenhauer teilte im Reichstag mit, daß Schacht sich mit einem Ruhegehalt von 30 000 Mk. begnügen wolle. Um der bestehenden Unklarheit ein Ende zu machen, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei der dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Aenderung des Bankgesetzes vom 30. August 1924 eine Entschließung eingebracht, in welcher die Reichsregierung ersucht wird, dem Reichstag umgehend eine Zusammenstellung vorzulegen, die das Folgende enthält:

1. Die sämtlichen Bezüge des Präsidenten und der Mitglieder des Direktoriums der Reichsbank und die sämtlichen Vergütungen, die die Mitglieder des Generalrats der Reichsbank erhalten;

2. die sämtlichen Bezüge des Generaldirektors, der Direktoren und der Direktionspräsidenten, überhaupt der 280 hohen Beamten der Reichsbahn, und die sämtlichen Vergütungen, die die Mitglieder des Verwaltungsrats der Reichsbahn erhalten.

Die sozialdemokratische Entschließung ist bei der 3. Lesung des neuen Reichsbankgesetzes angenommen worden. Bei der Durchführung der jetzt beschlossenen Reichsbank- und Reichsbahngesetze wird dahin zu streben sein, eine Neuregelung der Bezüge der leitenden und hohen Beamten dieser Institutionen vorzunehmen.

Köln in Finanzschwierigkeiten.

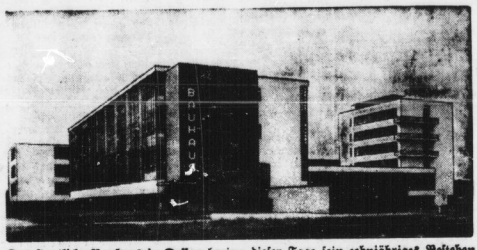
Der Etat der Stadt Köln für 1930/31 weist einen Fehlbetrag von 11,7 Millionen Mark aus, obwohl eine erhebliche Erhöhung der Wasser-, Gas-, Strom-, Straßenbahn-, Kanal- und Müllabfuhrgebühren und anderer Abgaben vorgesehen ist. Auch die Krankenhauspflegesätze sollen um 25 bis 30 Prozent erhöht werden. Mit dem Defizit aus dem Rechnungsjahr 1929 in Höhe von rund 12 Millionen Mark wächst der Fehlbetrag auf insgesamt 24 Millionen Mark an. Wie diese Summe gedeckt werden soll, weiß die Stadtverwaltung vorerst selbst nicht. Die zweitgrößte Stadt Preußens steht damit vor erheblichen finanziellen Schwierigkeiten.

Berliner Produktenpreise.

	17. 3.	15. 3.
Weizen, märk	235 238	235—237
Roggen, märk	142—147	142—147
Braugerste	160—170	160—170
Gerste, Futter	140—150	140—150
Hafer, märk	118—128	118—128
Mais loco Bln	155	155
Weizenmehl	26,50—34,25	26,50—34,25
Roggenmehl	20,00—23,50	20,00—23,50
Weizenkleie	8 00—8,50	8,00—8,50
Roggen Kl fr. Bl	7,60—7,90	7,50—7,75
Viktoria Erbsen	20,00—25,00	20,00—25,00
Futtererbsen	16,00—17,00	26,00—17,00
Ackerbohnen	16,00—17.50	16,00—17,50
Wicken	19,00—23,00	19,00—23,00
Lupinen, blaue	12,50—14,00	12,50—14,00
Lupinen, gelbe	16,00—17,50	16,00—17,50
Seradella	28,00—32,00	28,00—31,00
Rapskuchen	12,00—13,00	12,00—13,00
Leinkuchen	16,20—17,00	16,20—17,00
Trockenschnitzel	6,20—6,40	6,20—6,40
Sojaschrot	13,20—13,80	13,20—13,80
Kartoffelflocken	11,00—11,50	11,00—11,50

Handelsamtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 246 G. Mai 255,50—256,50, Juli 263,50 bis 254, ruhig. Roggen März 159, Mai 167 bis 167,50, Juli 172—173 stetig. Hafer März 124, Mai 135 u. G., Juli 141.

Zucker kommt nicht nur im Zuckerrohr und in der Zuckerrübe vor, sondern auch in dem Saft von etwa 200 anderen Pflanzen und Bäumen.



Das staatliche Bauhaus in Dessau beging dieser Tage sein zehnjähriges Bestehen.

◆ Leistungsfähige Spezial-Firmen ◆

Sparkasse des Saalkreises Halle a. S., Gr. Steinstr. 20 Fernruf 26112 und 26142

Annahme von Spareinlagen gegen Garantie des Kreises. Ausführung bankmäßiger Geschäfte

ZILLMANN & LORENZ
Halle an der Saale
Fernruf Nummer 77521
Spedition ●
Möbeltransport
Lagerung ●

Trinkt *Wittekind-Mineralwasser* sehr bekömmlich
Wittekind-Sprudel mit Zitrone für den Sport sehr erfrischend
Wittekind-Heilwasser zu Haustrinkkuren

Hallesche Beerdigungsanstalt „Pietät"
Inh: M. Burkel, Kl. Steinstr. 4, Fernspr. 26393
liefert gute preiswerte Särge!

Chemnitzer Strumpfquelle
Halle (Saale), Große Steinstraße 58.
Große Auswahl in Strümpfen: Seide, Maco, Flor und Wolle, für Damen und Kinder.
Reichsortiertes Lager in Herrensocken und Trikotagen.
Für die Dame besonders preiswerte Seidenunterwäsche in elegantester Ausführung und billigsten Preisen.
Beachten Sie meine vier reichdekorierten Schaufenster

Moritz Kade Nachfolger
Gegründet 1841
Halle (Saale) - Fernruf 22359 - Charlottenstr. 11
Fabrik feiner Edelliköre, Kadesche Edelbranntweine
Weingroßhandlung

Gaskocher
Beleuchtungskörper
Stadtgeschäft Halle
für Gas-, Wasser- und Elektrizitätsanlagen, GmbH.
Gr. Ulrichstraße 54 :-: Telephon 25654

DONAT & CO.
Büro und Lager: Georgstr. 12/13 ◆ Filiale: Thomasiusstr. 2
Fernruf 22052
empfehlen: Beuna, STA., Hallore, M. M., Michel, W. W. Luckenau, Cecilie, Saale und andere Briketts, Holz sowie alle Sorten Koks
Gute Bedienung zugesichert ◆ Zahlung nach Vereinbarung

Mechanische Schuhreparatur-Werkstätten
L. Meinert fertigen sämtliche vorkommenden Arbeiten wie
Aso-, Crep- und Gummisohlen
Vulkanisieren von Gummiüberschuhen
Merseburg, Oelgrube 13 :: Halle, Schmeerstr. 6 :: Eisleben, Glockenstr. 6

..... und SCHUHREPARATUREN
inkl. Weiten und Strecken
Auf- und Umfärben, Lederziehschuh-Reparaturen etc.
zu „Fußwohl"
Kirchnerstraße 18a Harz 1 Wörmlitzer Straße 9

Neuzeitliche Drucksachen
liefert gut und preiswert
bei bekannt pünktlicher Lieferung
Hallesche Druckerei-Gesellschaft mbH.
Halle a. d. Saale, Große Märkerstraße 6

A K V H
Allg. Konsumverein Halle und Umgegend
Mitglieder, Hausfrauen! Deckt Euren
Fleisch- und Wurstbedarf
im eigenen Unternehmen. Unsere
Groß-Fleischerei
hat den Betrieb aufgenommen und liefert nur **Qualitätswaren**
Bis jetzt mehrere Fleischwaren-Abgabestellen

Gustav Godehardt
Ammendorf
Hüte, Mützen, Herrenartikel, Berufskleidung

Ammendorf **Arthur Ulrich** Friedrichstr. 3
Kompl. Wohnungseinrichtungen sowie moderne Einzelmöbel bei anerkannt bester und billigster Ausführung
Eigene Tischlerei

Engelhardt-Biere!

Jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte gehört in den **Konsumverein für Ammendorf und Umgegend!**

Alfred Böttcher, Baugewerksmeister
Fernruf 328 Halle-Ammendorf Wiesenstr. 10
Hoch-, Tief- und Betonbau

Steinmetz-Brot gibt Kraft und Gesundheit!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219300318-14/fragment/page=0006

Völlige Aufklärung der Diebstähle im Potsdamer Regierungspräsidium

Frau Regierungspräsident stahl selbst

Frau Dr. Momm stahl ihr eigenes Silber und ließ sich hohe Versicherungsbeträge auszahlen - Religiöser Fanatismus als Motiv?

Regierungspräsident Dr. Momm aus Potsdam, gegen dessen Frau seit Anfang voriger Woche ein Ermittlungsverfahren wegen Diebstahls schwebt, ist von seinem Posten zurückgetreten. Nach wiederholtem polizeilichen Verhör hat seine Frau gestanden, selbst die Diebin ihres Eigentums zu sein.

Allem Anschein nach ist die Täterin nicht ganz normal. Sie hat schon öfter Bestände aus ihrem eigenen wertvollen Silberschatz verschwinden lassen und sie am nächsten Tage bei irgendeinem Altwarenhändler verkauft. Mehrere Kriminalbeamte sind beauftragt, Potsdamer Antiquitäten- und Goldwarengeschäfte nach entsprechendem Gut abzusuchen. Indessen scheint die Versicherung wegen der verschwundenen Wertgegenstände nicht in Anspruch genommen worden zu sein, so daß Frau Momm nicht in betrügerischer Absicht, sondern im Drange eines offenbar krankhaften Triebes gehandelt haben dürfte.

Der Versicherungsbetrug der Frau des inzwischen von seinem Amt zurückgetretenen volksparteilichen Regierungspräsidenten von Potsdam ist ziemlich aufgeklärt.

Frau Momm hat zahlreiche weitere Diebstähle zugegeben und ihre Helfershelfer genannt,

die in gutem Glauben gehandelt haben dürften. Als Mittelsmann kommen ein früherer höherer Regierungsbeamter und ein Potsdamer Uhrmacher in Frage. Eine Haussuchung, die nach einer nochmaligen Vernehmung vorgenommen wurde, förderte zahlreiches als gestohlen gemeldetes Silbermaterial zutage. Auf Grund einer Diebstahlsmeldung hat Frau Momm von einer Versicherung im Dezember 4000 Mark erhalten.

Den Betrag hat Regierungspräsident Momm der Versicherung sofort zurückerstattet.

Der Mittelsmann der Frau Momm

Wie die Berliner Presse meldet, handelt es sich bei dem einen Mittelsmann der Frau Momm um einen früheren höheren Regierungsbeamten, der keine Ahnung von der seltsamen Herkunft der Sachen hatte. Der alte Herr verkehrte im Hause des Präsidenten, und die Präsidentin in seiner Familie. Frau Dr. Momm gab ihm die Silbersachen und bat ihn, sie zu jedem annehmbaren Preis zu verkaufen, da sie nicht mehr gebraucht würden. Der betreffende Herr hatte mehrere der Silbersachen, die noch nicht verkauft waren, bei sich zu Haus. Er war aufs höchste bestürzt, als er erfuhr, daß es sich um das Silber handele, das in der Affäre eine so bedeutsame Rolle spielt.

Die Angaben Frau Dr. Momms, zu welchen Zwecken sie das Geld benötigt habe, sind nach Mitteilung der „Vossischen Zeitung" wirr und widerspruchsvoll.

Jedoch wird ihre Behauptung, daß sie einen Teil religiösen Stiftungen überwiesen habe,

ernst genommen und nachgeprüft, da Frau Momm in Potsdam als fanatisch religiös bekannt war.

Zu den Silberfunden auf dem Hausboden teilt das Blatt noch mit, daß sich unter den angeblich gestohlenen Stücken zwei schwere Leuchter mit einer Widmung des Kreises St. Wendel an den scheidenden Landrat Dr. Momm befanden. Gleichzeitig gelang es dem Kriminalkommissar Tretten in Wiesbaden, einen Teil des Silbers zu finden.

Frau Momm wird auf Anordnung der Staatsanwaltschaft von zwei Sachverständigen zunächst auf ihren Geisteszustand untersucht werden.

Auch ein „Fordschritt".

Henry Ford hat neuerdings für seine Arbeiter und Angestellten besondere Tanzveranstaltungen eingerichtet, ist aber mit den hierfür engagierten Tanzmeistern sehr unzufrieden. Ford hält die modernen Tänze und bemüht sich um die Einführung der uralten Quadrille. Zwölf Tanzmeister, die an dieser schwierigen Aufgabe scheiterten, haben bereits den Tanzboden ihrer mißglückten Pädagogik räumen müssen.

Kommunistischer Kirchenkrieg in Böhmen

Gestern nacht bemalten unbekannte Täter mit roter Farbe die erst im vorigen Jahre mit einem Millionenaufwand erneuerte Barb der Dekanatkirche in Deutsch-Brod. Sie schrieben an: „Los von Rom! — Es lebe SSSR! — Tretet aus den Kirchen aus! — Glaubt ihnen nicht!" Als Täter wurden zehn Gymnasiasten und ein Maschinenschlosserlehrling verhaftet.

Gefährliche Abenteuer eines Rekordfliegers.

Wie aus Hanoi gemeldet wird, ist dem französischen Fliegerhauptmann Ancelere, der zu einem Langstreckenflug nach Paris aufgestiegen war, eine Reihe gefährlicher Abenteuer widerfahren. Kurz nach dem Start geriet sein Flugzeug in Brand und stürzte in der Nähe der chinesischen Grenze ab. Der Begleiter, der sich im Fallschirm zu retten versuchte, fiel in einen Fluß und ertrank. Ancelere selbst kam mit einigen Brandwunden davon. Er wurde sofort nach der Notlandung von einer Bande chinesischer Räuber gefangen genommen. Nach mehrtägiger Haft lieferten die Banditen ihn gegen ein Lösegeld von 20 000 Piaster an eine französische Grenzstation ab. Sie unternahmen aber in der Nacht darauf mehrere Angriffe auf die Station, um Ancelere wieder in ihre Hand zu bekommen. Nur mit Mühe konnten die Angreifer zurückgehalten werden.

Flugzeug fällt in ein Haus.

Ein Militärflugzeug des in Lyon liegenden Fliegerregiments ist gestern nachmittag aus bisher ungeklärter Ursache aus 400 Meter Höhe kurz vor dem Flugplatz Bron über einem Hause abgestürzt. Die beiden Insassen, zwei Unteroffiziere, wurden auf der Stelle getötet; der Besitzer des Hauses wurde schwer verletzt unter den Trümmern seiner Wohnung hervorgezogen. Der Motor hatte sich vom Rumpf getrennt und fiel 10 Meter entfernt zu Boden.

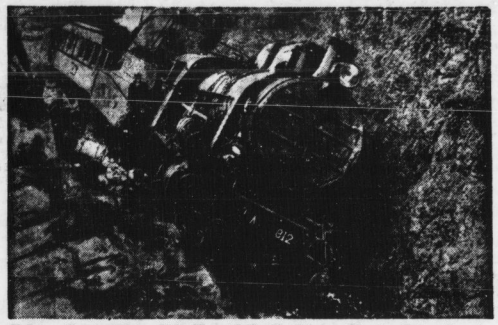
Ein Fascistenrekord.

Aus einem Spaghetti-Wettessen in Chikago ist der Italiener Catarino Nagareno nach einem Konsum von 1307 Fuß Spaghetti, etwa 300 Meter, als unbestrittener Sieger hervorgegangen. Gegen Nagareno traten neun Chikagoer Konkurrenten ins Feld, die sich in früheren ähnlichen Wettkämpfen Lorbeeren errungen hatten. Der Kampf verlief vor Hunderten von Neugierigen recht spannend. Als der Schiedsrichter sein Endsignal gab, waren drei Stunden ununterbrochenen Spaghettiklingerns verflossen, aber Nagareno zeigte sich noch keineswegs befriedigt. Seine Gegner lagen entweder unter dem Tisch oder befanden sich in Hospitalen. Der Spaghettiheld ließ sich auch mit Siegesstolz von den neugierigen Reportern interviewen. 200 Pfund Lebendgewicht sind keine Kleinigkeit, die durch die Feststellung, daß Nagareno in seinem Leben mindestens 2 Millionen Fuß Spaghetti verzehrt hat, einen impressiven Hintergrund bekommen. Nur durch ein ausgezeichnetes Training in seiner frühen Jugendzeit ist es dem neuen Champion gelungen, die Kunst des Essens der schlüpfrigen Substanz in derartigen unerhörten Mengen zu meistern.

Friedländer geisteskrank.

Der wegen Tötung seines Bruders und des Schülers Tibor Feldes vor dem Schwurgericht beim Landgericht III in Berlin zu sechs Jahren Gefängnis verurteilte 19jährige Manasse Friedländer ist auf Antrag des Reichsgerichts auf seinen Geisteszustand untersucht worden. Das Urteil des Sachverständigen, Sanitätsrat Dr. Lippmann, geht dahin, daß Manasse Friedländer geisteskrank ist. Er ist inzwischen in die Irrenanstalt Herzberge übergeführt worden. Friedländer droht jedem, der sich ihm nähert, zu töten.

Unglück des Simplon-Orient-Expreßzuges



Auf der Strecke Athen—Saloniki entgleiste kürzlich der Simplon-Orient-Expreß.

Mexikanisches Justizkuriosum

Jeder sein eigener Richter

Ein neues Gesetz in Mexiko -- Untersuchungsrichter, Staatsanwalt, Richter und Henker in einer Person - Mord wegen einer Rüge

In Mexiko wurde kürzlich ein Gesetz angenommen, das dem Vater einer verführten Tochter das Recht gibt, den Verführer wie die Verführte zu töten. Dasselbe Recht steht dem betrogenen Ehemann zu, der seine ungetreue Gattin und ihren Liebhaber töten darf. Dies ist ein Grundsatz, der in der Gesetzgebung Europas undenkbar wäre;

denn er macht eine Privatperson zum Untersuchungsrichter, Staatsanwalt, Richter und Henker in einer Person.

Freilich liegen die Verhältnisse in den mittel- und südamerikanischen Ländern ganz anders. Die Zahl der Affektverbrechen — aus Rache, Eifersucht, verschmähter Liebe und verletzter Ehre — ist dort ungewöhnlich groß. Locker sitzt dort Revolver, Dolch oder das noch beliebtere, scharf geschliffene Rasiermesser, und da ein Waffenschein nicht erforderlich ist und auch die Jugendlichen immer irgendeine Waffe bei sich tragen, ist die hohe Zahl der Streitfälle mit blutigem Ausgang wohl erklärlich. Nicht immer haben diese Vorfälle einen romantischen Hintergrund. Oft streiten die Ursachen eines Totschlags das Lächerliche. Kürzlich fand man auf der Straße die Leiche eines Kontrolleurs der Straßenbahn,

der von einem Schaffner wegen einer von den Fahrgästen erteilten Rüge ermordet worden war.

Noch erstaunlicher für europäische Begriffe ist ein Vorfall, der sich in einem brasilianischen Café ereignete: ein Kellner hatte versehentlich beim Einschenken die Beinkleider eines Gastes mit Kaffee bespritzt. Der empörte Gast verlangte nach dem Wirt, der aber im Augenblick nicht anwesend war. Der Gast verließ das Lokal, kehrte aber am anderen Tag wieder und verlangte vom Wirt Schadenersatz. Als der Kellner bei dieser Auseinandersetzung zwischen dem Wirt und dem Gast hinzutrat und die Schuld bestritt, zog der Gast einen Revolver und erschoß den Kellner auf der Stelle.

Die große Zahl solcher Totschläge ist aber bis zu einem gewissen Grade darauf zurückzuführen, daß sie gerichtlich keine Sühne finden. Von Fällen mit romantischem Hintergrunde kann gar nicht zu reden, bei denen sich noch der altkastilianische Ehrbegriff geltend macht, und

die Richter in neunzig von hundert Fällen zum Freispruch von Mördern zwingt, die „ihre Ehre" verteidigt

oder „ihre Ehre gerächt" haben, doch in den übrigen Fällen findet das Gericht meistens das Fehlen vollen Bewußtseins bei Begehung der Tat, mit Ausnahme solcher Morde, bei denen tatsächlich Raubabsichten vorliegen.

Bis zu welchem Grade das Recht des Handelns gegenüber dem Beleidiger der Ehre in den Sitten südamerikanischer Völker fortbesteht, beweist das erwähnte mexikanische Gesetz. Man muß bei den übrigen südamerikanischen Staaten gerechterweise jedoch feststellen, daß sie einen derartigen gesetzlichen Schutz der Familienehre nicht kennen. Das mexikanische Gesetz hat denn auch bei den benachbarten und den südamerikanischen Staaten nicht geringe Empörung hervorgerufen. Es kam sogar zu öffentlichen Protesten.

In Buenos Aires wurde das mexikanische Botschaftsgebäude mit Steinen beworfen,

in Guatemala eine mexikanische Schriftstellerin, die einen Vortrag halten wollte, ausgepfiffen; sie mußte in das Konsulat ihres Heimatstaates flüchten. Dabei würden 90 Prozent dieser Demonstranten in Buenos Aires und in Guatemala im entsprechenden Fall genau so gehandelt haben, wie es das mexikanische Gesetz vorsieht. Nicht nur auf der Straße greift man bei jeder günstigen Gelegenheit zu Dolch oder Revolver. Auch in politischen und journalistischen Kreisen genießen diese Sitten Bürgerrechte. Und wenn sich ein derartiger Fall in diesem Milieu ereignet, dann begnügen sich die Zeitungen nicht mit einer kurzen Nachricht, sondern widmen ihm viele Spalten, wenn nicht Seiten.

Überschwemmung in Poitiers und Chatellerault.

Infolge der anhaltenden Regengüsse ist der Clain-Fluß hochwasser. Die niedrig gelegenen Stadtviertel von Poitiers sind überschwemmt und die im Erdgeschoß oder im ersten Stock wohnenden Familien mußten ihre Wohnungen räumen. Eine Spinnerei ist von den Fluten eingeschlossen und die Arbeiter sind von jedem Verkehr abgeschnitten. Das Wasser hat auch die Landstraßen überschwemmt und Poitiers ist nach mehreren Seiten vom Verkehr abgeschnitten. Der Vienne-Fluß hatte bei Chatellerault gestern mittag einen um 3,50 Meter höheren Wasserstand als gewöhnlich erreicht, und auch in dieser Stadt sind die niedrig gelegenen Vororte überschwemmt.

Holländischer Dampfer in Brand geraten

Die Holland-Amerika-Linie teilt mit, daß ihr mit Stückgütern beladener, 6855 Tonnen großer Dampfer „Blyhendyk", der sich auf der Fahrt von Java nach Neuyork befand, im Suez-Kanal in einer Entfernung von 15 Seemeilen von Suez in Brand geraten ist. Das Feuer nahm sehr bald eine solche Ausdehnung an, daß die Besatzung das Schiff verlassen mußte. Sie wurde von dem herbeigeeilten Bergungsdampfer „Protector" an Bord genommen.

Justizirrtum oder nicht?

Mörder der Magd?

Der Knecht von Dielingen zum Tode verurteilt, aber nicht hingerichtet -- Der Beschuldigte beteuert bei der Wiederaufnahme des Prozesses in Osnabrück seine Unschuld

Am Montagvormittag begann vor dem Schwurgericht des Landgerichts in Osnabrück das Wiederaufnahmeverfahren gegen den Landarbeiter Hermann von Dielingen, der im Mai 1926 zum Tode verurteilt worden ist, weil er am 17. Februar 1925 die Dienstmagd Emma Hoge erdrosselt und in einen Bach geworfen haben soll. Emma Hoge erwartete ein Kind und gab Hermann von Dielingen, mit dem sie auf dem gleichen Gute gearbeitet hatte, als Vater an. Die Verurteilung des Angeklagten, der erst die Tat bestritt, sie in der Verhandlung zugab, später aber widerrief,

erfolgte im wesentlichen auf Grund eines Gutachtens von Sachverständigen, die den Tod der Magd durch Erdrosselung feststellten.

Der angebliche Mörder wurde indessen nicht hingerichtet, sondern zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Da sich inzwischen die ärztlichen Stimmen mehrten, die die Richtigkeit der ersten Sachverständigen-Gutachten anzweifelten, weil die belastenden angeblichen Würgeflecke am Halse des Leichnams auch einfache Lodenflecke hätten sein können, wurde vom Reichsgericht dem Wiederaufnahmeverfahren stattgegeben. In Anwesenheit von zehn medizinischen Sachverständigen und 30 Zeugen begann der neue Prozeß unter großer Spannung und bei von heimatlichen Bauernstimmen überfüllten Zuhörerraum.

Nach einigen Beweisanträgen des Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Sidney Mendel, die das Gericht zurückstellt, verkündet Dr. Mendel unter großer Bewegung, daß sich in den Akten, wie erst jetzt bekannt geworden sei,

eine Mordbezichtigung gegen den eigenen Stiefvater der angeblich von dem Angeklagten ermordeten Hoge befindet.

Diese Bezichtigung gehe von drei Bewohnern des Dorfes aus, in dessen Nähe der Leichnam der Hoge gefunden worden wäre. Dr. Mendel bittet, diese Zeugen zu vernehmen und dem Stiefvater der Hoge gegenüberzustellen.

Der Angeklagte, der einen zuversichtlichen Eindruck macht, erklärt bei seiner Vernehmung seine völlige Unschuld.

An dem fraglichen Abend wäre er überhaupt nicht mit der getöteten Emma Hoge zusammen gewesen, sondern habe sich in dem Dorfe Gehrde aufgehalten,

wo er ein Mädchen treffen wollte. Er wüßte allerdings nicht mehr, wie das Mädchen hieß. Wie von Dielingen nun vom Vorsitzenden gefragt wird, auf welche Weise er zu so viel verschiedenen Geständnissen und einander widersprechenden Aussagen gekommen ist, sagt er, daß er durch die plötzliche Verhaftung und Mordbeschuldigung vollkommen verwirrt worden sei. Als er in Untersuchungshaft saß, hätte man in seine Zelle einen Gefangenen namens Meyer gelegt, der ihm wiederholt gesagt haben würde,

daß beim Nichtgeständnis der Tat sein Vater und seine Brüder ins Zuchthaus kämen.

Und dann erklärt v. Dielingen weiter, daß bei der Aufstellung der Anklageschrift Meyer ihm mitgeteilt hätte, daß sein Vater und sein Bruder tatsächlich schon verhaftet wären. Das erklärt der Angeklagte, wäre die Veranlassung für seinem Geständnis gewesen.

Vorsitzender: „Das ist etwas ganz Neues, daß ich hier zum ersten Male höre." Nun fragt der Vorsitzende nach dem Liebesverhältnis, das v. Dielingen mit Emma Hoge gehabt haben soll. Hermann von Dielingen antwortet:

„Ich habe mit der Hoge überhaupt nichts zu tun gehabt.

Als ich mit ihr am 12. November 1924 zusammen war, gab ich ihr Geld, weil sie knapp war und sie mir leid tat."

Als erster Zeuge wird der Oberlandjäger Wolfenberg vernommen, der u. a. mitteilt, bei der Untersuchung im Jahre 1925 wäre die Verdächtigung aufgetaucht, daß der Stiefvater der Emma Hoge der Mörder sein könne, aber entsprechende Ermittlungen damals nicht angestellt worden wären.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219300318-14/fragment/page=0007

Merken Sie bitte! **Mittwoch** die große **Modenschau** bei **Dobkowitz**

Beginn nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr im Casinosaal

Vereins-Kalender

der Ortsvereine der SPD., sozialistischen Frauen- und Jugendgruppen im Bezirk Halle-Merseburg ◆ Sekretariat der SPD. Halle a. S., Harz 42—44, Hofgebäude 2 Treppen. Fernruf 21029.

Halle

Frauengruppe. Dienstag, den 18. März, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus Versammlung. Gen. Worlitz gibt einen Kursusbericht.

Frauengruppe u. Arbeiterwohlfahrt. Alle Genossinnen treffen sich Mittwoch 4 Uhr Ecke Schlosserstraße zwecks Besichtigung der Ausstellung der Sammelschule Süd (Lutherschule).

Aus dem Bezirk

Könnern. Arbeiter-Wohlfahrt. Dienstag, den 18. März, 20 Uhr, bei der Genossin Reubert (Markt): Zusammenkunft. Rege Beteiligung erwünscht.

Döbrichau Freitag, den 21. März, 20 Uhr, im Lokal von R. Lehmann: Oeffentliche Volksversammlung. Ref. Parteisekretär Erich Fraenkel (Torgau). Thema: „Die politische Lage".

Ammendorf. Unsere Monatsversammlung findet umständehalber erst am Sonnabend, dem 2. März statt. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, sich für diesen Abend, an welchem der Genosse Agricola (Zeitz) sprechen wird, freizumachen.

— **Arbeiter-Wohlfahrt.** Dienstag, den 18. März, pünktlich 20 Uhr, im Hintergebäude des Rathauses Nähabend. Allseitiges Erscheinen erwünscht.

Dölau. Freitag, d. 21. März, 20 Uhr, im „Heideschlößchen": Mitgliederversammlung. Bericht von der Unterbezirkskonferenz. Erscheinen aller Mitglieder unbedingt erforderlich.

Schlettau-Beuchlitz. Sonnabend, d. 22. März, abends 8 Uhr, bei Rößler (Gasthof Schlettau): Wichtige Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Peters. 2. Bericht von der Unterbezirkskonferenz. 3. Verschiedenes. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig. Auch die Volksblattleser sind hierzu eingeladen.

Schladebach. Sonnabend, 22. März, abends ½8 Uhr, im Gasthof Otto Mögling: Mitgliederversammlung. Genosse Schultze (Schkeuditz) spricht über „Die Arbeitslosenversicherung". Alle Parteigenossen und -genossinnen sowie die Genossen von Altranstädt, Lehna und Oetzsch werden gebeten in dieser Versammlung zahlreich zu erscheinen. Gäste können eingeführt werden.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Bund Deutscher Kriegsteilnehm. und Republikaner E. V.

Ortsgruppe Halle.

Abteilungskassierer. Abrechnung mit dem Ortsgruppenkassierer erfolgt am Freitag, dem 21. März, von 6 bis 8 Uhr, im Büro.

3. Abteilung. Mittwoch, 19. März, 20 Uhr: Monatsversammlung. U. a. Vortrag durch Kam. Weising: „Beamte und Republik". Angehörige und Gäste willkommen. Vor Beginn der Versammlung kurze wichtige Funktionärbesprechung. Funktionäre daher besonders pünktlich.

Jungreichsbanner. Mittwoch, den 19. März, 20 Uhr, bei Kam. Schustack Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen Ehrenpflicht.

Stempel (Metall- u. Emailschilder)
fabriziert seit 1900
Kuban, Halle a. S., Am Steintor 9
neben Walhalla (Kein Laden)

Tapeten, Dekorationen Polstermöbel
nur eigene Anfertigung.
Aufarbeiten und Modernisieren von Polstermöbeln aller Art
zu äußerst mäßigen Preisen.
Ernst Hirschfeld, Tapezierermstr.
Merseburg, Entenplan 6.

Illustriertes Gartenbuch
Vollständige Anleitung und ausführliches Handbuch für Gartenfreunde und Berufsgärtner von P. Schütze.
Mit 247 Abbildungen.
450 Seiten stark in Leinen gebunden.
Statt 10,- nur 4,- Mk.
◆
Volksblatt-Buchhandlung
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 27

Stadttheater
Heute, Dienstag, 20—22½ Uhr: **Der Kaiser von Amerika** Komödie von Bernard Shaw
Mittwoch, 20—22 Uhr: **Oberst Chabert** Oper v. H. W. v. Waltershausen

Hat Halle einen besseren **Zauberakt im Kabarett-Programm** gesehen??
Täglich pünktlich 8¼ Uhr.
Koch's Künstlerspiele

Preiswerte **Bettstellen**
Eiche imit. von 23.— Mk. an
Patentmatratzen von 10.— Mk. an
Waschkommoden m. Platte u. Spieg. von 38.— Mk. an
Nachtschränkchen von 25.— Mk. an
Gebr. Jungblut Albrechtstr. 37

Massage
M. Kertzscher und Frau
Glauchaer Str. 27.

Walhalla
Dir. O. Kleinhanns. Fernruf 283 85
Das Tagesgespräch Halles ist der Wunder-Schimpanse Bu Bu
Auch Sie müssen seine fabelhaften Leistungen bewundern.
Außerdem Gastspiel des jugendl. Filmstars Gustl Stark-Gstettenbauer
(In d. Pause Autogrammverteilung)
und das übrige grandiose Programm.
Gewöhnliche Preise ab 70 Pfg.

Morgen, **Mittwoch**, d. **19. März**, ab **18 Uhr**, das beliebte **norddeutsche**
„Labskausessen"
„Ratskeller", Ammendorf

Aus Heeresbeständen u. a.:

Militär-Drelljacken	1,50
Hosen	1,50
Militär-Schuhe	3,75
Stiefel	4,75
Neue Holzpantinen	1,30
Tuchwesten	1,25
Neue Schlafdecken	3,10
La Lederjacken . . von	30,— an
Blaue Monteurjacken 1,90	1,35
Hosen 1,90	1,35
Militär-Unterhosen	1,00
Stiefel (kleine Größen)	10,75
Militär-Strickwesten, neu	2,75
Militär-Röcke, z. Aussuchen	3,75
Militär-Mäntel	9,50
Hosen, neu u. gebraucht v.	8,00 an
Fausthandschuhe	0,80
Wollene Schals	0,40
Wollene Kopfschützer	0,45

und noch viele preiswerte Artikel.
Besichtigen Sie mein Lager ohne Kaufzwang.
Siegmund Schwarz GmbH.
Filiale Halle, **Gr. Märkerstr. 5**

Ledertreibriemenstücke
gebr., passend zu Sohlen, empfiehlt **pro Paar von 50 Pfg. an**
J. Sternlicht, Alter Markt 11 („Goldene Kette")

Preiswerte **Pianos**
Weltmarken
Reiche Auswahl
Kleine Anzahlg.
Kleine Raten
Mietverrechnung
Katalog kostenfrei
Pianohaus Hoffmann
am Riebeckplatz

Elektrische Licht-Anlagen führt aus
Otto Gröbel
Harz 42/44
Telephon 293 64

Interessieren Sie sich für:
Bettfedern fertige Betten Hemdentuche Stangenleinen Inletts!
Dann bitte:
Magdeburger Str. 8
Etagengeschäft,
Herrmann
en gros en detail

Heimarbeit schriftl. Vitalis-Verlag München

Vollständiges **Speisezimmer** echt Eiche 450 Mk.
Kücheneinrichtung lasiert, 7 teil. 212 Mk.
Schlafzimmereinrichtung 350 Mk.
Flurgarderob. echt Eiche 34 Mk.
Radiotisch
Nähtisch
Chaiselongues 85 Mk.
Friedr. Peileke Geiststr. 24 und 25

Zum Schulanfang Schultornister
für Knaben und Mädchen
Büchertaschen, Schiefertafeln
Schieferkasten, Frühstückstaschen
Ostertüten
in großer Auswahl.
Albin Hentze
24 Schmeerstraße 24

UHR-
Reparatur. gut — billig
Preisang. sof.
Uhrmacher **SCHRÖN**
Glauchaerstraße 10, Ecke Steg
gegenüber der Kirche

Solide **Schlafzimmer** eiche, nußb., birke, lackiert Mk. 280,- 330,- 475,- 525,- echt eiche Mk. 695,-
Bettstellen nußbaum u. eiche, lackiert von Mk. 18,— an
Stahlmatratzen von Mk. 7,50 an
Auflegematratz. 3teilg., v. M. 14,50 an
Kleider-Schränke von Mk. 47,— an
Wasch-Kommod. mit Spiegel von Mk. 85,— an
Nacht-Schränke von Mk. 22,— an
Bettenhaus **Bruno Paris**
Kl. Ulrichstr. 2 bis Domplatz 9
3 Min. v. Markt

Die Vorzüge unserer Schultornister!
Haltbares, kräftiges Leder, gute Tragriemen, beste Verarbeitung. Alljährlich steigt der Umsatz, weil sich gute Ware am besten von selbst empfiehlt.
Kräftige Leder-Tornister 6,85
Echt Rindleder-Tornister 7,25
C. F. Ritter
Halle (Saale), Leipziger Straße Ritterhaus
1355

Bekanntmachung.

Am Schwarzen Brett im Waagegebäude (Marktplatz 2) befindet sich eine Bekanntmachung betreffend die förmliche Feststellung neuer Fluchtlinien für die Nordseite der Artilleriestraße zwischen Friedrich-Ebert- und Beesener Straße sowie für die dort einmündenden Nebenstraßen.

Halle, den 7. März 1930.

Der Magistrat.

Gaststätten
im Kreise Merseburg-Querfurt
die sich empfehlen.

Benndorf:
Gasthof Raundorf (Kurt Köbelpeter)
Bad Lauchstädt:
„Stadt Leipzig" (W. Schmidt)
Cröllwitz:
Gasthaus Cröllwitz (Helene Betterle)
Corbetha:
„Zur fröhlichen Einkehr" (Herm. Wagner)
Bad Dürrenberg:
Gasthof „Zum Gradierwerk" (F. Sakwerda)
Groß-Kayna:
Gastwirtsch. „Zum golden. Anker" (Ohme)
Kötzschen:
Gasthof Emil Lindner
Leuna:
„Zum heiteren Blick" (E. Eisner)
Gasthaus „Leunateich", Friedrich-Ebert-Str.
„Pfälzer Hof" (Georg Hamann)
Hotel und Restaurant „Zum Saale-Krug"
Lützen:
„Bürgergarten", „Schützenhaus"
„Stadt Leipzig"
Merseburg:
Gasthof „Goldener Hahn", Gotthardtstr. 22
„Hohenzollern" (Knoche), Teichstraße 15
„Kasino" (Linden), Leunaer Straße 9
Gastwirtschaft Müller, Schmalestraße 14
„Park-Café", Vor dem Gotthardttor
Gasthof „Zur alten Post" (Koch), Breitestr.
„Preußischer Adler" (Eskau), Nulandstr. 6
„Ratskeller" (Otto Rysiel), Burgstraße 1
Schlachthof (Trautwein), Weißenfelser Str. 68
Café Schmied, Gr. Ritterstraße 5
Gastwirtschaft Schröter, Große Sixtistraße 7
„Neues Schützenhaus", Naumburger Str.
„Stadt-Café" (Schulz), Hölle 4
„Drei Schwäne", Lauchstädter Straße 12
„Schwarzes Roß" (Kipp), Saalstraße 6
Gastwirtschaft Terne, Große Sixtistraße 12
„Tivoli" (Otto Seym), Bahnhofstraße 5
„Vaterland" (Werner), Weißenfelser Str. 30
Gastwirtschaft Zorn, Roßmarkt
„Zur guten Quelle", Saalestraße
„Zur Klause" (Pluschke), Lindenau-, Ecke Melchiorstraße.
Meuschau:
Kaffeehaus Meuschau (Paul Schneider)
Mücheln:
Gewerkschaftshaus Gehüfte b. Mücheln
„Roter Hirsch", Gehüfte b. Mücheln (Renner)
Gasthaus Mücheln-Wenden (A. Weber)
Niederbeuna:
Gasthof Otto Zätzsch am Bahnhof
Neurössen:
„Siedlungs-Gasthaus" (Fr. Busch)
Roßleben: „Deutsches Haus" (Luise Heide)

Jede Zeile kostet monatlich 1,— Mark.
Der Betrag wird mit dem Bezugsgeld eingezogen

Berücksichtigt nur unsere Volksbuchhandlungen!

Familien-Nachrichten

Todesanzeige.

Am 17. März 1930, vormittags, verschied nach längerem schweren Leiden meine innigstgeliebte Gattin, unsere treusorgende Mutter, Großmutter, Schwester u. Schwägerin, Frau

Martha Mandel

im 62. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Gustav Mandel sen.

Harz 12.

Die Einäscherungsfeier findet Freitag, den 21. März, nachmittags 3 Uhr, in der kleinen Kapelle des Gertraudenfriedhofs statt. — Kranzspenden dankend abgelehnt.

Am Sonntag, dem 16. März 1930, wurde nach schwerer Krankheit durch einen frühen Tod aus unserer Mitte gerissen der **Geschäftsführer unserer Gesellschaft,**

Herr Direktor

Hans Graessner

Der Verstorbene hat sich in fünfjähriger Tätigkeit als Leiter der Finanzgeschäfte hervorragende Verdienste um die Entwicklung der Mitteldeutschen Heimstätte erworben. Unter vollem Einsatz seiner Kräfte hat er sich bis zum letzten Tage mit vorbildlicher Pflichttreue unseren Aufgaben gewidmet.

Wir empfinden schmerzlich den Verlust eines treuen Freundes und verdienstvollen Mitarbeiters und werden sein Andenken in Ehren halten.

Merseburg, den 17. März 1930.

Im Namen des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung der

Mitteldeutschen Heimstätte
Wohnungsfürsorgegesellschaft m.b.H. Magdeburg

Dr. Hübener, Landeshauptmann
Vorsitzender des Aufsichtsrats.

Die Beisetzung findet am Donnerstag, dem 20. März 1930, 13 Uhr, auf dem Westfriedhof in Magdeburg statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219300318-14/fragment/page=0008

Aus Halles Stadtparlament

Einführung der unbesoldeten Stadträte - Riß durch die kommunistische Stadtverordnetenfraktion Nazis und Kommunisten in Einheitsfront gegen die Polizei - - Fortgang der Etatsberatungen

Halle, den 18. März.

Der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten ging die **Einführung und Verpflichtung von zwölf unbesoldeten Stadträten** voraus, die in der ersten Sitzung im Januar gewählt worden waren. Von der sozialdemokratischen Fraktion tritt Genosse Dürrfeld neu in das Magistratskollegium ein. Die Kommunisten haben an Stelle der Renegaten Kilian und Fischer zwei „revolutionäre" Arbeiter aus den Betrieben auserwählt, deren einer den Eindruck macht, als käme er frisch aus irgendeiner Knabenerziehungsanstalt. Die Einführung vollzog sich bei den im Amt gewesenen unter Hinweis auf den bei der ersten Einführung geleisteten Eid, während die neuen Männer auf die Reichs- und preußische Staatsverfassung durch den Oberbürgermeister vereidigt wurden.

Der Vorsteher teilte hierauf mit, daß vom Magistrat eine Erklärung des Inhalts vorliege, daß er den Beschluß der letzten Stadtv.-Versammlg., **den Volkstrauertag durch Beflaggen der städtischen Gebäude und Straßenbahnen** sowie durch Feiern in den Schulen zu begehen, nicht habe beitreten können, da diese Maßnahmen ministeriellen Anordnungen widersprochen hätten.

Spaltung bei den Kommunisten.

Das bisherige Mitglied der Kommunistischen Partei Gas-Werksarbeiter Kurt Taatz gab nach Bekanntgabe verschiedener Eingänge die Erklärung ab, daß er aus der Kommunistischen Partei und somit auch aus der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion ausgetreten sei. Sein Mandat als Stadtverordneter würde er zunächst als Fraktionsloser beibehalten. Zur Begründung dieses reiflich überlegten Schrittes erklärte Taatz, daß er sich als Mitglied der KPD. immer bemüht habe, deren vielfach wechselnde Parolen und Richtlinien gewissenhaft zu befolgen. Der ewige Wechsel und die ständig wachsenden Widersprüche hätten es ihm als Gewerkschafter jedoch unmöglich gemacht, weiter in einer Partei zu bleiben, deren Weg nicht mehr auf vernunftgemäße und von Eigensucht freie Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter hinzielt.

Die Erklärung wurde von der kommunistischen Fraktion natürlich mit allerlei lustigen Zurufen begleitet. An Stelle des nach Berlin berufenen bisherigen „geistigen" Führers der Fraktion, Herrn Grade, wurde der berühmte Sportsachverständige der Fraktion, Wabbel, der Ehre teilhaftig, die fällige Gegenerklärung abzugeben. Man kann sich einen ungefähren Begriff machen, wie eifrig der Mann vorher das Moskauer Schimpfwörterlexikon studiert haben muß, um eine solche Prachtleistung zu vollbringen.

Stadtv. Wilke (Soz.) gab im Rahmen einer persönlichen Erklärung bekannt, daß er am vergangenen Sonntag in der Magdeburger Straße von dem nationalsozialistischen Stadtverordneten Czarnowski auf offener Straße beleidigt worden ist. Als Cz. seiner ansichtig wurde, wies er mit gehobenem Arme auf ihn und rief seinen ihn begleitenden Hitlerleuten zu: „Diese Giftnudel muß auch beseitigt werden!" Czarnowski und seine Genossen befanden sich auf dem Wege zu einer Trauerkundgebung.

Diese Erklärung rief im Sitzungssaal natürlich eine ebenso große Erregung hervor, wie die vorher von Taatz abgegebene, und es war durchaus nicht verwunderlich, daß der Naximann abstritt, sich in dieser unverschämten Weise geäußert zu haben. Jedenfalls ist aber erneut bewiesen, daß die Gegensätze der Kommunisten auf dem Gebiet der Schimpferei und Rüpelei ebensaus Großtaten zu vollbringen imstande sind.

Nachdem einige Magistratsvorlagen in wenigen Minuten erledigt worden waren, schritt das Kollegium zur Fortberatung der

Einzel-Haushaltspläne.

Beim Kapitel Wohnungsamt (Gesamtzuschuß 147 700 Mk.) brachte Stadtv. Rider (Soz.) den wiederholt geäußerten Wunsch auf Bereitstellung von Mitteln zur Schaffung eines Fonds für Baudarlehen und Genossenschaftsanteile vor. Den Interessenten soll kein verlorener Zuschuß, sondern die Möglichkeit gegeben werden, diese Darlehen in Raten wieder zurückzuzahlen. Nur so würde der wirkliche Wohnungsuchenden geholfen werden. Jetzt sei es so, daß zwar Wohnungen gebaut würden, die Wohnungsbauvereine diese aber nicht los würden, weil die Mieten viel zu hoch sind.

Während der Kommunist Lüttich sich bemühte, in langem Wortschwall das durch seine mehrmöchige Aussperrung Versäumte nachzuholen, legte sich der Hakenkreuzler Czarnowski für die Hausbesitzer ins Zeug, nur um seiner Todfeindschaft gegen die SPD. sichtbaren Ausdruck zu verleihen.

Einstimmig wurde beschlossen, die Staatsregierung zu ersuchen, das Gesamtaufkommen aus der Hauszinssteuer lediglich zum Wohnungsbau zu verwenden, der Etat selbst gegen die kommunistischen Stimmen genehmigt.

Hierauf kam das von jeher heiß umstrittene Kapitel

Polizeiverwaltung,

für das ein städtischer Zuschuß von 1 156 000 Mk. erforderlich ist, an die Reihe. Während früher bei den Debatten über die Polizei wenigstens noch ab und zu ein gewisser Sinn in den Ausführungen der kommunistischen Redner lag, war das gestern von dem kommunistischen Fraktionsredner Eckstein in den Saal gesuschelte Kauderwelsch derart verworren und durcheinandergequirlt, daß selbst seine eigenen Fraktionsgenossen entsetzt ihr Haupt verhüllten. Der einzige Erfolg dieser hilflosen Stotterei war, daß sie dem Oberbürgermeister das Stichwort gab, das wiederholt gesungene Klagelied über die ungünstige Gestaltung des Polizeilastenausgleichs zu wiederholen. Lang und breit äußerte sich der Oberbürgermeister über die Rolle, die er bei den Verhandlungen im Preußischen Staatsrat über den interkommunalen Lastenausgleich gespielt habe. Er behauptete, übrigens nicht zum ersten Male, die ordentlich wirtschaftenden Gemeindeverwaltungen würden durch das neue System dafür gestraft, während die unsoliden beguünstigt würden.

Diese Ausführungen und auch die Schwarzmalerei über noch in Aussicht stehende Lastenausgleiche forderten die sozialdemokratische Fraktion zu einer Erklärung heraus. Stadtverordneter Peters gab zu, daß die Ausgaben zweifellos hoch seien, und verständlich sei, daß der Magistrat nicht besonders darüber erbaut sei, daß er künftig höhere Summen für die Polizei aufwenden müsse. Mit Recht erinnerte er aber daran, daß 1914 die Polizeilasten bedeutend höher gewesen seien als heute, man also nicht davon sprechen könne, daß die heutigen Lasten unerträglich seien. Ausgerechnet Kommunisten und Hakenkreuzler, also diejenigen Parteien, die erst die Erreaung in das politische Leben tragen, beschweren sich über die Polizei. Es wäre überflüssig, so viele Polizei zu halten, wenn beide Extreme sich bei ihrer politischen Betätigung als gestittete, anständige Menschen verhielten. Beide erklären, wenn sie zur Macht kämen, würde nur die Gewalt regieren. Kann man es daher dem Staat verargen, wenn er die zur Aufrechterhaltung seiner Autorität erforderlichen Organe unterhält? Während der Ausführungen des sozialdemokratischen Redners tobten die Kommunisten wie besessen. Schimpfworte der bekannten Art schwirrten durch den Saal. Auf die Frage des Vorstehers, wer diese ausgestoßen, meldete sich keiner von den Tapferen. Der Kommunist Franke, dessen Sessel kaum warm geworden war, mußte erst zwei Ordnungsrufe beziehen, bevor er seinen losen Schnabel hielt. Die drei Nationalsozialisten stimmten in das Schimpfkonzert der Sowjetleute natürlich mit ein. Dazwischen lief die fällige Mißtrauens- und Protesterklärung ein. Als Herr Lüttich egal wegverlangte, daß darüber abgestimmt würde, erklärte der Vorsteher, daß der Polizeietat längst genehmigt sei und man sich bereits beim Kapitel

Müllabfuhr

befinde. Der Etat der Müllabfuhr gleicht sich in Einnahme und Ausgabe mit 177 700 Mk. aus. Stadtv. Wilke (Soz.) ersuchte den Magistrat, unter Hinweis auf die noch immer herrschenden Mißstände des heutigen Müllabfuhrwesens, recht bald zur zwangsweisen Einführung der städtischen Müllabfuhr zu schreiten. Tags wendete sich gegen das gerade bei der Müllabfuhr noch grassierende Ueberstundenwesen. Stadtverordneter Starke (Hausbes.) empfindet die städtische Müllabfuhr zwar als sehr angenehm, aber wegen ihrer hohen Kosten müsse sie abgelehnt werden. Frau Oblerich (Bürgerblock) bemängelte die Mißstände, die sich durch das Umschütten der Tonnen für die Anwohner des Fürstentals ergeben.

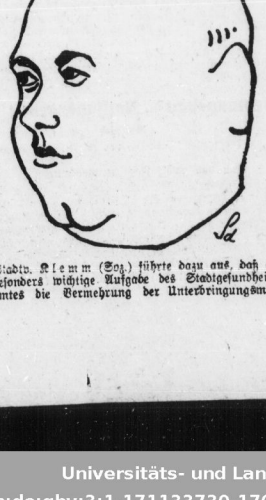
Die Kommunisten lehnten den Etat der städtischen Müllabfuhr ab, was in den Reihen der Hausbesitzer große Freude auslöste. Ihren Willen zum Rückschritt konnten sie jedoch nicht durchsetzen, da die große Mehrheit den Etat bewilligte. — Bei Beratung des Etats der

Friedhöfe

(ausgeglichen mit 475 000 Mk. in Einnahme und Ausgabe), begründete Stadtv. Lange (Soz.) folgenden sozialdemokratischen Antrag: „Der Magistrat wird ersucht werden, der Stadtverordnetenversammlung baldmöglichst eine Vorlage über die Neuregelung der Grabgebühren zu unterbreiten, wobei vorzusehen ist, daß bei einem Einkommen bis zu 3000 Mk. jährlich keine Gebühren zu entrichten sind." — Der Bürgerblock lehnte diesen sowie einen ähnlich lautenden kommunistischen Antrag ab.

Der Etat des Stadtgesundheitsamtes (Zuschuß 317 000 Mk.) gab der sozialdemokratischen Fraktion Gelegenheit zu einem Vorstoß in der

Krankenhausfrage



Stadtv. Klemm (Soz.) führte dazu aus, daß als besonders wichtige Aufgabe des Stadtgesundheitsamtes die Vermehrung der Unterbringungsmöglichkeiten für Lungenkranke in den Krankenhäusern zu betrachten ist. Alle fürsorgerischen Maßnahmen auf diesem Gebiet werden dadurch in ihrer Wirksamkeit sehr stark beeinträchtigt, daß es teils nur unter großen Schwierigkeiten, teils gar nicht möglich ist, Lungenkranke, die der Krankenhausbehandlung dringend bedürfen, in den hallischen Krankenhäusern unterzubringen. Solange das geplante Lungenkrankenhaus noch nicht errichtet ist, müssen unbedingt Maßnahmen ergriffen werden, die jetzigen

unhaltbaren Zustände

abzustellen. Die Krankenhäuser geben als Grund der Ablehnung der Aufnahme lungenkranker Patienten Mangel an geeigneten isolierten Räumen an. Es könnte von der Stadt aus ein Provisorium geschaffen werden durch Errichtung einer geeigneten Isolierbaracke entweder beim Stadtkrankenhaus, bei den Universitätskliniken bzw. einem der Krankenhäuser. Vielleicht läßt sich auch eine Abmachung ermöglichen mit dem Halleschen Knappschaftsverein wegen der Benutzung der Lungenheilstätte dieses Vereins in Bleicherode. Mit allem Nachdruck weist die sozialdemokratische Fraktion auf diese unhaltbaren Zustände erneut hin und ersucht den Magistrat, die Frage der

Errichtung eines Tuberkulose-Krankenhauses

nunmehr ernstlich in Erwägung zu ziehen und aus dem Stadium der Vorverhandlungen jetzt zu endgültigen Maßnahmen zu kommen. Der Antrag wurde von der Bürgerblockmehrheit wiederum abgelehnt, der Etat hingegen mit dem üblichen Stimmenverhältnis genehmigt. Zu einer nennenswerten Aussprache kam es schließlich noch beim

Etat für die Volksschulen,

der mit einem Gesamtzuschuß von 2 761 400 Mark abschließt. Die sozialdemokratische Fraktion ließ durch ihren Schulfachmann Wilke die aus dem Haushaltsausschuß bereits bekannten Abänderungsanträge begründen. Es handelt sich um eine stärkere Vermehrung der neuen Lehrerstellen, Heraufsetzung verschiedener Summen auf den Satz des Vorjahres, erhöhte Bewilligung für Landschulheime usw. Auch diese Forderungen wurden abgelehnt, der Etat so, wie ihn der Haushaltsausschuß ausgefämmt hatte, festgestellt.

Die Haushaltspläne für das Mieteinigungsamt (Zuschuß 31 700 Mk.), den Fuhrpark (Ueberschuß 6600 Mk.), die Straßenreinigung, das Leihamt und die Hospitalverwaltung wurden teils debattelos, oder nach belanglosen Bemerkungen genehmigt.

Am Schluß der Sitzung begründete Stadtv. Lange einen sozialdemokratischen Antrag, den Magistrat zu ersuchen, **denjenigen Erwerbslosen, deren Kinder die Schule verlassen, eine einmalige Beihilfe von 30 Mk. zu gewähren.** Auch dieser Antrag wurde vom Bürgerblock debattelos abgelehnt, was einige Tribünenbesucher zu lebhaften Protesten veranlaßte. Die Rufer von oben hatten nicht so ganz Unrecht, als sie auf den Unterschied hinwiesen, der zwischen den Worten und Taten der „christlichen" Mehrheit besteht. Trotzdem wurden sie natürlich von der Galerie entfernt.

Ein Antrag wegen Schaffung von Aufnahmemöglichkeiten für die in den vorhandenen städtischen Schulen nicht unterzubringenden Grundschüler, die die Prüfung zur Sexta bestanden haben, wurde dem Schulausschuß überwiesen.

Betriebsräte im Dienst der Unfallverhütung im Bergbau

Die preußischen Bergbehörden sind seit langem bestrebt, die Betriebsvertretungen der Bergwerke in Fragen der Unfallverhütung heranzuziehen, um einerseits die praktischen Erfahrungen der Betriebsvertretungen nutzbar zu machen und andererseits durch diese auf die Belegschaften im Sinne einer Mitarbeit an der Unfallverhütung einzuwirken. Um diese Zusammenarbeit zu festigen und die Kenntnisse der Betriebsvertretungen in Fragen der Unfallverhütung zu vertiefen, sollen auf Beschluß des Preußischen Landtags in diesem Jahre

nach den Betriebsrätewahlen besondere Lehrgänge über Unfallverhütung stattfinden.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der preußische Handelsminister die Einzelheiten durch einen an die Oberbergämter gerichteten Erlaß geregelt. Danach soll der Unterricht durch die Bergrevierbeamten und ihre Hilfskräfte erteilt werden. Die Lehrgänge werden für die Betriebsräte der Steinkohlenbergwerke 7, für die Betriebsräte der anderen Bergwerke durchschnittlich 4 Unterrichtstage (zu je einer Doppelstunde) umfassen. Beteiligt sollen diejenigen Betriebsratsmitglieder werden, denen die Mitwirkung bei der Unfallverhütung im besonderen obliegt, das sind die Mitglieder (Arbeiter und Angestellte) der Betriebsausschüsse und, wo solche nicht bestehen, die 1. und 2. Vorsitzenden der Betriebsräte bzw. die Betriebsobmänner. Der Handelsminister hat die Reichsarbeitsgemeinschaft für den Bergbau gebeten, daß die beiderseitigen Organisationen dahin wirken, alles zu tun, um die Durchführung der Lehrgänge zu ermöglichen.

Außerdem werden, ebenfalls in diesem Jahre, besondere Lehrgänge über Unfallverhütung für die Grubenkontrolleure stattfinden. Auch hier wird der Unterricht durch die Bergrevierbeamten erteilt.

Gewerkschaftliche Zusammenarbeit zwischen Halle-Merseburg.

Die Reichsfachgruppen Gas, Wasser, Elektrizität, Kämmereiarbeiter und Gärtner im Gesamtverband der Arbeitnehmer, Ortsgruppe Merseburg, hielten kürzlich ihre Spartenversammlung ab, die außerordentlich eindrucksvoll verlief. Zunächst wurde die Ehrung einer Anzahl Jubilare vorgenommen, die 25 Jahre und länger Mitglied der Gewerkschaft sind, alsdann hielt Ferchlandt (Halle) einen Vortrag über die Zusammenarbeit zwischen Halle und Merseburg, den Aufbau der Verbandsvertretung, die Art der Entsendung der zuständigen Delegierten zur Vertreterversammlung und die Zusammensetzung der Zahlstellenleitung Merseburg aus den einzelnen Fachgruppen. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. In der Diskussion stellte sich heraus, daß bei einzelnen Mitgliedern irrige Ansichten über die Art der zukünftigen Tätigkeit bestanden. Es wurde daher durch Rink (Merseburg) und Ferchlandt sowie durch weitere Redner der Beweis erbracht, daß die nunmehr bestehende enge und feste Verbindung der Gruppen Halle und Merseburg auch den Fachgruppen erhebliche moralische und wirtschaftliche Vorteile erbringt. Die Hauptrolle spielte die Frage der Entsendung der Delegierten zur Vertreterversammlung der Ortsgruppenverwaltung, welche demnächst in Halle tagt. Die Mitgliedschaft bemängelte, daß nur ein Delegierter entsandt werden soll. Ferchlandt erklärte darauf, daß entsprechend dem Mitgliederbestand der Sparten 2 Delegierte entsandt werden sollten, die dann in der Delegiertenversammlung als Interessenvertreter der Merseburger Gruppen auftreten würden. Eine bewegte Auseinandersetzung entspann sich um die Frage der Bewilligung der Entschuldungsbeihilfen. Hierbei kamen die verschiedensten Meinungen zutage.

Hohes Lehrgeld muß gezahlt werden!

Halle, den 18. März.

Eine bittere Lehre, die hoffentlich nicht ohne Wirkung bleibt, müssen jetzt die Arbeiter der Schuhfabrik Fritzsche in der Laubenstraße durchmachen. Die Belegschaft dieser Fabrik war, wie alle Schuhmacher in Halle, straff organisiert, so lange die örtliche Organisation die Lohn- und Tarifverhältnisse regelte. Das änderte sich in dem Augenblick, als die Lohnregelung durch einen Reichstarif zentral erfolgte. Mit diesem Augenblick glaubten die Schuhmacher der Firma Fritzsche, aber auch in anderen Betrieben, den Verband nicht mehr zu brauchen, sie traten aus und schlugen sich auf die Seite derjenigen, die der organisierte Arbeiter nicht gerade liebevoll betrachtet und tituliert.

Fast überall gelang es, die Schuhmacher in den Verband zurückzuholen und sie wieder für die Regelung ihrer Verhältnisse durch die Verbandsangehörigkeit zu interessieren und zu beteiligen. Ihr Schaden ist das nicht gewesen. Die Belegschaft von Fritzsche hat sich nicht überzeugen lassen. Die Quittung, um nicht zu sagen die Strafe, bekommen die Unbelehrbaren jetzt. Von den etwa 100 Beschäftigten sollen 50 entlassen werden. Der Verband wurde angegangen, bei den Verhandlungen vor dem Gewerbeaufsichtsrat für die Arbeiter einzutreten. Da aber kein einziger organisiert ist, kann der Verband nicht eingreifen. Unbegreiflicherweise sind auch die Arbeiter zu einer angesetzten Betriebsversammlung nicht erschienen. Das alte Wort: „Wem nicht zu raten ist, dem ist auch nicht zu helfen", wird hier wieder einmal in bitterster Form wahr. Hoffentlich wird bald auch ein anderes Wort wahr: „Durch Schaden wird man klug!"

170 000 Landarbeiter im Verband.

Der Deutsche Landarbeiterverband zählt im Augenblick rund **170 000 Mitglieder** — ein Zeichen, daß er seit der Inflation eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung verzeichnen kann. Die heutige Mitgliederzahl ist kleiner als in der Zeit kurz nach der Revolution. Damals sprach man von vielen hunderttausend Mitgliedern des Verbandes. Der Flugsand ist zerronnen. Was heute im Verband organisiert ist, ist kein Flugsand, sondern Fels, auf den man bauen kann. Heute ist in vielen Bezirken, vor allem im Ostelbischen die Zugehörigkeit zum freien Landarbeiterverband wieder eine riskante Sache, die Mut und Opfergeist erfordert. Beides ist heute mehr denn je notwendig; denn zu den Gegnern der freien Gewerkschaften gehören jetzt nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Kommunisten. Viel Feind, viel Ehr!

Die Kappen und der Generalstreik. Das soeben erschienene Heft 11 der Zeitschrift „Das Freie Wort" enthält einen Gedenkartikel an die Tage des Kapp-Putsches und des Generalstreiks aus der Feder des Genossen Heinrich Müller. Die Debatte dreht sich in dieser Nummer um die Vermögenssteuer einerseits, um die Frage der Kandidatenaufstellung andererseits. Anschließend an einen Aufsatz in den letzten Nummern, der die Entsendung von mehr Juristen in den Reichstag fordert, wird die Frage der Qualifikation der Mandatsbewerber in weiterem Umfange erörtert. — „Das Freie Wort" erscheint wöchentlich und kostet monatlich, bei der Post bestellt, 91 Pfennig. Einzelhefte sind zum Preise von 20 Pf. durch jede Volksbuchhandlung zu beziehen. Probenummern versendet gerne und portofrei der Freie-Wort-Verlag, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219300318-14/fragment/page=0009

MERSEBURG

Volksblatt-Geschäftsstelle Bismarckstraße 34
Annahme von Abonnements, Anzeigen, Berichten, Druckaufträgen - Buchhandlung - Telephon 174
Vertreterbesuch: Kurl Schlachl, Sattlerstraße 4, Telephon 814

Wochenendkursus der Kinderfreunde

Eine für die sozialistische Erziehung sehr wichtige Tagung nahm am Sonnabend und Sonntag im „Herzog Christian" ihren Verlauf. Helfer und Helferinnen der Kinderfreundebewegung aus allen Teilen des Bezirks hatten sich zu emsiger Arbeit zusammengefunden, um über die Grundlagen der Kinderfreundearbeit zu beraten, unter gleichzeitiger praktischer Einführung in dieselbe.

Nachdem der Vorsitzende des Arbeitsausschusses Halle-Merseburg, Kurt Brenner, die Tagung eröffnet hatte, nahm der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei in Merseburg, Hojenski, das Wort zu einer herzlichen Begrüßung.

Alsdann ergriff Kurt Brenner das Wort zu seinem Referat über den

Bezirksaufbau der Kinderfreunde.

Es bestehen im Bezirk augenblicklich 10 Gruppen. Insbesondere in der letzten Zeit wurden bei der Werbung erhebliche Erfolge erzielt. Das genügt aber nicht. Darüber hinaus muß versucht werden, daß überall dort, wo vor allem starke Ortsgruppen der Partei und Frauengruppen vorhanden sind, zur Gründung von Kindergruppen zu schreiten ist. Deshalb muß der Mahnruf an alle Helfer ergehen, die maßgebenden Stellen von Partei, Gewerkschaften und Arbeiterkulturbewegung zu interessieren.

Bei der Bildung von Kindergruppen ist vor allem darauf zu achten, daß kein starres Gebilde aufgezogen wird. Die Kinderfreundebewegung muß das breite Fundament der Jugendbewegung und damit der Partei bilden. Die Verbindung zu den einzelnen Gliedern der Arbeiterbewegung, Partei, Gewerkschaften, Arbeiterwohlfahrt ist darum eine Selbstverständlichkeit. Die Grundlagen der Kinderfreundearbeit beruhen in erster Linie auf dem System der Helfer und Helferinnen, die sich dieser nicht leichten Arbeit widmen. Weiterhin ist vor allem die materielle Unterstützung der Arbeiterorganisationen vonnöten. Aber auch die Unterstützung der Gemeinden und sonstigen Behörden ist in viel stärkerem Maße als bisher heranzuziehen. Der Bezirksverband der Partei wird alles tun, um die Bewegung zu unterstützen. Es muß aber verlangt werden, daß sich die Helferschaft ihrer hohen, verantwortungsvollen Arbeit bewußt ist und sie dieselbe in der Tat beweist.

Die organisatorische Gliederung wird sich an die der Parteiunterbezirke anlehnen. Auch die Sozialistische Arbeiterjugend wird alle Kräfte anspannen, der Kinderfreundebewegung zu dienen. Ueber die weiteren organisatorischen Maßnahmen, insbesondere die Beziehungen zu den Arbeiterorganisationen wird der Arbeitsausschuß am 25. März in Halle beraten.

Da im Anschluß an den Vortrag keine Diskussion gewünscht wurde, nahm Franz Hauch (Berlin) das Wort zu seinem Referat über

die Gruppenarbeit der Kinderfreunde.

Er betonte, daß die Helfer mitten im Gruppenleben stehen müssen, sie dürfen nicht nur Zuschauer, sondern müssen wirkliche Mitarbeiter sein. In Ergänzung zur Organisationsfrage wies er auf die Zeitschrift der Bewegung „Der Helfer" hin, in der für die Arbeit wertvolles Material zu finden ist. Unbedingt zweckmäßig ist, daß die Gruppen in Altersstufen eingeteilt werden. Es sind zu unterscheiden: Kükengruppen, Jungfalken und Rote Falken. Die Erfahrung hat gelehrt, daß, je mehr Helfer vorhanden sind, auch um so mehr Kinder erfaßt werden können. Jedoch nicht jeder ist zum Helfer geeignet. Es müssen Menschen sein, die die Idee begeistert. Er muß stets beispielgebend, kurz der verkörperte Sozialist sein. Er muß aber auch dem Wesen des Kindes nahestehen. Darum ist ganz besonders auch die Sozialistische Arbeiterjugend zur Mitarbeit geeignet.

Die Helferarbeit muß stets darauf bedacht sein, die Beziehungen zu den Arbeiterorganisationen und zur Elternschaft zu pflegen. Dringend notwendig ist eine straffe Zusammenarbeit der Helfer der einzelnen Gruppen, die sich des öfteren zu einer Aussprache zusammenfinden müssen. Die Kinder müssen in der Helfergemeinschaft stets das Vorbild sehen. Auch die Elternschaft ist in einer Organisation zusammenzufassen und mit ihr sind Zusammenkünfte abzuhalten. Obwohl es eine schwere Arbeit ist, ist es doch aber auch eine schöne Arbeit, denn mit ihr werden die Grundlagen einer neuen sozialistischen Gesellschaft gelegt.

Damit trat der Kursus sofort in die praktische Arbeit ein, die Irmgard Hauch in temperamentvoller Weise leitete. Einige lustige Kinderspiele beschlossen den Sonnabend.

Der Sonntag wurde mit Gymnastik eingeleitet. Nach dem Frühstück widmeten sich die Teilnehmer des Kursus sofort wieder der praktischen Arbeit, die sich für diesen Tag in Bastelarbeiten, im Lernen neuer Lieder und auch noch einigen neuen Spielen auswirkte. In geradezu prachtvoller Weise verstand das Ehepaar Hauch die Teilnehmer zu unterrichten. Unterbrochen wurde die Vormittagsarbeit durch die Teilnahme an der Märzgefallenenfeier. Mit dem Bewußtsein, wirkliche praktische Arbeit geleistet zu haben und in fröhlicher Arbeitsgemeinschaft einige schöne Stunden verlebt zu haben, schieden die Kursusteilnehmer in den Nachmittagsstunden von Merseburg, um das Gebotene in ihrer Heimat in die Tat umzusetzen.

Grünflächen am Rande der Stadt.

Fleißiges Arbeiten bemerkt man seit einer Woche in der Siedlung Eigenheim. Soll doch endlich die Absicht in die Tat umgesetzt werden, einen Grüngürtel zu schaffen, der an der Clobikauer Straße beginnend, zwischen Wupper- und Ruhrweg bis zur Rheinstraße, und später bis zu den Anlagen am hinteren Gotthardtsteich führen soll. In diesem Grüngürtel sind Spielwiesen, Promenadenwege und Ruhegelegenheiten vorgesehen. Es ist sehr zu begrüßen, daß endlich Spielwiesen geschaffen werden, damit unsere Jugend und vor allem unsere Kleinen, nicht mehr den Gefahren der Straße ausgesetzt sind. Aber auch die Erwachsenen werden es begrüßen, sich in diesen Anlagen vom Staube der Stadt erholen zu können. Nicht mehr lange wird es dauern und an Stelle der jetzigen Aecker werden Blumen, Sträucher und grünender Rasen das Auge erfreuen. Vorläufig ist allerdings kaum etwas davon zu ahnen. Umfangreiche Erdarbeiten sind noch im Gange. Wünschen wir, daß das Geplante bald Wirklichkeit werde, damit einem längst gefühlten Bedürfnis Rechnung getragen wird.

Prüfungen im Buchdruckgewerbe

Am Sonntag fanden im hiesigen Buchdruckgewerbe die Gehilfenprüfungen statt, denen sich zehn Lehrlinge aus Merseburg und Umgegend unterziehen mußten. Die Resultate dieser Prüfungen sind nicht gerade befriedigend. Leider ist festzustellen, daß, trotz bester Bildungsmöglichkeiten, die sich die Gehilfenschaft selber geschaffen hat, das Niveau der Lehrlinge von Jahr zu Jahr sinkt. Ein Zeichen dafür, daß die Ausbildung der Lehrlinge in den Betrieben oft sehr mangelhaft ist. Auch im Buchdruckgewerbe scheint es nachgerade üblich zu werden, die Lehrlinge nur noch als Ausbeutungsobjekte zu betrachten. Das ist im Interesse des Buchdrucks, der nur einwandfrei technisch geschulte Kräfte gebrauchen kann, nur zu bedauern.

Von den zehn Lehrlingen bestand einer die Prüfung mit „sehr gut", nur drei mit „gut", fünf mit „genügend", ein Lehrling mit „ungenügend" bestand die Prüfung nicht. Wieder ist es ein Lehrling derselben Firma, bei der schon einmal in den letzten zwei Jahren die Ausbildung versagte. Es wäre zu wünschen, daß in dieser Firma einmal die Ausbildungsmöglichkeiten durch die in Frage kommenden Instanzen nachgeprüft werden.

Landkreis Merseburg

Kein Geld für Kinder!

Schladebach, den 15. März.

Die letzte Gemeindevertretersitzung zeigte wieder einmal, wie die Bürgerlichen auf das eigene Ich versessen sind und dem Arbeiter nicht die Luft gönnen. **Ueber eine volle Stunde besprach man die Anschaffung eines Ziegenbockes, dagegen in einer Viertelstunde waren die Fürsorge-Anträge erledigt.** Zu Beginn der Sitzung führte der Gemeindevorsteher die neuen Schöffen, Domänenpächter Schele und Arbeiter Frötzschner, ein. Nach längerer Aussprache wurde die Anbringung von Verkehrstafeln, die die Sperrung des gesamten Fahrverkehrs am Schulplatz bezeichnen, beschlossen. Rille sprach sich dagegen aus, es wäre in früheren Zeiten auch ohne Verkehrsschilder gegangen. Beschlossen wurde die Erneuerung der Schrift am Kriegerdenkmal. Die Arbeiten sind dem Malermeister Bätz (Balditz) übertragen worden.

Die jetzige Pflegerin des Leihziegenbockes der Landwirtschaftskammer Halle hatte beantragt, denselben nach Halle zurückzugeben und ihr für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1930 für Futtermittel und Pflege eine Beihilfe zu gewähren. Mit 5 gegen 5 Stimmen wurden beide Anträge abgelehnt. Als der Gemeindevorsteher die Mitglieder auf die Folgen aufmerksam machte, die eine Ablehnung der Anträge nach sich ziehen würde, erklärte Knoth (jetzt Bürgerl.), der auch gegen die Anträge gestimmt hatte, daß eine Beihilfe von 20 Mk., die vorgeschlagen war, viel zu wenig sei und beantragte nochmalige Abstimmung über beide Anträge. Bei der zweiten Abstimmung erklärten sich nunmehr sieben Vertreter für Ankauf eines eigenen Ziegenbockes und Gewährung von 20 Mk. Beihilfe an die Pflegerin. Bei den Fürsorgeanträgen stellte Landwirt Rille den Antrag, die Abstimmung durch Zettel vorzunehmen.

Der Antrag des Arbeiters Tränkner auf Beihilfe für die Konfirmation seines Pflegekindes wurde abgelehnt, dagegen wurde dem Antrag der Landarbeiterin Bergner auf Beihilfe für die Konfirmation ihres Sohnes mit 6 Stimmen zugestimmt. Dem Anschein nach haben die Bauern doch noch etwas für ihre Arbeitnehmer übrig, oder befürchtete der betreffenden Arbeitgeber, daß seine Arbeiterin davonläuft? Ein Antrag des Arbeiters Hempel auf Beihilfe für die Behandlung seines Kindes in der Krüppelanstalt wurde ebenfalls abgelehnt. Die letzte Sitzung der hiesigen Gemeindevertretung zeigt also wieder deutlich das Gesicht der Bürgerlichen. Die Sitzungen müßten nur noch mehr von Gemeindeangehörigen besucht werden. Vielleicht erscheinen bei der nächsten Sitzung mehr Zuhörer, damit Herr Landwirt Rille sich nicht so oft nach den Zuhörern umdreht und ein Gesicht zeigt, als wollte er alle Zuhörer verschlingen, wenn sie über manche Debatte lächeln.

Volksliederabend.

Groß-Kayna, den 14. März.

Als Abschluß seiner diesjährigen Winterarbeit veranstaltete das Kulturkartell einen großen Volksliederabend. Die neue Turnhalle war fast bis auf den letzten Platz gefüllt, gewiß ein erfreuliches Zeichen. Man kann wohl zurückblickend sagen, daß dieser Abend ein Ereignis für Groß-Kayna bedeutete. Neben den musikalischen Darbietungen hielt Lehrer Fenke einen kurzen Vortrag, der in treffender Weise in das Wesen des Volksliedes einführte. Eine Reihe der schönsten Volkslieder wurde als Sololieder für Sopran, als Duette und Quartette und als Chorlieder zu Gehör gebracht. Die Sololieder für Sopran sang Frau Bieler, die uns mit ihrer glockenreinen, gut ausgebildeten Stimme schon öfters erfreute. Auch die Quartette, in denen Frau Bieler, Herr Bartsch, Konrektor Schöppe und Frau Schöppe mitwirkten, gelangten vortrefflich zum Vortrag. Der Arbeiter-Gesangverein sang diesmal Lieder für Gemischtchor und für Männerchor. Obwohl der Dirigent in letzter Stunde abgesagt hatte, klappte die Sache. Der Verein verfügt besonders in seinem gemischten Chor über gutes Stimmenmaterial. Vielleicht legt er in Zukunft gerade auf diesen Chor das Hauptgewicht. Der Kinderchor unserer Schule unter der Leitung von Lehrer Bartsch zeigte wieder vortreffliche Leistungen. Ein Schlußmarsch auf dem Klavier beschloß den Abend.

Daspig. Eingebrochen wurde in einer Baubude der Merseburger Ueberlandbahnen. Es wurden dabei sechs Mäntel (schwarz, blau eingefaßt) gestohlen. Der Täter ist unbekannt. Etwaige Mitteilungen erbittet die Kriminalpolizei.

Corbetha. Es wird gemunkelt. Seit einiger Zeit schwirren in unserem Orte sonderbare Gerüchte herum. Es sollen einige Milchlieferanten, die ihre Milch nach Ammendorf liefern, gepanscht haben. Natürlich ist das „aus Versehen" geschehen. Nun ist wohl auch das Fortbleiben des Milchwagens erklärlich. Leider müssen die reellen Lieferanten darunter leiden. Wir werden in Kürze diesen Fall näher beleuchten.

Kreis Querfurt

Der Frühling kam ins Geiseltal.

Ueber Nacht stieg er vom Berge. Die Strahlen der wärmenden Sonne locken hinaus ins Freie. Aus den Vorgärten läuten die Schneeglöckchen. Bei den Frühlingsblühern unter den Sträuchern schwellen die Knospen und versuchen, die lästige Hülle zu sprengen. Durch das eintönige Grau der ausgewinterten Rasendecke lugen die ersten grünen Spitzen. Auf den Feldern sind die Landleute mit den Vorarbeiten für die Frühjahrssaaten beschäftigt. Lerchen steigen jubelnd empor in den blauen Aether. In den Zweigen der Kirschbäume schmettern die Finken ihre Weisen. Wohltuend wirkt das satte Grün der Wintersaaten auf die Augen. Vereinzelt sieht man einige junge Häschen. Aus frisch geackerter Scholle steigt würziger Geruch. Frei atmen die Lungen die köstliche Luft. Und mit dem reinen Lebensodem zieht neue Kraft ins Menschenherz und läßt es wieder stark sein für kommende Stürme. Rauchen auch jetzt die Schornsteine unserer Gruben nicht, so hoffen wir doch, daß es bald wieder anders wird.

O. M.

Gemeindevertretersitzung.

Reinsdorf, den 15. März.

Nachdem vom Landrat die gewählten Schöffen bestätigt sind, hatte die Vertretung ihre erste Beratung. Als Gemeindevorsteher fungiert wieder Th. Haas (Soz.), 1. Schöffe O. Lisker (SPD.), E. Fritzsch (bürgerl.) als 2. Ersatzschöffe W. Herfurth (parteilos). Die Vertretung beschloß, die ausgesteuerten Erwerbslosen Notstandsarbeiten verrichten zu lassen, die aus den Mitteln, die der Kreis zur Verfügung stellt, finanziert werden. Sie verpflichtete die Gemeinde auch, die Krankenkosten für die Ehefrau F. zu tragen, soweit diese 10 Mk. die Woche übersteigen.

Einigen Anträgen um käufliche Ueberlassung von Gebäuden resp. eines Bauplatzes wurde zugestimmt. Einmütigkeit bestand darin, den Kirchberg dieses Frühjahr mit Buschbohnen als Zwischenfrucht zu bestellen und ihn nach dem Abernten der grünen Bohnen mit Erdbeeren zu bepflanzen. Die Gemeinde besitzt einen Radioapparat. Dieser wurde dem Gemeindevorsteher für 150 Mk. überlassen. Mit diesem Gelde, zuzüglich dem Zuschuß der Regierung soll für die Schule ein neuer Apparat angeschafft werden.

Es gab noch eine längere Aussprache über den Streit der Schule mit der Kirche bezüglich der Schuläcker, den die Kirche der Gemeinde aufgezwungen hat, da diese die fraglichen Aecker als angebliche Küsteräcker für sich reklamiert, trotzdem ein vom Landgericht Naumburg aus dem Jahre 1835 bestehendes Besitzzeugnis vorliegt, welches sich auf Angaben des damaligen Gemeindevorstehers Reiche stützt, „daß die Schuläcker länger denn 44 Jahre, ja länger denn Menschengedenken unbestritten im Besitze der Gemeinde wären." Nach Behandlung der Fragen über die Gemeindefelder und den Stand des Obstes der Gemeinde bei der Obstbaugenossenschaft schloß der Gemeindevorsteher die Sitzung.

Siedlungsbau - Notstandsarbeit!

Roßbach, den 17. März.

In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde der

Bau von zwölf Familienwohnungen

grundsätzlich beschlossen. Wie erwartet, stimmten die zwei Vertreter der Deutschnationalen und Nazis gegen das Bauprogramm. Als Beschützer der Kapitalisten stellte sich der Zimmermann Reipert als Gegner jeglicher Wohnungsbaufürsorge bloß! — Die zahlreich erschienenen Arbeiter im Zuhörerraum bekamen ein blendendes Bild der Politik obengenannter Parteien. — Der Baukommission wurden die erforderlichen Vorarbeiten aufgetragen.

Weiter legte der Gemeindevorsteher ein

umfangreiches Notstandsarbeitsprogramm

vor, denn wir stehen auf dem Standpunkt, den Erwerbslosen zuerst Arbeit zu vermitteln. Es sollen folgende Arbeiten in die Wege geleitet werden:

Instandsetzung des Obschützer Weges, Bau von Gartenzäunen am Thränhardts Teich, am Dauerteich, Reinigung von Brücken und verschiedenen Kanälen. Eine große Anzahl der Arbeitslosen und Ausgesteuerten werden dabei eingestellt werden können.

Die Betroffenen begrüßen diese Beschlüsse der sozialdemokratischen Mehrheit, womit ein zielbewußtes Aufbau- und Hilfswerk geschaffen werden wird.

Zum erstenmal befand sich in dieser Sitzung unter den Zuhörern eine Arbeiterfrau. Mögen sich auch die Arbeiterfrauen künftig in größerem Umfange von der produktiven Gemeindearbeit unserer Vertreter im Gemeindeparlament ausgiebig überzeugen, denn die ganze Arbeit gilt der Allgemeinheit!

Altmücheln. Der Schritt ins Leben. Aus der Schule von Altmücheln werden in diesem Jahre 33 Schüler entlassen, und zwar 18 Knaben und 15 Mädchen.

Neumark. „Heiße Grüße den russischen Brüdern". Im Mitteilungsblatt Nr. 1 der Konsum- und Spargenossenschaft Merseburg wird über die Tätigkeit der Rußlanddelegation, welche vom Konsumverein finanziert worden ist, berichtet. Einer von den Rußlandfahrern war Hennemann (Neumark). Wer ist Hennemann? Er ist ein hundertprozentiger Stalinist, überrevolutionär vom Scheitel bis zur Sohle. Seine revolutionäre Veranlagung scheint er erst entdeckt zu haben, seitdem er als Schachtmeister abgehalftert wurde. Der Revolutionär H. gehörte auch zu den Kriegsanleihezeichnern. Als USPD.-Mitglied legte er schon nach der zweiten Sitzung sein Mandat nieder, weil — na, weil ihm jede Fliege an der Wand ärgerte. In der Versammlung der Bevollmächtigten und Genossenschaftsfunktionäre der Arbeitergenossenschaft „Roter Chemiker" in Lissitschansk überbrachte Hennemann, Mitglied des RFB. Deutschlands, die Grüße des RFB. Was hätten die Russen wohl gesagt, wenn sie erfahren hätten, wie H. als Schachtmeister die russischen Kriegsgefangenen behandelt hat?

Lützkendorf. SPD.-Versammlung. Vor kurzem fand bei Throff in Lützkendorf eine Mitgliederversammlung der SPD. statt, zu welcher auch Gäste geladen und reichlich erschienen waren. Der Vorsitzende Rothenberg erteilte nach kurzer Begrüßung dem Referenten Brauer das Wort. Brauer sprach über die „Entwicklung der Sozialdemokratie und die gegenwärtige politische Lage". Seine Ausführungen gipfelten in der Aufforderung, hineinzugehen in die Sozialdemokratische Partei, da es auf jede Stimme ankomme. Der Vortragende fand den Beifall sämtlicher Anwesenden und es ist wohl sein Verdienst, daß einige Neuaufnahmen gemacht werden konnten. Meinecke gab dann noch bekannt, daß die Arbeiterwohlfahrt mit Beginn des neuen Schuljahres eine Kinderspeisung beginnt und daß wir auch in diesem Jahre wieder Kinder in Erholungsheime schicken wollen. Er gab ferner bekannt, daß er in der Beratungsstelle jetzt viel in Anspruch genommen wird und viele Schreiben ausfertigen müsse. Körper forderte zum Beitritt in den Konsum auf, damit wir auch hier wieder die Macht für uns erobern.

Laucha. Neuer Werbetrick. Seit einigen Tagen läuft jeden Abend im Schaufenster eines hiesigen Kaufmanns ein Reklamefilm. Ob er hiermit mehr Kunden anziehen kann, ist noch sehr fraglich, denn die Arbeiter von Laucha holen ihre Waren auch weiterhin im Konsumverein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219300318-14/fragment/page=0010

Saalkreis

Soziale Gigantenarbeit

Nietleben, den 17. März.

In einer sehr gut besuchten Monatsversammlung der SPD. am Freitagabend in der „Sonne" sprach Genosse **Vogel** vom Arbeitsamt Halle über **Erwerbslosenfürsorge und Erwerbslosenversicherung.** Der Vortrag, sehr anschaulich und äußerst lebendig, war für alle ein Erlebnis. Ausgehend von den schwachen Ansätzen in der Sozialgesetzgebung in der Vorkriegszeit, gab der Referent die geschichtliche Entwicklung des Problems bis zum heutigen Zustand. Da wir leider aus bekannten Gründen auf eine ausführliche Wiedergabe des gesamten Vortrages verzichten müssen, sei nur noch die Doppelaufgabe, die dem Problem innewohnt, besonders hervorgehoben:

1. Arbeitsbeschaffung und Arbeitserhaltung.
2. Unterstützung der Erwerbslosen.

Zum Schluß hob der Referent hervor, daß in dem gesamten Sozialgesetzgebungswerk eine Gigantenarbeit steckt, die uns Jüngere zu großem Danke gegen die erprobten Vorkämpfer in Partei und Gewerkschaften verpflichtet. Wenn wir auch stolz auf das Erreichte sein dürfen, so muß doch noch in der vom Referenten gekennzeichneten Richtung eine ganze Reihe von **Verbesserungen** des Erwerbslosenversicherungsgesetzes erkämpft werden.

An der lebhaften und durchaus fruchtbaren Aussprache beteiligten sich die Genossen Frauendorf, Otto Ulrich, Müller, Walter Strödicke, Karl Ulrich und Otto Schopp. Die von diesen Genossen gestellten Fragen und Anregungen konnte Genosse Vogel in seinem Schlußwort restlos zufriedenstellend erledigen. Reicher Beifall war der Dank für die klaren konstruktiven Ausführungen des Referenten.

Unter „Verschiedenes" wies der Vorsitzende Otto **Schopp** auf das am 5. April stattfindende Vergnügen hin. Einstimmig wurde eine **Maifeier** im Saale der „Sonne" beschlossen. Die Vorbereitungen bleiben dem erweiterten Vorstande überlassen.

*

Nietleben. **Heiderose.** Der Café- und Restaurationsbetrieb der „Heiderose", den bis dahin der Pächter Heinze inne hatte, ist ab 15. diesen Monats in die Hände der Besitzerin, Frau Schneider, übergegangen.

Nietleben. **Der Moskauer Bannstrahl** trifft Tag für Tag seine Opfer. Diesmal hat er zwei bekannte Kapedisten unseres Dörfchens erwischt. Wieweit die Rausschmißmaschine gearbeitet hat, wissen wir nicht. Doch soll es sich um vier nicht unbekannte und um die KPD. sicher verdiente Funktionäre handeln. Wir hören zuverlässig, daß die erwähnten zwei Kapedisten, der Gemeindeschöffe **Langheinrich** und der Gemeindevertreter **Meerrettich**, ihre Mandate **niedergelegt haben.** Im übrigen hat die Sache noch den Nachteil, daß durch die vorgeschriebene Einspruchsfrist für die neuen kommunistischen Mandatsinhaber wieder 14 Tage ins Land gehen, ehe die doch dringend notwendig gewordenen Kommissionswahlen in der Gemeindevertretung getätigt werden können.

Schulkinder im Dienst des Königin-Luise-Bundes.

Diemitz, den 18. März.

Im Auftrage unseres Rektors **Wiegel** liefen gestern Schulkinder von Tür zu Tür, um Programme zu einer Feier des Luisenbundes zu vertreiben. Nicht allein, daß dieser Mann sich beim Volksbegehren und Volksentscheid unrühmlich hervorgetan hat, mißbraucht er seine Amtsgewalt auch gegen die Kinder. Es wird hohe Zeit, daß sich die **vorgesetzte Behörde dieses Mannes annimmt.**

Wust bestätigt.

Gröbers, den 17. März.

Der Einspruch gegen die Wahl von Willy **Wust** zum Gemeindevorsteher ist abgelehnt worden. Wust wurde als Spitzenkandidat der Liste „Gemeindeaufbau" (SPD. und sympathisierende Arbeiter) in die Gemeindevertretung gewählt. Er ist der Sohn des im Vorjahre verstorbenen Gemeindevorstehers Wilhelm Wust, dem die Gemeinde Gröbers ihr jetziges vorteilhaftes Bild verdankt. Hoffen wir, daß sich Gröbers unter seiner Leitung weiter entwickelt. Für Wust rückt Oswald Kirsten in die Gemeindevertretung ein; er wird in Gemeinschaft mit **Pötzel** und **Günther** die Interessen der fortschrittlichen Arbeiter vertreten.

Um die Seele des Landarbeiters.

Wettin, den 15. März.

Die **Deutschnationalen** entfalten jetzt auf dem Lande eine rege Werbetätigkeit. Geld und Material steht ihren Rattenfängern zur Verfügung, gewisse „notleidende Landwirte" tun das ihrige unter gewissem Druck. So wollen sie überall die Landarbeiter zum Eintritt in die Partei der Großgrundbesitzer „bewegen". Was viel Gerede und Hinweise auf Vergünstigungen im „Dienst" nicht erreichen konnten, das sollen jetzt Versammlungen mit Verbrüderungsfreibier schaffen. In **Dößel** hielt ein aus Halle herbeigeholter Hauptmann einen Vortrag über „Wirtschaft und Finanznot". Viel Müh hat er sich nicht gemacht, denn da nur sehr wenig Arbeiter der Einladung gefolgt waren, griff man gleich von vornherein zu den stärksten Mitteln: Freibier und „deutsche" Verbrüderungstrinksprüche sollten die Landarbeiter in die Großagrarierpartei locken. Alle Liebesmüh war aber verschwendet, **kein einziger Arbeiter** war so töricht, sich anwerben zu lassen. Das ist wieder einmal ein Beweis, daß die Landarbeiterschaft immer mehr erkennt, wer ihr keine Dienste leisten kann. Daß sie aber erkennt, wer ihre Interessen vertritt, wem sie folgen muß und wo sie hingehört, ist eine Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei. Aufklärung auf dem Lande tut not!

Am 29. März hält der Ortsverein der Sozialdemokratischen Partei **Neutz-Deutleben** in **Neutz** eine Veranstaltung ab, die auch von allen Mitgliedern und Freunden der anliegenden Orte besucht werden sollte. Es muß sich erweisen, wer für die Landarbeiter eintritt und wem die Landarbeiter ihr Vertrauen schenken.

*

Wettin. Ueber die **Not der Erwerbslosen** braucht man nicht viel zu berichten, weil der große Teil der Arbeitnehmerschaft in unserer industriearmen Gegend dieses Los an eigenen Leibe verspürt. Daß das Arbeitsamt und öffentliche Behörden diesem Uebelstand abhelfen wollen, kann man auch verstehen. Aber nicht zu verstehen ist, daß man bei mindestens 150 erwerbslosen Landarbeitern schon jetzt Auslandsarbeiter hereinläßt. Wir sind zwar alle Menschen und jeder hat das Anrecht zum Leben. Aber das Recht auf Arbeit werden wohl die Einheimischen **zuerst** beanspruchen können. Wie stellt sich das Arbeitsamt dazu?

Wettin. **Young-Plan-Verbrenner.** Die Jugend allein wäre nicht imstande, ihre politischen Dumme-Jungen-Streiche zur Ausführung zu bringen, wenn sie dabei nicht immer von den Alten unterstützt würde. So wußte der hiesige Landwirt M. nichts Besseres zu tun, als daß er Nazi- und Wehrwolfjünglingen Stroh und Holz zur Verfügung stellte, damit sie bei Richters Berg einen Scheiterhaufen errichten und als Symbol für den Young-Plan einige Papierfetzen verbrennen konnten. Als die Polizei nahte, machten sich die deutschen „Helden" natürlich aus dem Staube und flüchteten schleunigst unter Mutters Schürze.

Mansfelder Kreise

Alsleben. **Vergebung.** Die Magistrats- und Baukommissionssitzung nahm die Vergebung der Mauerarbeiten der Schulzschen Mauer vor und erteilte dem Maurermeister **Fr. Drinkuth** mit 1387,95 Mk. den Zuschlag.

Höhnstedt. **Mitgliederversammlung der SPD.** Die kürzlich stattgefundene Parteiversammlung im Lokal Friedrich **Walter** hätte etwas besser besucht sein können. Genosse **Jahn** (Amsdorf) sprach in verständlicher Weise über die Kreistagspolitik der SPD. im Mansfelder Seekreis. Auch wurden die Höhnstedter Angelegenheiten eingehend besprochen. Gen. **Meyer** erhielt Aufklärung über Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung. Genosse **Frötel** ermahnte alle Anwesenden zum Schluß, am Aufbau der SPD. mithelfen zu wollen und das „Volksblatt" zu lesen, da es die **geistige** Waffe im Daseinskampf eines jeden Arbeiters ist.

Kreis Delitzsch

Eilenburg

Erlauschtes von der KPD.

Der „Weltrevolutionstag" ist vorüber. Die **Betriebsrätewahlen** sind eingeleitet. Das Ergebnis dieser Aktionen wird nun einer Kritik unterzogen.

So hatten sich die **KPD.-Funktionäre** wieder einmal zu einer Sitzung in der „Stadt Hamburg" zusammengefunden, um über die Durchführung der von der KPD.-Zentrale angeordneten Aktion Kritik zu üben. Das besorgten die jetzt in der KPD. führenden **Mille** und **Kaufmann** ganz besonders. Sie waren mit dem Verhalten einiger KPD.-Größen am Orte nicht einverstanden, besonders nicht mit dem Steinsetzmeister Paul **Riegel**. Riegel mußte sich von K. sagen lassen, daß er sich aus Feigheit nicht an den Demonstrationen beteiligt hatte. Auch mit der Aufstellung der Kandidaten zu den **Betriebsrätewahlen** waren Mille und Kaufmann nicht einverstanden. Sie verlangten unbedingt, daß die von der KPD.-Zentrale herausgegebene Linie eingehalten wird. Daß **Gabel** eine ganz besondere Abfuhr erhielt, versteht sich, weil er nicht verhindert hatte, daß bei der **Firma Zimmermann** an Stelle des KPD.-Spitzenmannes zu den Betriebsrätewahlen ein SPD.-Mann gesetzt wurde. Gabel entschuldigte sich damit, daß auch die Einstellung der Belegschaft mit berücksichtigt werden müßte, wie auch Riegel den Vorwurf von sich wies, ein Brandlerianer zu sein.

Kaufmann war auch mit der Liebäugelei der Gabel, Riegel und Genossen mit den **Gebrüdern Hempel** und vor allen Dingen mit Otto, die die sogenannte kommunistische Opposition in Eilenburg darstellen, nicht einverstanden.

Um nun festzustellen, ob die „Versöhnler" auch weiterhin gewillt sind, die zentrale Linie zu verfolgen, legte **Mille** eine **Resolution** vor, die heftig von den Versöhnlern umstritten wurde, aber schließlich Annahme fand. Riegel verlangte, daß in Konsequenz dessen auch nur solche zum KPD.-Unterbezirks- und Bezirkstag delegiert werden sollen, die dieser Resolution zustimmten.

Man muß sich nur wundern, daß diese Unentwegten noch nicht die richtige Konsequenz gezogen und dieser „Partei" schon längst den Rücken gekehrt haben. Bekannt ist, daß sich die KPD.-Ortsgruppe der weitgehendsten Rücksichtnahme ihrer Bezirksleitung erfreut. Trotz der Anwesenheit von **Lademann** und **Koenen** in früheren Funktionärsitzungen hat sich der vernünftigere Teil der KPD. durchgesetzt. Verwunderlich ist, daß bisher in Eilenburg noch keine Ausschlüsse ob dieser Haltung erfolgt sind.

Kinder in die Sommerfrische!

Die **Arbeiter-Wohlfahrt** hielt eine gutbesuchte Versammlung ab. Beschlossen wurde, auch in diesem Jahr 30 Kinder zu einem **sechswöchigen Erholungsurlaub** mit Unterstützung des Jugendamtes zu verhelfen, und zwar nach **Eckartsberga**. Es haben sich auch bereitwilligst eine Anzahl Helferinnen zur Verrichtung der Arbeit während des Aufenthaltes zur Verfügung gestellt. Dann findet am 12. und 13. April eine **Bezirkskonferenz** der Arbeiter-Wohlfahrt im Volkshause zu Eilenburg statt. Die auswärtigen Gäste werden am 12. April das neue Landeserziehungsheim der Provinz Sachsen besichtigen.

Zu dieser Tagung kommen ungefähr 50 auswärtige Delegierte in Frage. Um diese zu beherbergen, wird an die Parteimitglieder und alle Freunde die Bitte gerichtet, für diesen Abend (12. April) ein Quartier zur Verfügung zu stellen. Meldungen nehmen die bekannten Helferinnen entgegen.

Magistratsvorlage abgelehnt.

Als Hauptpunkt der gestrigen **Stadtverordnetensitzung** stand die **Deckung des Riesendefizits** von 216 000 Mk. zur Beratung. Die Magistratsvorlage sowie alle dazu gestellten Anträge zur Deckung des Defizits verfielen der **Ablehnung**. Die Einheitslistler ließen sie an der Erhöhung der Gewerbeertragssteuer um 75 Prozent (sie wollten nur 50 Prozent) scheitern. (Ausführlicher Bericht folgt.)

Kreis Schweinitz

Ein Zopf aus 1856

Soziale Fragen im Stadtparlament

Herzberg, den 17. März.

Eine solche Aktivität, wie man sie jetzt nach den Neuwahlen im **Stadtparlament** findet, war man hier ehedem nicht gewöhnt. Der Wandel der Zeit macht sich auch hier allmählich bemerkbar und die breite Masse wird sich immer mehr bewußt, welche Rechte und Pflichten ihr die Reichsverfassung gab. So war der Zuschauerraum bei der letzten Stadtverordnetensitzung wieder überfüllt; ja einer großen Zahl mußte wegen Platzmangel der Zutritt verwehrt werden. Nächstens sollen **Eintrittskarten** verausgabt werden. Erstmals war an diesem Abend die Presse — freilich wie hier nicht anders zu erwarten ist, die Hugenbergsche vertreten.

Elf Punkte standen auf der Tagesordnung. Der erste war bald erledigt, doch schon beim zweiten prallten die Gegensätze sehr hart aufeinander. Handelte es sich doch um nochmalige Beschlußfassung

betr. Wahl weiterer Mitglieder in die Fürsorgekommission.

In der letzten Sitzung war die Erweiterung einstimmig angenommen, doch der hohe Magistrat hatte nach einem Regulativ aus dem Jahre 1856 und sonstigen Anweisungen herausgefunden, daß die Erweiterung den Bestimmungen zuwiderlaufe. In der Aussprache bat der SPD.-Redner die Rechte, trotz alledem der Forderung zuzustimmen, was dieselbe aber **verneinte** mit der Begründung, daß sie in der letzten Sitzung durch den Antrag überrumpelt wurde und damals nur im guten Glauben zugestimmt hätte. Als nunmehr der Redner der SPD. feststellte, daß die Tätigkeit der der Kommission angehörenden Gemeindeschwester — eine überaus weltfremde Dame — bei weiten Volkskreisen nicht befriedige und dieselbe da, wo sie „Volksblatt", „Klassenkampf" oder Freidenkerzeitung vorfinde, sich nur einmal sehen ließe, da schwoll einem tapferen Schneiderlein der Kamm ganz anständig und er donnerte los, sich schützend vor die Gemeindeschwester stellend. Die Abstimmung ergab 7:7. Ausschlaggebend war hier die Stimme des demokratischen Stadtverordnetenvorstehers, der hier, wie in so vielen Fällen, wieder eine klägliche und beklagenswerte Rolle spielte. Durch ihn wurde der Antrag **abgelehnt**. Doch soll hierbei noch nicht das letzte Wort gesprochen sein, denn das Regulativ aus dem Jahre 1856 kann auf keinem Fall mehr der heutigen Zeit Rechnung tragen und bedarf der Neubearbeitung.

Die **Umpflasterung** der Bodenhausen- und Lausitzer Straße, die eine Anleihe von etwa 40 000 Mark erforderlich macht, wurde trotz der großen Arbeitslosigkeit infolge der schwierigen Finanzlage **zurückgestellt**.

Der durch die Anschaffung der **Motorspritze** bedingten

Umorganisation der Feuerwehr,

insbesondere der Herabsetzung der Stärke der Pflichtfeuerwehr, wurde nach lebhafter Debatte zugestimmt. Die **Schulbeiträge** und das Schulgeld für die **Berufsschule** wurde wie folgt festgesetzt: 1,70 Mk. für Schulpflichtige Gewerbetreibender, 2,04 Mk. für Schulpflichtige Nichtgewerbetreibender, 2 Mk. für freiwillige hiesige Berufsschüler, 3 Mk. für freiwillige auswärtige Berufsschüler. Die Statistik zählt 940 Arbeiter bei Gewerbetreibenden und 60 Arbeiter bei Nichtgewerbetreibenden.

Unter kleine Anfragen verlas der Vorsteher

einen von 34 Erwerbslosen unterzeichneten Antrag

auf eine einmalige **Beihilfe**. Leider hatten die Erwerbslosen, anscheinend aus Unkenntnis, diesen Antrag von keinem Stadtverordneten unterschreiben lassen, sondern ihn direkt vorgelegt, so daß er der Vollständigkeit entbehrt und deshalb von diesen nicht auf die Tagesordnung gesetzt war. Da aber an der **Dringlichkeit** dieses Antrages nicht gezweifelt werden konnte, einigte man sich nach kurzem Wortgefecht dahin, daß nach Abgabe der Unterschriften von 5 Stadtverordneten der SPD. der Antrag zur Beratung gestellt wurde. Der KPD.-Abgeordnete wies darauf hin, daß es kaum vieler Worte bedürfe, den Antrag zu begründen, man müsse sich freuen, daß die Erwerbslosen mit den wenigen Mitteln so lange aushalten konnten. 70 Erwerbslose (darunter 35 unverheiratete) mit 72 Familienangehörigen zählt zurzeit die Stadt Herzberg.

Zwei Verordnungen des ehemaligen Regierungspräsidenten **Grützner**, in denen gesagt wird, daß Unterstützungen an notleidende Erwerbslose nur individuell von Fall zu Fall geleistet werden dürfen, kamen zur Verlesung, wobei anschließend bemerkt wurde, daß man hoffe, daß der jetzige Regierungspräsident dem notleidenden Volke **mehr soziales Verständnis** entgegenbringen möge. Darauf warf ein Gewerbetreibender die Frage auf, woher das Geld genommen werden solle und wer den notleidenden Gewerbetreibenden (?) eine Unterstützung zahle. Von einem anderen wurde hauptsächlich die Notlage der alten „Schuster" geschildert. Diesen hielt ein SPD.-Abgeordneter entgegen, daß es hauptsächlich die Auswirkungen der Vertrustung und der damit verbundenen Unterdrückung der schaffenden Masse seien, die unaufhaltsam die Kaufkraft vermindern und somit logischerweise den Umsatz von Handel und Gewerbe herabsetzen.

Man einigte sich dann schließlich auf die Formel, der Fürsorgekommission 600 Mk. zur Verfügung zu stellen mit dem Ziele, sie nach individueller Prüfung an alle Notleidenden zu verausgaben.

Kreis Liebenwerda

Kreistagung der Arbeitsinvaliden

Bad Liebenwerda, den 14. März.

In Liebenwerda fand die Kreistagung der **Arbeitsinvaliden** des Kreises Liebenwerda statt. Der Vorsitzende **Mühlberg** konnte alle Ortsgruppen des Kreises begrüßen. Als Gäste waren anwesend: Die Kreisausschußmitglieder **Dietrich** und **Naumann**, Kreisausschußoberinspektor **Schmeißer**, Krankenkassendirektor **Büttner**, als Referent der Bezirksleiter **Rickel** (Halle).

In längeren Ausführungen sprach **Rickel** über die Forderung der Arbeitsinvaliden und Unfallbeschädigten. Von dem Fürsorgeausschuß des Kreises verlangte er: Mitberatung der Organisation, Erhöhung der Richtsätze.

Die Richtsätze sollte man nicht als Höchstsätze ansehen,

sondern man soll den **einzelnen** Fall prüfen, und wenn es notwendig wäre, über die Richtsätze hinausgehen. Manche Fürsorgeämter gehen viel zu hart vor. Wehe, wenn ein Kind oder ein Verwandter vorhanden ist, der nach Ansicht des Fürsorgeamtes noch irgend etwas tragen kann, dann wird der Fürsorgeberechtigte **abgewiesen**. Auch hier sollte man die Prüfung sozialer vornehmen. Die **Heilbehandlung** müsse auf eine andere Basis gebracht werden. Man sollte mit den Krankenkassen Verträge abschließen. — Scharf wandte er sich gegen die Pläne des Reichsfinanzministers Moldenhauer.

Seine Ausführungen fanden die Zustimmung der Delegierten. In der Diskussion sprach **Stamm** (Bockwitz), **Schmeißer** sprach für das Fürsorgeamt und versicherte, er würde die Wünsche, die hier ausgesprochen wären zur Kenntnis nehmen und nach Möglichkeit berücksichtigen. **Dietrich** (Falkenberg) sprach sich im Sinn des Referenten für

Uebernahme der Heilbehandlung durch die Krankenkasse

aus, ebenso Direktor **Büttner** von der Krankenkasse. Sodann wurde über die geplante Filmvorführung gesprochen.

In der **Vorstandswahl** wurden gewählt: zum 1. Vorsitzenden Adolf **Mühlberg** (Rothstein), 2. Vorsitzender **Tor** (Mückenberg), Kassierer **Zelle** (Mühlberg), Schriftführer **Schemmel** (Pröſen), Revisoren **Stahn** (Bockwitz) und **Vogel** (Elsterwerda).

Der Konferenz schloß sich eine Besichtigung des Neubaues der Krankenkasse unter Führung des Direktor **Büttner** an.

Elsterwerda. **Vortrag.** Der von der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes veranstaltete Lichtbilder-Vortrag war gut besucht. **Weiß** (Berlin) ging in seinem einleitenden Vortrag auf den Werdegang von **Ford** ein. Durch Lichtbilder zeigte der Referent die verschiedenen Werke. Der Vortrag hat allgemein gut angesprochen. Wir können nur wünschen, daß des öfteren solche Vorträge gehalten werden.

Familien-Nachrichten.

Delitzsch: gest. Karl Lauch. **Großlissa:** gest. Wilhelmine Müller. **Lauchhammer:** gest. Lina Preusch. **Bad Liebenwerda:** verm. Otto Lauschke und Elfriede geb. Plasche. **Sangerhausen:** gest. Rosine Urban. Gustav Brilling. Toni Schmidt. **Merseburg:** gest. Gertrud Hemprich. Hermine Gieseke.

Hauptschriftleiter: **Ernst Loops.** Verantwortlich für Politik und Feuilleton: **E. Loops.** Für Kommunales Halle und Gewerkschaftliches: **G. Kasparek.** Für Provinz, Sport, Film, Funk und Jugendbewegung: **F. Habicht.** Für den Anzeigenteil: **W. Künne.** — Druck und Verlag: Hallesche Druckerei-Gesellschaft mbH., Halle, Große Märkerstraße 6/7.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219300318-14/fragment/page=0011

Vom Kind • Fürs Kind

MÄRZ!

Erwache Licht! Erwache!
Schwing dich in stetem Tageslauf
Von Schritt zu Schritt zur Höhe auf!
Erwache Licht! Erwache!

Jeder 21. März bringt uns „Frühlings-Anfang“, wenigstens auf dem Kalender. In Wirklichkeit ist er manchmal eher da, manchmal läßt er uns noch warten. Aber kommen muß er, das steht fest. Alles, was auf Erden zwischen bitterkalt und glühendheiß wohnt, mag es Pflanze, Tier oder Mensch sein, richtet sein ganzes Leben danach. Ein jedes will so rasch als möglich

„Unter der Sonne“

sein! Und die fröhlichsten Erinnerungen, die besonders wir Kinder haben, die werden unter der Sonne geboren. Ein paar von euch haben uns hübsche Geschichten davon zukommen lassen:

Horst Haring aus Halle erzählt von seinem Aufenthalte im Landjugendheim Eckartsberga im Sommer 1929, Bruno Wetzel aus Roitzsch bei Bitterfeld schreibt von einem Ausfluge in die Sächsische Schweiz und von einer Schnitzeljagd. Annemarie Görsch aus Halle denkt an drei Wochen Landschulheim-Aufenthalt in der Bucht von Travemünde. Walter Stedtler aus Braunschwende ruft: „Hurra! Der See!“ Heinz Hanack aus Halle war im Riesengebirge. Irgend jemand, der uns leider nicht seinen Namen verraten hat, ist während der großen Ferien am Rhein gewesen. Hildegard Beyer aus Halle macht uns den Mund wässerig mit der Geschichte von den „Himbeeren im Harz“.

Das Gute bei allen Geschichten ist: Sie lassen erkennen, wie sich bei Arbeiterkindern, und das sind wir ja alle, jeder Ausflug in die Welt fest in die Seele lebt. Er weckt den Willen zur Kraft, um den Besitz dieser „Welt in Sonne“ zu ringen mit denen, die glauben, mehr Recht auf sie zu haben als der schlichte Arbeitsmensch.

Zum Beweise dafür wollen wir unserm Bruno Wetzel erzählen lassen:

Lieber P. u. liebes K.!

(Soll heißen: Paul und Klärchen. D. Red.)

Ich möchte euch bitten, mir einen Wunsch zu erfüllen, den ihr mir sicherlich nicht abschlagen werdet. Ich bin im Arbeiter-Turn- und Sportbund. Bei uns geht es genau so lustig zu, wie bei den Kinderfreunden und den Roten Falken. Vor kurzem haben wir nun eine Schnitzeljagd veranstaltet. Nun möchte ich euch bitten, diesen meinen kurzen Bericht in der Kinderbeilage zu veröffentlichen.

Wir waren freudig überrascht, als unser Turnwart eines Abends in der Turnstunde sagte: „Jungs, wir wollen eine Schnitzeljagd machen!“ Die Wahl des Ortes war uns selbst überlassen. Wir wählten natürlich den uns nächstliegenden Wald, die „Goitzsche“. (Putziger Name! Woher der wohl kommt? D. Red.) Zur Schnitzeljagd gehören natürlich auch Schnitzel. Hier leisteten wir ein Stück Gemeinschaftsarbeit, indem wir jeder eine Tüte voll besorgten. Am Sonntag, dem 26. Januar, versammelten wir uns um 12 Uhr. Einige Jugendturner des Vereins hatten die Rolle der Füchse übernommen und gingen los. Nach einer kurzen Zeitspanne nahmen wir die Verfolgung auf. Bald machten sich die ersten Spuren der weißen Schnitzel bemerkbar. Am Waldrande hatten sich unsere Füchse einen Spaß erlaubt, indem sie einen Zettel angefertigt hatten, worauf geschrieben stand: „Schafft euch Fernsehapparate an!“ Im Walde begann nun erst das richtige Jagen und Treiben. Wir liefen immer den Schnitzeln nach, und bums — hatten sie uns in eine Falle gelockt. Wir mußten natürlich wieder zurück und die Spur von neuem suchen, was uns auch gelang. Wir liefen weiter. Da sprangen, nicht weit von uns entfernt, drei muntere Rehlein lustig über den Weg.

Nach und nach wurde die Spur dünner, und bald war sie alle. Jetzt wurden wir plötzlich von unserer Jagd abgelenkt. Hoch oben auf einem Baume saß ein keckes Eichhörnchen und schaute schelmisch zu uns herunter. Es war lustig anzusehen, wie es mit einer ganz besonderen Gewandtheit und Schnelligkeit von Baum zu Baum, von Ast zu Ast sprang. Schließlich mußten wir aber doch unsere Jagd wieder aufnehmen. Wir liefen noch ein Stückchen und standen vor einem dunklen Tannenwald. Da tauchte in uns der Verdacht auf, daß sie drin stecken konnten. Vorsichtig schlichen wir uns hinein. Da brachen die Vordersten in ein wahres Indianergeheul aus. Unter einer Tanne versteckt lag ein Fuchs. Nach und nach holten wir auch die andern hervor. Als wir alle beisammen waren, marschierten wir nach dem Waldhaus „Zöckeritz“, wo wir uns auf Max- und Moritzschaukel und Karussell vergnügten.

Bald darauf traten wir, ein Lied auf den Lippen, den Heimweg an. Unterwegs erzählte uns unser Turnwart noch manches von den Roten Falken, unsern Freunden, die mit uns kämpfen um eine neue Menschheit. Bald langten wir in unserm Heimatdorf an, wo wir uns mit einem „Frei-Heil!“ trennten. Diesen Abend schliefen wir in dem Bewußtsein ein, einen schönen und freudigen Tag erlebt zu haben.

Bruno Wetzel, 13 Jahre alt.

Also, lieber Bruno, dein Wunsch ist erfüllt, wie du siehst. Und unsrer auch. Wir alle haben ein lebendiges Bild von deinem Sonnentag mitten im Winter. Etwas ist dabei noch fein, nämlich die Geschichte mit den Eichhörnchen. Wenn ihr Freunde aus Halle und Umgegend in der Zeit

vom 22. März bis 30. März nach Halle

in den Volkspark kommt, da könnt ihr diesen Eichhörnchen schönen guten Tag sagen. Sie sind zwar ausgestopft, aber so nett zwischen Ast und Nest, daß jeder glauben muß, sie wären lebendig. „Nanu?“ denkt ihr, „seit wann handelt der Volkspark mit Viehzeug“?

Also, da sperrt mal jetzt ein bissel die Augen auf, daß ihr alles, was wir euch jetzt herdrucken, auch richtig behaltet und mit euren Schulkameraden, den Lehrern, den Eltern, den Turn- und sonstigen Vereinen, überhaupt allen Menschen in Dorf, Städtchen und Stadt darüber sprechen könnt.

Achtung! Achtung!

Ihr wißt, daß Halle weltliche Schulen hat. Gerade unsere Zeitung erwähnt sie oft. Und das aus gutem Grunde. Doch wollen wir uns ein andermal über diesen Punkt unterhalten. Heute sei euch nur von ihnen berichtet, daß sie sich mit solchen Arbeitervereinen zusammengetan haben, die es als Aufgabe betrachten, den Arbeitsmenschen „Unter die Sonne!“ zu bringen. Ganz besonders ist auch der Arbeiter-Turn- und Sportbund dabei, von dem Bruno uns erzählt hat. Aber noch mehr. Wir wissen, daß unsere Republik, im März 1848 ersehnt, im November 1918 errichtet dasselbe Ziel hat. In ihren wissenschaftlichen Instituten liegen soviel Schätze, die uns alle aufklären und stark zum Willen machen können, so daß die Kinder der „schaffenden Menschen“ und ihre Väter und Mütter selbst allen Anlaß haben, sie kennenzulernen. Und darum danken wir diesen Instituten, daß sie die Idee einer Ausstellung mit der Ueberschrift „Unter der Sonne!“ verstanden haben und sich an ihr beteiligten.

Was gibt es da nun alles zu sehen?

Von den Eichhörnchen habt ihr schon gehört. Aber das ist nur ein ganz, ganz klein bißchen davon. Wir beginnen mit den Sternen, schauen dann den Stern an, auf dem wir leben, unsere „Mutter Erde“. Wie sie sich gebaut hat, wer sie bewohnt hat im Wandel der Zeiten, was sie heute noch allem Lebendigen ist: Der Schauplatz des Kampfes ums tägliche Brot. Und was vernünftigerweise wir Menschen von der Erde an Nahrung zu verlangen haben, das kommt nun. Dabei steigt das gesamte Leben der Menschlein empor, von der Geburt an bis zum Tode schauen wir in die Not um ihn und um die Sorge, die er mit sich selbst hat, die Vater und Mutter, die Gemeinde und Staat um ihn haben. Daneben aber baut sich die Welt der Pflanzen und Tiere auf, für die wir leben, von denen wir leben. Und hier begegnen wir unserm Eichhörnchen und noch vielen, vielen anderen. Ausgestopft, gemalt, geknipst, gezeichnet aber auch lebendig. Aquarien, Terrarien, Brieftauben-, Kanarien-, Wald- und Feldvögelkäfige lassen uns Blicke tun in ihr Wesen, in ihre Wünsche und dementsprechende vernünftige Pflege. Was wir aber den Pflanzen, was wir den Tieren tun, das wollen wir auch an uns selbst nicht versäumen. Deshalb führt uns die Ausstellung hinein in das Innere des gesunden, in das des kranken Menschen. Was ihn krank macht, besonders die Rauschgifte, das schauen wir. Was ihn davon abhält, was ihn wieder gesund machen kann, das kommt nun. „Sonne“ muß er haben. Ueberall Sonne! Auf seiner Haut, in seiner Wohnung, in seiner Schule, in seiner Werkstatt, bei seiner Erholung — überall Sonne. Wie sich der Arbeiter darum müht, sie zu erobern für sich und seine Familie, wie Wissenschaft ihn dabei zu stützen vermag, wie wirtschaftliche Selbsthilfe ihn Schritt um Schritt dem Ziele näher führt, das alles ist zu sehen. Aber mehr noch! An jedem Nachmittage, an jedem Abende führen **Vorträge mit Lichtbildern, mit laufendem Film, Vorführungen von Schulkindern und Vereinen** tiefer in dies und das Gebiet. Es wird euch lieb sein, wenn wir die einzelnen Tagesgebiete hier veröffentlichen. **Schneidet es aus oder schreibt es euch ab!**

Wochen-Plan

Sonnabend, 22. Nachmittags 16½ Uhr: (Restaurant.) Film: Moana, der Sohn der Südsee.	**Sonntag, 23.** (Kleiner Saal.) Film: Freizeit der Jugend. (Erholungsheim Ottendorf.) Lustige Tierfilme. Literarische Einlagen.	**Montag, 24.** (Kleiner Saal.) Film: Sonnige Winkel Lichtbild: Mein Milljöh (Zille). Vortrag: Schmarotzer am Menschen. Einlage: Laternentanz.
Abends 20 Uhr: Nur Ausstellung.	Wie nachmittag.	(Großer Saal.) Film: Waldlauf. Lichtbild: Körperschule. Sport: Kunstradfahren, Fechten, Gymnastik.
Dienstag, 25. Nachmittags 16½ Uhr: (Kleiner Saal.) Film: Ernste u. heitere Tiergeschichten. Lichtbild: Heimische Vogelwelt. Vortrag: Vogelkunde und Vogelschutz.	**Mittwoch, 26.** (Großer Saal.) Film: Volksfürsorge. Lichtbild: Erd- oder Feuerbestattung? Vortrag: Bestattungsarten im Wandel der Zeiten. Spiel: Gevatter Tod.	**Donnerstag, 27.** (Kleiner Saal.) Film: Sonne — dein Arzt. Spiel: Komm, o Frühling. Tanz: Frühlingsreigen, Laternentanz. Vortrag: Gedichte aus der Natur.
Abends 20 Uhr: Wie nachmittags.	Wie nachmittags.	(Großer Saal.) Wie nachmittags. Dazu: Film: Allmutter Natur. (Naturheilverein!)
Freitag, 28. Nachmittags 16½ Uhr: (Kleiner Saal.) Film: Allmutter Natur. Lustige Tiergeschichten.	**Sonnabend, 29.** Ab 15½ Uhr: (Kleiner Saal.) Film: Krank- und Gesundessen, (Konsumverein.) Lichtbild: Der „Freund“ Alkohol. Ab 14 Uhr: Pathologisches Institut: Der Mensch von innen. (Sezierung eines Verstorbenen.) Voranmeldung in der Ausstellung!	**Sonntag, 30.** Vormittags 9½ Uhr: (Anatomisches Institut.) Besichtigung. Voranmeldung in der Ausstellung. Sonst nur Ausstellung.
Abends 20 Uhr: Film: Sonnenkinder — Sonnenmenschen. Darbietungen anderer Art: Besonderes Programm der Naturfreunde.	(Zimmer 7.) Lichtbild: Sonne im Schulhaus! Fahrt in die Welt! Vortrag: Was will die Freie Schulgesellschaft?	Ab 16 Uhr: (Kleiner Saal.) Preisverteilung an die Rätselsucher. Film: Arbeiterwohlfahrt. Abschlußfeier!

„So, das ist alles!“ sagt der Museumsführer, wenn er seine Weisheit zum besten gegeben hat und dabei mit der Hand eine Schaufel für das Trinkgeld macht. Nur noch ein Wort zu den Rätseln: In der Ausstellung hängen nämlich, zwischen die einzelnen Abteilungen versteckt, Abbildungen von natürlichen Gegenständen, die man nicht gleich richtig erkennt, sondern leicht mit anderen Dingen verwechseln kann. Hinweise sind jedesmal vorhanden. Wer nun alles richtig herausbekommt und das auf einen Zettel schreibt, den es an der Kasse gibt, der hat sich einen Preis verdient. Grrrroßartig! Nicht wahr? Nun blamiert die Arbeiterschaft und ihre Sprößlinge nicht und besucht die Ausstellung sooft es nur geht.

Für uns Kinder ist das ein ganz billiges Geschäft. Kommen wir allein, so zahlen wir für Ausstellung und Nebenveranstaltung bare fünfzehn Pfennig. Wenn wir mit einem Vereine oder der Schulklasse kommen, kostet es nur einen Groschen. Erwachsene bezahlen bis Freitag im Vorverkauf 40 Pfennig und sonst einen scharfen Fünfziger, auch für alles beides. Und ist ein Vater arbeitslos, da zeigt er seine Stempelkarte und dann braucht er nur soviel wie ein Kind zu zahlen. Billiger geht es wahrhaftig nicht, darum:

Arbeiter, Mütter, Kinder, Jugendliche, Greise kommt „Unter die Sonne“!

*

Damit ihr nun ein bißchen vorüben könnt für die Preisrätsel in der Ausstellung, da sollt ihr

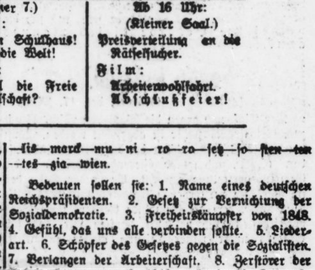
noch ein paar Nüsse knacken.

Die eine stammt von Kurt Staudt (Halle). Wir mußten sie nur ein bissel „frisieren“, damit sie nicht gar zu schwer zu knacken ist. Also:

Aus 28 Silben sind zehn Wörter zu bilden. Die Silben lauten: be—bert—bert—bis—blum—e—frei—ge—heit—kampf—knecht—kom—lie—lieb—lied—lis—marck—mu—ni—ro—ro—setz—so—sten—ten—tes—zia—wien.

Bedeuten sollen sie: 1. Name eines deutschen Reichspräsidenten. 2. Gesetz zur Vernichtung der Sozialdemokratie. 3. Freiheitskämpfer von 1848. 4. Gefühl, das uns alle verbinden sollte. 5. Liederart. 6. Schöpfer des Gesetzes gegen die Sozialisten. 7. Verlangen der Arbeiterschaft. 8. Zerstörer der Arbeiterbewegung. 9. 1919 getötet! 10. Kongreßstadt der Arbeiterjugend.

Die zweite Nuß sendet uns der „kleine Genosse Werner“. Ihr sollt aus den Schnippseln einen Buchstaben zusammensetzen. (Zeichnungsbeilage.)



Wer die Rätsel aus der Februarnummer löst und die neuen noch dazu, sie rechtzeitig, d. h. bis Monatsende, einschickt, der bekommt ein Osterhasenei!!! Es wird bis dahin gelegt, schön bemalt und gut verpackt von

Paul und Klärchen. Freundschaft!

Alle Sportler

halten sich Montag, den 24. März, frei!

20 Uhr abends beginnen die „Sportveranstaltungen der Ausstellung im Volkspark“. Es wirken mit: Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität, Fechtabteilung des Regatta-Klubs, Laban-Bewegungschor, Gymnastik-Kurs der weltlichen Schule Nord. Es läuft der Film: „Waldlauf“.

Besichtigt vorher die Ausstellung! Eintritt für beide Veranstaltungen 0,50 Mk. Vorverkauf bis Freitag, den 21. März, 0,40 Mk. Kinder und Erwerbslose 0,15 Mk.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219300318-14/fragment/page=0012